DER STANDARD

Beiträge von und mit **Carl Bernstein, Benita Ferrero-Waldner, Frederic Morton, Jeremy Rifkin, Joseph E. Stiglitz, Franz Welser-Möst u. a.**

DIENSTAG, 20. JÄNNER 2009 | ÖSTERREICHS UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG | HERAUSGEGEBEN VON OSCAR BRONNER | € 1,40

Fotos: www.designforobama.org, EPA / David Maxwell

Die USA mit Obama auf neuen Wegen

Barack Obamas Amtseinführung wird ein historischer Moment – in jeder Hinsicht. Die Erwartungen an den neuen US-Präsidenten sind groß. Was er umsetzen will und kann, welche Änderungen zu erwarten sind, wollte DER STANDARD von Weggefährten, Experten und USA-Kennern wissen.

In dieser Ausgabe findet sich auch ein Streifzug durch die Landesgeschichte – mit der US-Flagge als Symbol.

Bettina Stimeder und ***Christoph Prantner*** übernahmen die redaktionelle Koordination, ***Rudi Reiterer*** die Gestaltung.

Alexandra Föderl-Schmid
Chefredakteurin

„Das Richtige tun, wenn die Zeiten hart sind“

Obama ruft USA zur Geschlossenheit auf
Experte Rogoff: Aufschwung in fünf Jahren

Washington – Bei seiner Angelobung zum US-Präsidenten will Barack Obama die Amerikaner auf schwierige Zeiten einschwören. „Seine Rede wird eine Momentaufnahme sein und den Geist beschreiben, der nötig ist, um stärker und geschlossener als je zuvor aus der Krise herauszukommen“, sagte ein Sprecher Obamas vor dessen Inauguration heute, Dienstag. Der designierte Präsident erklärte bei den Feierlichkeiten am Martin Luther King Day: „Teil meiner Botschaft in den kommenden vier Jahren wird es sein, dass die Regierung nicht alles machen kann.“

In der Tat erwarten Wirtschaftsexperten wie der renommierte Harvard-Professor Kenneth Rogoff im STANDARD-Interview einen steinigen Weg aus der Krise: „Die US-Wirtschaft hat jetzt einige gebrochene Knochen.“ Der Finanzsektor als Wirtschaftstreiber sei verlorengegangen, die Erholung werde fünf bis sieben Jahre in Anspruch nehmen. Konjunkturstimuluspaketen steht Rogoff skeptisch gegenüber – „aber die Unsicherheit ist so groß, dass ich diese Programme trotzdem unterstütze. Es ist der falsche Zeitpunkt, sich zur Wehr zu setzen.“ Obama plant ein Hilfspaket im Ausmaß von insgesamt tausend Milliarden Dollar. Auch Europa bleibt nicht verschont: Die Finanzkrise werde die Volkswirtschaften der EU 2009 tiefer in die Rezession stürzen als angenommen, prognostizierte die EU-Kommission am Montag.

18 der 27 EU-Staaten würden bei der Wirtschaftsleistung negativ sein. EU-weit schrumpfe die Wirtschaft um 1,8 Prozent. Für Österreich wird minus 1,2 Prozent prognostiziert. Die Maastricht-Schwelle der Neuverschuldung (drei Prozent des BIP) werde auf breiter Front überschritten.

Im Sog des Rekordverlusts der Royal Bank of Scotland stürzten Bankaktienkurse ab: Erste Bank um 15,5 Prozent, der ATX der Wiener Börse um 5,21 Prozent. (red)

Zum THEMA

Info-Grafiken **Seiten 2 und 21**
Reportage aus Washington **Seite 5**
Reportage aus Nairobi **Seite 7**
Obamas engste Freunde **Seite 9**
Wien of Change **Seite 15**
Der erste Pop-Präsident **Seite 32**
Kommentare, Kopf d. Tages **S. 40**

HEUTE

Tschad-Einsatz verlängert SPÖ und ÖVP sind sich über die Fortsetzung des Bundesheereinsatzes in Afrika bis Ende 2009 einig. **Seite 11**

Armutsbericht Die Schere zwischen Arm und Reich geht weiter auf: Betroffen sind zunehmend auch regulär arbeitende Menschen. **Seite 12**

Boku-Rektorin tritt zurück Ingela Bruner erbat wegen unüberbrückbarer Differenzen eine einvernehmliche Auflösung ihres Vertrags. **Seite 12**

Lunacek: Keine Kursänderung Die Türkei müsse vor einem EU-Beitritt demokratischer werden, so die grüne EU-Kandidatin. **Interview Seite 13**

Rechnungshof-Kritik am ORF Laut Endbericht fehlte eine Gesamtstrategie: nichtrealisierte Sparpotenziale, hohe Personalkosten. **Seite 36**

STANDARDS

Crossover **17**
SchülerStandard **18**
Kino, Veranstaltungen **34, 35**
Sudoku **35**
Kommunikation, Blattsalat . . . **36**
Rätsel **39**

WETTER

Im Norden und Osten bleibt es meist trocken, die Sonne zeigt sich aber nur selten. Die Maxima erreichen + 1 bis + 9 Grad. **Seite 34**

Nachrichten in Echtzeit auf derStandard.at

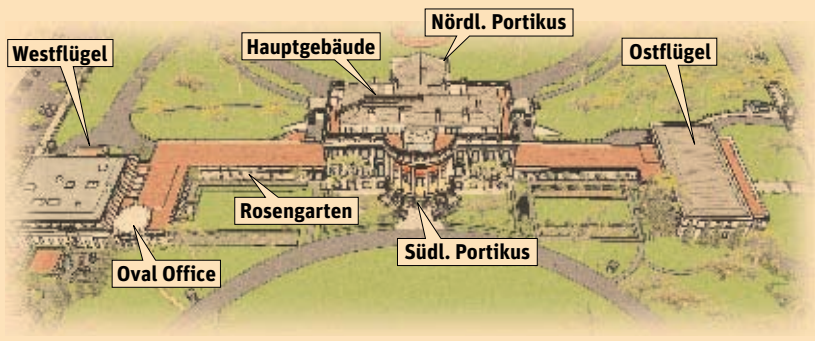
Rückgabe

Mr. President Obama, bitte geben Sie uns unser altes Amerika zurück. Das wünscht sich mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Mehrheit der Europäer und vielleicht sogar eine Weltmehrheit. Jene USA, die bei aller gelegentlicher Unbegreiflichkeit, ja bei allem gelegentlichen Wahnsinn, doch etwas ungemein Wertvolles und Seltenes waren: eine Führungsmacht, die trotz allem eine Kraft der Freiheit geblieben ist; die trotz aller weltpolitischen und innenpolitischen Verirrungen, trotz mancher Brutalität, trotz einer Neigung zur Interessenpolitik und zu einem gewissen Imperialismus letztlich doch immer ein Gegengewicht zu den Todfeinden der Demokratie war. Ja, ja, wir wissen es, für linke und rechte Weltverschwörungstheoretiker, für dumpfe Stammtischräsonierer und pseudointellektuelle Posting-Könige gleichermaßen sind die USA der eigentliche Weltfeind. Die Jahre unter dem umnachteten Bush und seiner Gang schienen das sogar zu untermauern. Die Wahl Obamas allein ist aber schon der Beweis für die Erneuerungsfähigkeit der US-Demokratie. Viele Hoffnungen liegen auf ihm; vor allem die eine, dass die USA wieder eine positive Kraft werden.

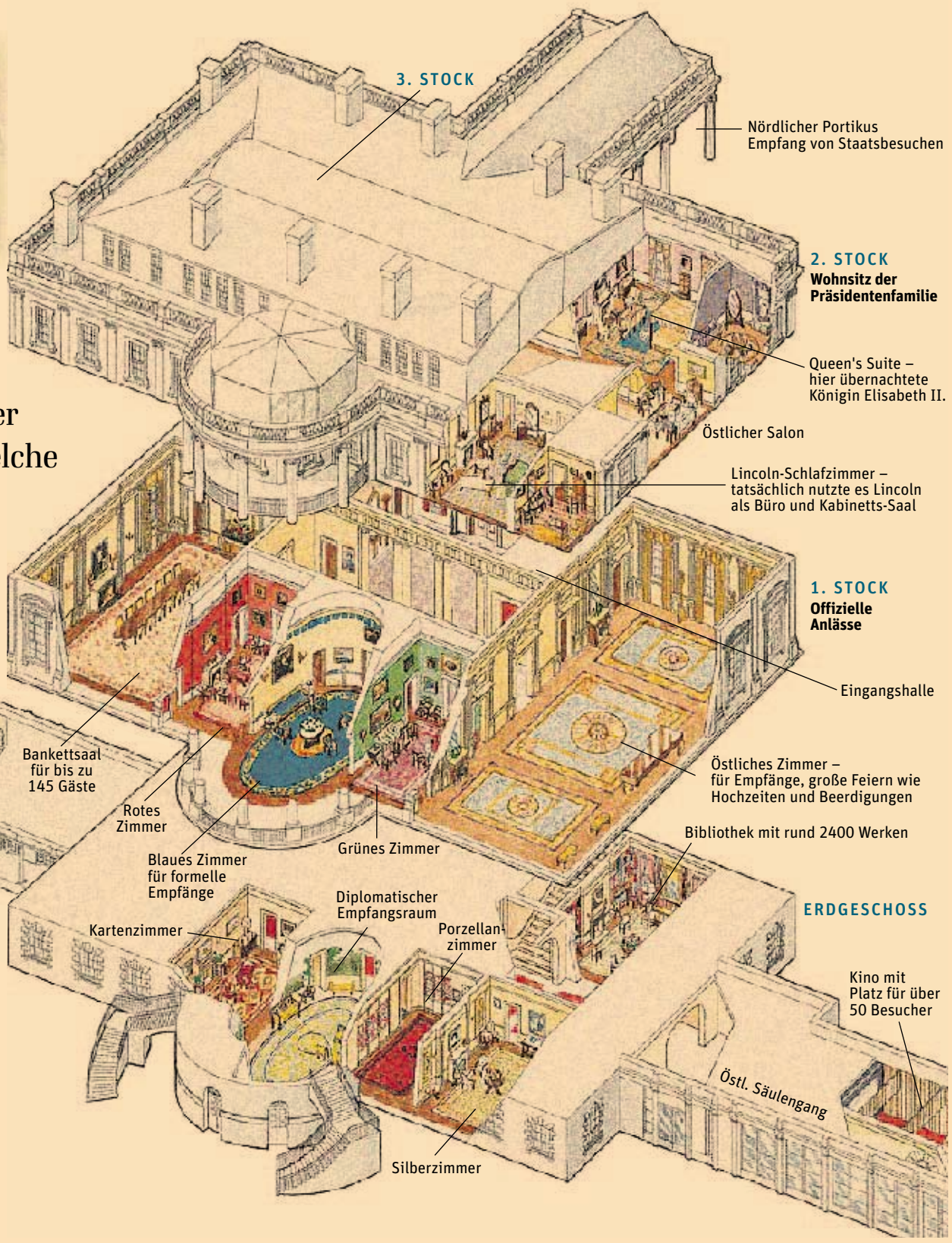
RAU

GZ: 02Z030924T · P.b.b. Verlagspostamt 1010 Wien · Nr. 6082 · Adresse: 1010 Wien, Herrengasse 19–21 · **Abo-Service Tel. 0810 20 30 40** · http://DERSTANDARDdigital.at · D € 2,20 / B € 2,80 / HUF 420 / SK € 2,30 (SK 69.29) / KČ 65

Die Präsidentschaft Barack Obamas



Die zentrale Schaltstelle der Supermacht: Heute, Dienstag, übernimmt Barack Obama die Präsidentschaft und das Weiße Haus. Wo er regieren wird, wer in seinem Team ist und welche drängenden Aufgaben er bewältigen muss.



Der Präsident empfängt hier politische Persönlichkeiten aus dem Ausland, hält Fernsehreden an die Nation.

Büro für tägliche Arbeit, Dekoration und Mobiliar wechseln bei jeder neuen Administration nach dem persönlichen Geschmack des Präsidenten.

Das erste „Oval Office" wurde 1909 eingerichtet, 1934 wurde es an seinen heutigen Platz verlegt.

Der Arbeitsplatz des US-Präsidenten – das Oval Office im Weißen Haus

Das Team Wichtigste Kabinettsmitglieder

Engster Mitarbeiterstab

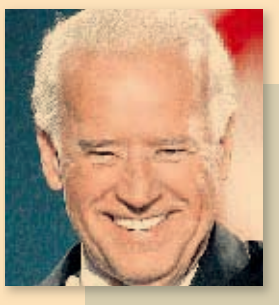
Rahm Emanuel
Stabschef Weißes Haus
(ehemaliger Abgeordneter)

David Axelrod
Chefberater
(Chefstratege im Wahlkampf)

Valerie Jarrett
Chefberaterin
(langjährige Gefährtin aus Chicago)

Robert Gibbs
Pressesprecher
(Mediendirektor im Wahlkampfteam)

Vize-Präsident



Joe Biden
Vize-Präsident

Der Vizepräsident ist gleichzeitig Präsident des Senates. Biden, ein Rechtswissenschaftsprofessor aus Delaware, war 36 Jahre lang Mitglied in dem Gremium und gehört zu den von Washingtoner Experten gezählten 15 Insidern, die die Arbeitsweise des Gremiums bis in dessen letzte Verzweigung verstehen sollen. Er war unter anderem Vorsitzender des Justizausschusses und zuletzt Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses. Vor allem in den auswärtigen Angelegenheiten soll Biden Obama beraten.

Wirtschafts- und Finanzpolitik

Timothy Geithner
Finanzminister
(Notenbankpräsident New York)

Peter Orszag
Budgetdirektor
(Ex-Leiter Budgetbehörde)

Lawrence Summers
Leiter Nationaler Wirtschaftsrat
(Ex-Finanzminister)

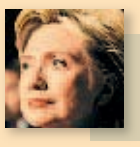
Andere

Tom Daschle
Gesundheitsminister
(Ex-Senator)

Eric Holder
Justizminister,
Anwalt
(Ex-Vize-Justizminister)

Ray LaHood
Transportminister
(ehemals Abgeordneter)
Republikaner

Außen- und Sicherheitspolitik



Hillary Clinton
Außenministerin
(Demokratische Senatorin New York)

Susan Rice
UNO-Botschafterin
(Ex-Staatssekretärin im Außenamt)

Anne-Marie Slaughter
Planungsdirektorin im Außenministerium
(Ex-Professorin, Princeton)

Robert Gates
Verteidigungsminister
(wie bisher)
Republikaner

James Jones
Sicherheitsberater
(Ex-Nato-Oberbefehlshaber)

Janet Napolitano
Heimatschutzministerin
(Gouverneurin Arizona)

Leon Panetta
CIA-Direktor
(Ex-Stabschef im Weißen Haus unter Clinton)

Dennis Blair
Nationaler Geheimdienst-Koordinator
(pensionierter Admiral)

Die Agenda Wichtigste Aufgaben

WIRTSCHAFT Die Ergebnisse im Kampf gegen die Wirtschaftskrise werden maßgeblich über den Erfolg der Regierung Obama entscheiden. 2009 werden Millionen Arbeitsplätze verlorengehen, die Wirtschaft wird schrumpfen, das Budgetdefizit wird einen Rekordwert von mehr als einer Billion Dollar (764 Mrd. Euro) erreichen. Schon vor Beginn seiner Amtszeit hat Obama ein staatliches Konjunkturpaket von 825 Milliarden Dollar durch den Kongress gebracht und die zweite Tranche des Bankenhilfspaketes abgerufen. Zudem hat er ein Ende der Steuerprivilegien für Wohlhabende angekündigt.

GESUNDHEITSWESEN Der neue Präsident will eine allgemeine Gesundheitsversicherung einführen und den Ärmsten staatliche Zuschüsse zukommen lassen. Eine erweiterte Krankenversicherung für Kinder hat das Repräsentantenhaus noch vor Obamas Amtsantritt beschlossen.

KLIMA Obama will die Bremserrolle der USA im Klimaschutz beenden und strebt eine Führungsrolle bei den Verhandlungen über ein Nachfolgeabkommen für das Kioto-Protokoll an. Sein Ziel ist, dass der Ausstoß von Treibhausgasen in den USA bis 2020 auf das Niveau von 1990 sinkt. In den USA soll zudem ein System des Emissionshandels aufgebaut werden, wie es in Europa existiert. In den nächsten zehn Jahren will der Staat mit Investitionen von 150 Mrd. Dollar einen ökologischen Umbau der Wirtschaft antreiben.

NAHOST Im Wahlkampf hatte Obama versprochen, dass die USA unter seiner Führung mehr Druck auf Israel und die Palästinenser ausüben würden, sich auf einen Friedensplan zu einigen – ein Ziel, an dem bisher alle US-Präsidenten gescheitert sind. Er will umgehend ein Diplomatenteam entsenden, das zwischen beiden Seiten vermitteln soll. Kritik an Israels Vorgehen hat Obama bisher vermieden. Direkte Kontakte zur palästinensischen Hamas soll es nicht geben.

IRAN Im Umgang mit der Führung in Teheran setzt Obama auf direkte Diplomatie. Die USA halten es für möglich, dass der Iran noch in Obamas Amtszeit eine Atombombe baut. Obama betrachtet den Iran als „eine der größten Herausforderungen", er will das Land zu einem Stopp seiner nuklearen Rüstungspläne bewegen. Die Chancen für eine Annäherung könnten steigen, sollte im Iran bei der Wahl im Juni ein gemäßigter Kandidat zum Nachfolger Präsident Mahmud Ahmadi-Nejads bestimmt werden.

US-MILITÄREINSÄTZE Obama will die rund 140.000 US-Soldaten im Irak binnen 16 Monaten weitgehend abziehen. Die wichtigste Front im Kampf gegen den Terror ist für ihn Afghanistan, wo er die US-Truppen von derzeit 32.000 auf 62.000 aufstocken will. Seine internationale Überzeugungskraft wird dabei auf die Probe gestellt werden: Obama will auch die Nato-Partner zu einem größeren Engagement am Hindukusch bewegen. Im April wird Obama zum Nato-Gipfel in Baden-Baden erwartet.

GUANTÁNAMO Obama will das umstrittene US-Gefangenenlager Guantánamo auf Kuba so schnell wie möglich schließen. Er hat ankündigen lassen, dass er bereits am ersten Tag im Amt eine entsprechende Anordnung erlassen wolle. Was mit den verbliebenen 250 Insassen von Guantánamo geschieht, ist noch nicht klar. Außerdem will Obama Folter und folterähnliche Methoden wie etwa simuliertes Ertrinken („Waterboarding"), die unter der Regierung Bush bei Verhören von Terrorverdächtigen geduldet waren, ausnahmslos verbieten.

Quelle: APA, The White House Historical Association; Autoren: Christoph Prantner, Peter Frey; Fotos: AP, EPA, Reuters, Cremer

„O-Day“ und die Mühen der Ebene

Ein neuer US-Präsident tritt an, und alle Welt schaut auf die ächzende Superpower. Barack Obama muss einen Neubeginn schaffen, in vielen kleinen Schritten.

Christoph Prantner

Washington/Wien – Es ist „O-Day“ – und niemand kann sich diesem globalen Großereignis entziehen. Alle staunen, viele fragen: Wie viel Geschichte wird heute, Dienstag, durch Washington wehen? Wird Barack Obamas Inauguration, der manche schon im Vorhinein die Beifügung „historisch“ verpasst haben, tatsächlich für eine neue, hoffnungsfrohe Epoche stehen? Und sind denn Prognosen nicht schwierig, weil sie selbst im Falle des Präsidenten mit dem Predigerstil die Zukunft betreffen?

Wenig davon ist schlüssig zu beantworten. Wir leben in einer Wendezeit, so viel lässt sich wohl sagen. Und die Beschreibung solcher Zeiten – siehe die folgenden Seiten dieser USA-Schwerpunktausgabe des STANDARD – ist immer nur in Annäherungswerten möglich. Es geht um Einschätzungen, Einordnungen und Orientierungsversuche aus vielerlei Perspektiven. Es geht um die Beleuchtung der Vereinigten Staaten von Amerika, der ächzenden Superpower, auf die die ganze Welt in diesen schwierigen Zeiten noch immer schaut.

„Hit the ground running“

Barack Obama hat schon durchklingen lassen, dass er in seiner Angelobungsrede die großen Erwartungen, die allenthalben in ihn gesetzt werden, dämpfen will. „Hit the ground running“, das hat er als Devise für seine Regierung ausgegeben, und mehr als harte Arbeit vom ersten Tag an kann er seinen leidenden Landsleuten wohl auch nicht bieten. Denn die Herausforderungen für seine Administration sind enorm.

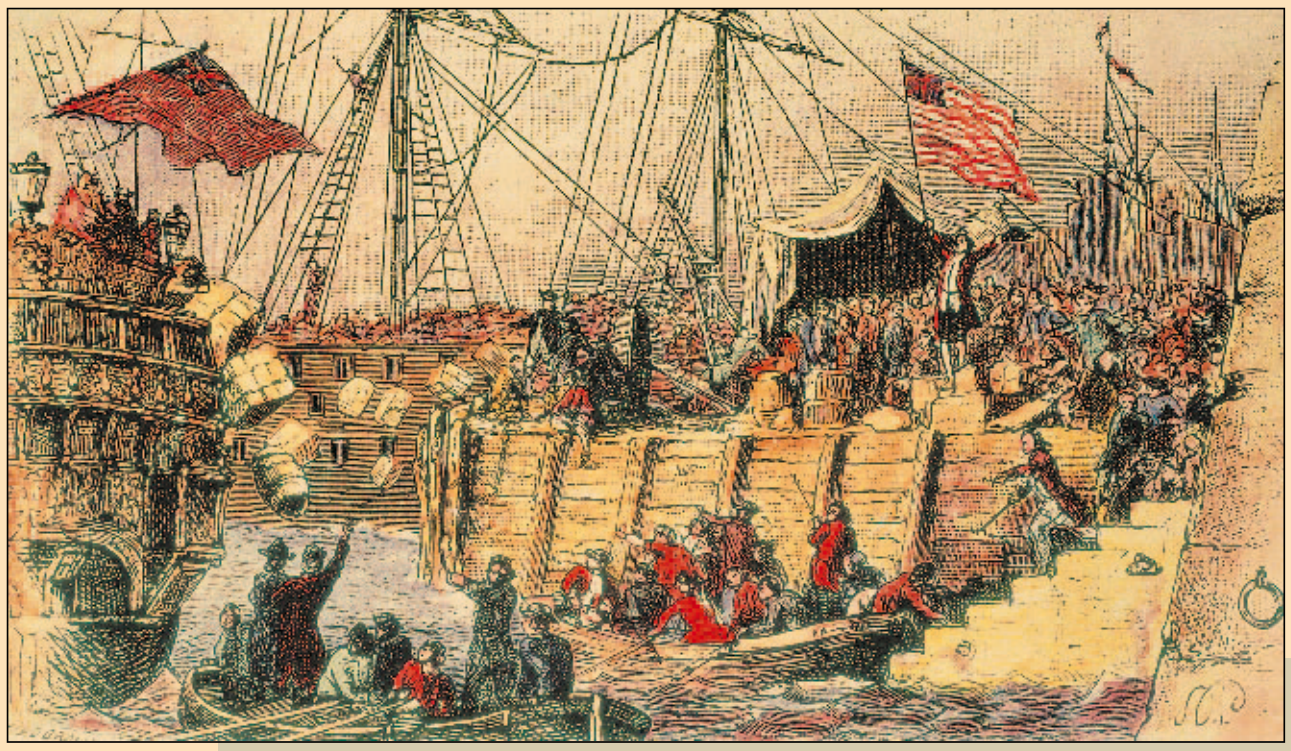
Für seinen ersten Tag im Amt hat er ein Dekret in Aussicht gestellt, mit dem die größte Schande der Bush-Regierung, das Internierungslager in Guantánamo Bay, geschlossen werden soll. Ein symbolischer Akt, weil auch Obama nicht weiß, was er mit den dort festgesetzten Terrorverdächtigen machen soll. Aber immerhin, es ist ein Zeichen. Am Mittwoch will sich der neue Präsident auch mit seiner Militärführung zusammensetzen, um die Kriege in Afghanistan und im Irak besprechen. Auch das ist nur ein Anfang. Ob diese kleinen Schritte wirklich für einen Neubeginn reichen, wird man sehen – vielleicht erst in einigen Jahren.

Vom O-Day zu den Mühen der Ebene ist es nur ein kurzer Pfad, genau genommen, etwas mehr als eine Meile: vom Kapitol nach 1600 Pennsylvania Avenue, der Adresse des Weißen Hauses.

US-MACHTWECHSEL

Nachrichten in Echtzeit auf derStandard.at

Der Dienstag steht auch auf derStandard.at ganz im Zeichen der Machtübergabe in den USA. Ansichtssachen, Videos und Berichte halten Sie in Echtzeit auf dem Laufenden.
Um 13 Uhr beantwortet Christoph Prantner im Chat die Fragen der UserInnen zum Thema.
Zweimal zwei Flüge in die USA gibt es beim Fotowettbewerb „Mein Amerikabild“ zu gewinnen.
derStandard.at/USA



Ins Wasser damit!

16. Dezember 1773. Kolonisten verkleiden sich als amerikanische Ureinwohner und stürmen mit Tee beladene Handelsschiffe im Bostoner Hafen, um die Ladung ins Wasser zu befördern – die „Boston Tea Party“. Diese revolutionäre Antwort auf die von London verhängte Teesteuer eskalierte den Konflikt mit dem Mutterland. Auf dem Gemälde geschieht dies unter einem Banner, das die neun „Rebellious Stripes“ zeigt, die die neun Kolonien repräsentierten, die im Widerstand gegen die Steuer auf Papiererzeugnisse (Stamp Act, 1756) politische Kraft entwickelten. *Foto: The Gallery Collection / Corbis*

PUBLICIS

iPhone 3G

Ein 1,-maliges Angebot zum Verlieben.

Bis zum Valentinstag statt 99,– 1,–

Für alle, denen viel am Herzen liegt.

Rufen Sie Ihre Liebsten heuer zum Valentinstag doch einfach einmal an. Mit **FAIR**PLAY Europa Plus um 0 Cent österreichweit und in die EU. Zusätzlich sparen Sie die Aktivierungsgebühr und zahlen 6 Monate keine Grundgebühr.

Gemeinsam mehr erleben.

T-Mobile

Aktion gültig bei Neuanmeldung bis 14.2. 24-Monatsbindung. Nach 6 Monaten kommt die Grundgebühr laut gewähltem Tarif zur Anwendung. **FAIR**PLAY Europa Plus: Inkludiert sind pro Abrechnungsperiode (Monat) 1.000 Minuten österreichweit in alle Netze und in sämtliche EU Mitgliedsstaaten (ausgenommen Überseegebiete) sowie nach Norwegen, Schweiz und Liechtenstein plus 1.000 SMS österreichweit. Taktung 60/30. Handy-Preis gilt bei Anmeldung zu **FAIR**PLAY Europa Plus inkl. web'n'walk. Entsperrung des iPhones vor Ablauf der Mindestvertragsdauer nicht möglich. Es gelten die AGB der T-Mobile Austria GmbH. Apple, the Apple logo, iTunes, iPhone, Safari and Mac are trademarks of Apple Inc., registered in the U.S. and other countries. Nähere Infos unter www.t-mobile.at/fairplayeuropaplus.

Der Stolz und die amerikanischen Farben

Amerikanischer Ureinwohner vom Stamm der Schoschonen-Bannock mit Büffelfell und amerikanischer Flagge als Gesichtsbemalung. Die Jäger und Sammler zogen über Gebiete von Kanada bis Mexiko, bis die Europäer kamen. Durch Verträge von 1863 und 1868 wurden die nach den Kriegen verbliebenen Mitglieder der Stämme im Fort-Hall-Reservat in Idaho angesiedelt. 1887 wurde der Boden als Privatvermögen aufgeteilt, wodurch Stammesbesitz an absoluter Fläche verlorenging. Im Reservat ist Wasser knapp, Projekte zur besseren Wasserversorgung bevorzugten zu Beginn des 20. Jahrhunderts vor allem die weißen Farmer. Heute leben an die 6000 Menschen im Reservat, von denen die meisten in Landwirtschaft, Bauwirtschaft, im Handel, in der Verwaltung und im Kasinogeschäft tätig sind; ihr Einkommen ist unterdurchschnittlich. *Foto: Corbis / NativeStock Pictures / Marilyn Angel Wynn*

WISSEN

Starkes Gefälle Weiß – Schwarz

■ **Säuglingssterblichkeit** Die Sterblichkeitsrate bei Babys schwarzer US-Mütter ist 2,4 Mal so hoch wie bei Babys weißer Mütter.
■ **Müttersterblichkeit** Bei Schwarzen 3,3 Mal größer als bei Weißen.
■ **Lebenserwartung** Weiße werden im Durchschnitt 5,1 Jahre älter als Schwarze.
■ **Arbeitslosigkeit** Im dritten Quartal 2008 waren 6,1 Prozent aller US-Erwerbstätigen arbeitslos, aber 11,4 Prozent der Schwarzen.
■ **Einkommen** Eine weiße US-Familie verdiente 2007 im Schnitt 64.427 Dollar (48.441 Euro), eine schwarze 40.143 (30.182).
■ **Armut** 2007 lebten 10,6 Prozent der Weißen, aber 24,4 Prozent der Schwarzen unter der offiziellen Armutsgrenze von 21.000 Dollar (15.790 Euro) Jahreseinkommen für eine vierköpfige Familie.
■ **Krankenversicherung** 14,3 Prozent der weißen US-Bürger hatten 2007 keine Krankenversicherung, gegenüber 19,2 Prozent der Schwarzen.
■ **Wohnen** 72 Prozent der weißen Amerikaner wohnen in Eigenheimen, aber nur 46 Prozent der Schwarzen.
■ **Strafjustiz** 0,8 Prozent der weißen Männer sitzen in Gefängnissen, aber 4,6 Prozent der männlichen Schwarzen.

„Die Amerikaner werden Obama viel Zeit geben“

Die USA müssten sich aus tiefem Morast graben. Aber die Bürger wüssten, wie schwer die Krise sei, sagt der frühere Präsidentschaftskandidat **Michael Dukakis** zu **Christoph Prantner**. Das verschaffe dem neuen Präsidenten Spielraum.

STANDARD: *Jeden Tag gibt es neue Horrornachrichten aus der Wirtschaft, die Mittelklasse ist bis über beide Ohren verschuldet, das Budgetdefizit steigt enorm – hatte je ein Präsident miserablere Startbedingungen als Barack Obama?*
Dukakis: Franklin D. Roosevelt hat ein ähnliches Chaos geerbt. Diesmal allerdings scheint es nicht so tiefgehend und bedrohlich zu sein wie damals. Als Roosevelt antrat, hatte das Land ja bereits drei Jahre der Großen Depression hinter sich gebracht. Trotzdem wird es nicht einfach werden, denn so vieles hängt von Psychologie ab. Obama muss schnell und effektiv mit dem Kongress arbeiten, den Menschen das Gefühl geben, dass etwas weitergeht. Ich glaube, er wird das sehr gut machen. Er hat gute Leute für sein Team ausgesucht und einen guten Übergang geschafft. Trotzdem: Wir müssen uns aus dem Morast der vergangenen acht Jahre graben, und der ist tief.

STANDARD: *Obama scheint sich für die erste Zeit innenpolitisch völlig auf die Wirtschaftskrise zu konzentrieren und Vorhaben wie die Gesundheits- oder Einwanderungsreform zurückzustellen.*
Dukakis: Natürlich muss er Prioritäten setzen. Aber ich denke nicht, dass er die Gesundheitsreform zurückstellen wird. Man verhandelt bereits über die Ausweitung der Versicherung für Kinder. Außerdem ist alles so vernetzt, dass die Wirtschaftskrise nicht von der Gesundheitsreform zu trennen ist. Wir geben an die 20 Prozent unseres BIP für die Gesundheitsversorgung aus, wie viel ist das bei Ihnen? So um die acht Prozent, oder? Keine Frage, da werden wir viel Bewegung sehen. Genauso wie in anderen Bereichen: der Umwelt, in der Frage alternativer Energien, bei der Verbesserung unserer Infrastruktur. Und das ist nicht nur, um einen Stimulus für die Wirtschaft zu setzen, unsere marode Infrastruktur muss schlichtweg modernisiert werden. Dennoch: Es wird ein paar Jahre dauern, bis wir hier Ergebnisse sehen.

STANDARD: *Sie haben Obamas Team erwähnt, was halten Sie von so prominenten Besetzungen wie Physik-Nobelpreisträger Steven Chu als Energieminister, McKinsey-Partnerin Nancy Killefer als Bürokratiewächterin und den CNN-TV-Arzt Sanjay Gupta als eine Art Oberarzt der Nation? Können sie sich in Washington durchsetzen?*
Dukakis: Ja, ich denke schon. Dinge in der Verwaltung anzuschieben ist natürlich schwierig. Aber Obama hat ein sehr erfahrenes Team, fast alle haben irgendwann im öffentlichen Bereich gearbeitet. Nehmen Sie Leon Panetta als neuen CIA-Chef. Der ist eine ausgezeichnete Wahl. Die CIA braucht keinen Geheimdienstexperten, sie brauchen jemanden mit Werten, der die Verfassung gelesen hat und Politmanagementerfahrung wie Panetta als früherer Stabschef im Weißen Haus hat.

STANDARD: *Viele im Team sind Clinton-Leute. Kritiker sprechen von einer dritten Amtszeit Bill Clintons.*
Dukakis: Nein, das würde ich nicht so sagen. Sicher, viele gute Leute haben für Clinton gearbeitet. Aber es ist ein guter Mix. Nehmen Sie zum Beispiel den neuen Gesundheitsminister Tom Daschle, der ist ein exzellenter Bursche. Wenn jemand das Gesundheitswesen auf Vordermann bringen kann, dann er. Oder der neue Transportminister, der Republikaner Ray LaHood, ein guter Mann, der übrigens Clintons Amtsenthebungsverfahren vorgesessen ist.

STANDARD: *Welches Zeitfenster hat Obama, um die wichtigsten Reformen auf den Weg zu bringen?*
Dukakis: In dieser Situation werden ihm die Menschen sehr viel Zeit und Spielraum geben. Wenn er es schafft, binnen einiger Jahre Zeichen der Erholung zu setzen, werden alle glücklich sein.

STANDARD: *Wohin geht Obamas Außenpolitik?*
Dukakis: Dass er Guantánamo am ersten Tag seiner Amtszeit schließen will, ist ein gutes Zeichen. Unsere dumme Kuba-Politik muss sich ändern. Im Nahen Osten muss etwas geschehen, gemeinsam mit der UNO, den Europäern und den Türken als Vermittlern. Er ist offen für Gespräche mit dem Iran – Rabin hat einmal gesagt, wer Frieden will, muss mit seinen Feinden reden. Obama glaubt das auch. Ist das Realpolitik? Na ja, es ist jedenfalls der Weg, Probleme zu lösen.

ZUR PERSON:
Michael Dukakis (75) war erfolgloser Präsidentschaftskandidat der Demokraten 1988. Heute lehrt er an der UCLA-School of Public Affairs in Los Angeles, Kalifornien.

Das Obama-Alphabet

Wer ist Barack Obama? Wer hat ihn geprägt? Welche Begriffe haben seine politische Laufbahn, seinen Wahlkampf bestimmt? Wann ist aus einem ziellosen Burschen der coole Typ geworden, der es wie kein anderer versteht, die Sehnsüchte der Menschen in aller Welt zu erfüllen? **Christoph Prantner** erzählt Obamas Geschichte in 26 Buchstaben.

A

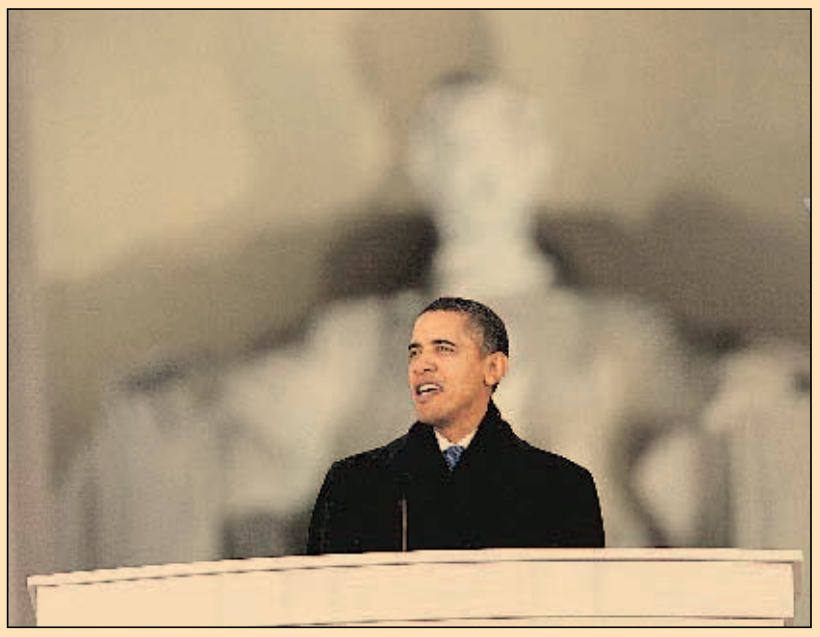
Altgeld Gardens

So heißt die bettelarme Gegend an der South Side von Chicago, in der der Uni-Abgänger Obama seine erste Berufserfahrung als Sozialarbeiter gesammelt hat. Drei Jahre lang hat er Mitte der 1980er hier gearbeitet, versucht ein Stahlwerk zu erhalten und etwas für die Minderprivilegierten zu tun. Sein Erfolg war gleich null. In Altgeld Gardens lernte Obama, dass nur der Rechtskundige etwas weiterbringt. Seine nächste Station: Harvard Law School. *Foto: AP*

B

Basketball

Im Sommer dachte Barack Obama laut über ein Basketballfeld im Weißen Haus nach. Bushs Kegelbahn würde er dafür abmontieren lassen, sagte er. Seit High-School-Tagen spielt der Chicago-Bulls-Fan Korbball. Die Plätze seien für ihn die einzige Gelegenheit gewesen, in Hawaii mit Schwarzen in Kontakt zu kommen, schreibt er in einem seiner Bücher. Während der Primaries gewöhnte er es sich an, vor jeder Wahl einige Körbe zu werfen. *Foto: Reuters*



Gefühlte neue Zeit: Hunderttausende hörten am Sonntag die Rede von Barack Obama am Lincoln Memorial in Washington zum Auftakt der Feier zur Amtseinführung. *Fotos: EPA, Reuters*

Eine Stadt im Ausnahmezustand

Washington erlebt heute einen Tag der Rekorde: Zwei Millionen Menschen oder mehr, so schätzt man, werden zur Amtseinführung von Barack Obama ins Zentrum der Hauptstadt kommen.

Frank Herrmann aus Washington

„Raus aus dem Irak!" „Räumen Sie die hässlichen Betonquader vorm Weißen Haus wieder weg!" „Beenden Sie das Töten in Gaza!" Mehr Geld, die Vier-Tage-Arbeitswoche, volle Rechte für Washington, die Hauptstadt, die nur symbolisch vertreten ist im Parlament: Die Wunschliste ist so voluminös, dass jeder Zettel immer nur für ein paar Stunden an der Tafel hängt, bevor sie ihn abnehmen und archivieren.

„Sagt es dem Präsidenten!", steht in Balkenlettern über der Tafel. Sie steht an einer hektischen Kreuzung in Adams Morgan, Washingtons Szeneviertel. Kunterbunte Fassaden, schräge Kneipen, Läden, die peruanische Keramikrinder oder ägyptische Bastkörbe verkaufen. Überall ist geflaggt, dutzende Fahnen aus aller Welt, es ist, als würden die Vereinten Nationen Obamas Amtseinführung feiern. Adams Morgan freut sich auf den Neuen, auf die coole, weltoffene Art, die man sich von ihm verspricht. George W. Bush hat sich hier nie blicken lassen.

Ein paar Ecken weiter, auf der U Street hinein ins afroamerikanische Washington, ist „Ben's Chili Bowl" zu einem Wallfahrtsort geworden. Lange Warteschlangen, und das nicht nur, weil sie drinnen die angeblich besten Hamburger der Stadt brutzeln. Hinten links, auf einem harten Stuhl vor einem Tisch mit zerkratzter Resopalplatte, hat Obama gesessen. Vor ein paar Tagen kam er hereingeschneit, wollte wissen, was ein Half-Smoke ist und bestellte sich einen, dazu Pommes frites mit hausgemachter Chilisoße. 20 Dollar zahlte er, gut die Hälfte war Trinkgeld. Nun will sich Jermaine Jefferson, der Mann, der den Schein kassierte, Obamas Zwanziger rahmen. Und Gäste aus Chicago, New York, San Francisco drängen sich vor seiner Theke, um einen Half-Smoke zu ordern, eine Art gegrillter Hotdog, mit Zwiebeln bestreut und in Senf getaucht.

1968 gehörte die Imbissbude zu den wenigen Geschäften der Gegend, die bei den Rassenunruhen nach dem Mord an Martin Luther King nicht in Flammen aufgingen. Heute pilgern die Massen hierher. „It's crazy", sagt ein Bauchladenhändler, der eigenwillig bedruckte T-Shirts verkauft. Auf denen prangt flächendeckend die Titelseite der *Washington Post*, wie sie nach der Wahlnacht erschien. „Obama Makes History".

Crazy, verrückt, das ist das Wort der Stunde. Die abgehärteten Washingtonians sind manches gewohnt, Amtseinführungen gibt es schließlich alle vier Jahre. Aber das Spektakel, das heute, Dienstag, den Ausnahmezustand über sie hereinbrechen lässt, dürfte alles in den Schatten stellen.

Zwei Millionen werden sich vielleicht an der National Mall drängen, dem breiten Grünstreifen, der sich vom Kapitol zum Lincoln Memorial zwei Meilen durchs Zentrum zieht. Die Sicherheitsvorkehrungen sind hart. 8000 Soldaten und 4000 Angehörige der Nationalgarde verstärken das Großaufgebot von Polizisten. Alle Brücken über den Potomac, die den Nachbarstaat Virginia mit der Hauptstadt verbinden, sind für den Privatverkehr ab vier Uhr morgens gesperrt. Nur Busse, Bahnen und Fußgänger dürfen sie passieren. Die Innenstadt wird abgeriegelt. Autos sind tabu. Die U-Bahn schiebt Sonderschichten und dürfte dennoch völlig überfüllt sein.

Die meisten werden wohl viele Kilometer weit laufen, um entweder in die Nähe des Kapitols zu gelangen oder an der Pennsylvania Avenue die ausgelassene Parade nach der feierlichen Zeremonie zu sehen. 260.000 Glückliche konnten Tickets ergattern. Hollywood-Stars wie Halle Berry, Sharon Stone und Steven Spielberg haben dem Organisationskomitee die maximal zulässige Spende überwiesen, 50.000 Dollar pro Nase. Dafür bekommen sie Sitzplätze nahe am Ort des Geschehens und Karten für einen der zehn offiziellen Bälle, bei denen die Obamas am Abend aufkreuzen wollen. Den meisten aber ist nichts garantiert, weshalb die Tapfersten schon nachts an der Pennsylvania Avenue campieren. Ist die Zahl von 300.000 Zuschauern erreicht, will die Polizei den Zugang sperren. Wer es nicht zur Avenue schafft, muss sich auf der National Mall mit einer der 20 Großleinwände begnügen.

Angelobung in Zahlen

- **5000** mobile Toiletten wurden auf der National Mall zwischen Kapitol und dem Washington Monument aufgestellt.
- **8249** Dollar kostet bei Online-Verkäufern mitunter ein Sitz bei der Angelobungsfeier.
- **240.000** Gratistickets sind für diese Feier am Capitol Hill vergeben worden.
- **1,000.000** Menschen werden allein auf der National Mall Obamas Amtseinführung verfolgen. Hunderttausende kommen zur Pennsylvania Avenue vom Kapitol zum Weißen Haus. Washingtons Stadtverwaltung rechnet mit insgesamt bis zu 2,5 Millionen Besuchern. Den Rekord hält bisher der Demokrat Lyndon B. Johnson. Zu seiner Angelobung 1965 kamen 1,2 Millionen Menschen.
- **55** öffentliche Feiern zur Amtseinführung gab es bisher – einige US-Präsidenten hatten zwei, Franklin Delano Roosevelt gar vier Amtszeiten.
- **0°** Celsius sind für heute in Washington vorhergesagt.
- **10.000** Busse werden die Besucher nach Washington bringen.
- **850** Garnituren hat die U-Bahn in Washington im Einsatz. Damit sollen am Tag der Angelobung stündlich 120.000 Passagiere von vier Uhr morgens bis neun Uhr abends transportiert werden.
- **8000** Polizisten sind im Einsatz, die Hälfte kommt aus anderen Bundesstaaten.
- **32.000** Soldaten sind im Dienst oder stehen auf Abruf. (Reuters, red)

C

Change

Der Begriff Wandel war der Rahmen für Obamas brillante Wahlkampagne. Wer wollte dem in einem Amerika nach acht Jahren Bush nicht zustimmen? Innerhalb dieser Klammer konnte Obama seine Botschaften ausbreiten, die die Menschen – und das war mindestens so wichtig – glauben konnten. *Foto: AP*

D

Dream

Obamas Traum, Martin L. Kings Traum, der amerikanische Traum – es geht immer um Sehnsucht nach Gerechtigkeit, Aufstieg und Respekt. Mit einem großen Sinn für Symbolik hat Obama seine Nominierungsrede am 28. August in Denver/Colorado gehalten, dem 45. Jahrestag von Kings „I have a dream"-Rede. *Foto: EPA*

Buchen Sie bis 21.01.09 um Mitternacht. Angebot gilt nur nach Verfügbarkeit, es gelten die Geschäftsbedingungen von Ryanair. Weitere Informationen finden Sie auf www.ryanair.de. Es können Gebühren für Gepäck anfallen. Es können Gebühren für Kreditkarten anfallen (5€ pro Flugstrecke).

Der bewaffnete Kampf um die Union

30. Juli 1864, die Schlacht im Krater. Die Fahne der Konföderierten weht über den Köpfen der Soldaten der Südstaaten, die an diesem Tag die Unionstruppen aus dem Norden zurückschlagen. Der Sezessionskrieg bahnte sich in politischen Auseinandersetzungen über die Repräsentanz und das Gleichgewicht innerhalb der Union, damit verknüpft die Frage der Sklaverei, seit den 1830er-Jahren an. Ab 1861 wurde die Auseinandersetzung militärisch geführt. Abraham Lincoln wird am 8. November 1864 als Präsident wiedergewählt, am 31. Jänner 1865 setzt der Kongress der Sklaverei ein Ende. Die letzten konföderierten Truppen kapitulieren wenig später in Texas. Als Stoff für Film und Literatur wurde die Schlacht bei Petersburg aus Charles Fraziers Bürgerkriegsroman „Cold Mountain" (1997) in Anthony Minghellas gleichnamiger Verfilmung (2003) verwendet. *Foto: Interfoto/picturedesk.com*

Berlin sieht höhere Terrorgefahr in Deutschland

Berlin – Die Gefahr von Anschlägen islamistischer Extremisten ist nach Einschätzung der deutschen Regierung größer geworden. „Der Anschlag vor der Deutschen Botschaft in Kabul und die jüngsten islamistischen Drohvideos gegen Deutschland verdeutlichen, dass die terroristische Bedrohung eine neue Qualität gewonnen hat", heißt es im Innenministerium nach der Auswertung eines ausschließlich an Deutschland adressierten Video der Al-Kaida. „Durch solche Drohvideos werden Anschläge in Deutschland vorbereitet." Deutschland sei „in den besonderen Fokus" der Extremistenorganisation gerückt, der Sprecher in dem Film stamme aus Deutschland, erklärte ein Sprecher des Innenministeriums.

In dem Video kündigt das Islamistennetzwerk Vergeltung für den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan an. „Sollten die Deutschen ... leichtgläubig und naiv meinen, als drittgrößter Truppensteller ungeschoren davonzukommen, dann sind deutsche Politiker im Bundestag leider fehl am Platz", sagt ein Vermummter. Der Mann, der sich „Abu Talha der Deutsche" nennt, fügt außerdem hinzu: „Eure Soldaten sind nirgends sicher. Ihr könnt diesen Krieg niemals gewinnen, auch wenn wir euch militärisch und materiell unterlegen sind." (Reuters)

KURZ **GEMELDET**

Türkei: Premier betont in Brüssel Reformwilligkeit

Brüssel – Der türkische Premier Recep Tayyip Erdogan hat seinen ersten Besuch bei der EU in Brüssel seit fünf Jahren als Zeichen der Reformbereitschaft seiner Regierung bezeichnet. Die Türkei sei entschlossen, bei ihrem Reform- und Beitrittsprozess weitere Fortschritte zu machen, sagte Erdogan laut türkischen Berichten vom Montag. Demnach erklärte er, er hoffe künftig auf die Eröffnung von drei bis vier neuen EU-Verhandlungskapiteln während einer jeweils halbjährigen Ratspräsidentschaft. (AFP)

El Salvador: Frühere Guerilla siegt bei Wahl

San Salvador – El Salvador steht ein Machtwechsel bevor. Nach Auszählung von rund zwei Dritteln der Stimmen errang die frühere Linksguerilla Front Farabundo Martí für die Nationale Befreiung (FMLN) bei der Parlamentswahl am Sonntag mehr Sitze als die seit 20 Jahren regierende Nationalistische Republikanische Allianz (ARENA) von Präsident Elías Antonio Saca. Nach Angaben des Wahlgerichts erreichte die FMLN 60.000 Stimmen mehr. (AFP)

Kroatiens Präsident versucht Wogen zu glätten

Zagreb – Der kroatische Präsident Stjepan Mesić versucht nach seiner umstrittenen Geschichtslektion im Grenzstreit mit Slowenien die Wogen zu glätten. Mesić trat am Sonntag mit slowenischen Prominenten in einer Talkshow im kroatischen Fernsehen auf und betonte die Freundschaft zwischen beiden Nachbarvölkern. „Ich war vor langer Zeit einmal in eine Slowenin verliebt", bekannte der 74-Jährige laut Medienberichten vom Montag. Die Liebesgeschichte habe jedoch unglücklich geendet. (APA)

GANZ **KURZ**

+++ Abgemahnt Litauens Präsident Adamkus forderte die Regierung zu Maßnahmen zum Abbau von Spannungen in der Gesellschaft auf. **+++ Abgestraft** In Thailand muss ein Australier wegen Majestätsbeleidigung ins Gefängnis.

FDP treibt nun die große Koalition an

Das starke Abschneiden der FDP bei der Hessen-Wahl schwächt CDU und SPD auch im Bund. Die Liberalen lassen prompt ihre Muskeln spielen und fordern jetzt Nachbesserungen beim Konjunkturprogramm.

Birgit Baumann aus Berlin

„Allerbeste Stimmung" habe im Präsidium geherrscht, berichtet FDP-Chef Guido Westerwelle am Montag. Kein Wunder: Konnten sich die Liberalen doch über ein Wahlergebnis von 16,2 Prozent und Zuwächse von 6,8 Punkten in Hessen freuen. „Die Mittelschicht ist wieder bei der FDP", frohlockt Westerwelle.

Ihn erfreut jedoch nicht nur der Blick nach Hessen. Mittlerweile werden die fünf bevölkerungsreichsten deutschen Bundesländer (Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und bald Hessen) von einem schwarz-gelben Bündnis regiert. Die bevorstehende Regierungsbeteiligung in Hessen bringt Westerwelle nun zu Beginn des deutschen Superwahljahres 2009 einen deutlichen Machtzuwachs.

Denn Union und SPD haben durch die Hessen-Wahl ihre Mehrheit im Bundesrat verloren. Das bedeutet: Wollen sie ihre Vorhaben durch die Länderkammer bringen, müssen sie sich auch nach der FDP richten. Und diese hat bereits Änderungswünsche beim 50 Milliarden Euro schweren Konjunkturpaket angekündigt.

Sie will etwa eine schnellere Steuersenkung als von der Regierung in Aussicht gestellt. Der Grundfreibetrag dürfe nicht in zwei Schritten ab Mitte 2009 angehoben werden, sondern dies müsse in einem Schwung rückwirkend zum 1. Jänner 2009 geschehen. Außerdem passt der FDP die geplante „Abwrack-Prämie" für Altautos nicht. Diese sei bloß ein „Konjunkturprogramm für asiatische Autobauer", kritisieren die Liberalen.

Zwar versichert FDP-Chef Westerwelle: „Wir werden im Bundesrat sehr verantwortungsvoll mit unseren Möglichkeiten umgehen." Doch der großen Koalition missfällt der neue Einfluss der Liberalen deutlich. „Sie kann die Oppositionsrolle nicht mehr so spielen wie bisher", warnt Angela Merkel. Die CDU-Chefin und Kanzlerin mahnt außerdem, die FDP dürfe ihre neue Position „nicht überreizen", dies würde bei der Bevölkerung „nicht gut ankommen".

Andererseits ist die CDU der FDP natürlich dankbar. Denn die Hessen-CDU unter ihrem Spitzenkandidaten Roland Koch konnte nur 0,4 Punkte zulegen. Dass es nun nach einem Jahr der Unsicherheit zu einer stabilen schwarz-gelben Mehrheit im hessischen Landtag kommt, verdankt die CDU der FDP. „Der Spuk ist vorüber", freut sich Ministerpräsident Koch, räumt aber ein: „Ich will nicht verhehlen, dass ich zwei Prozent mehr für die CDU toll gefunden hätte." Der CDU gelang es nicht, jene (bürgerlichen) Wähler wieder zurückzuholen, die sie 2008 nach Kochs Anti-Ausländer-Kampagne verloren hatte.

ANALYSE

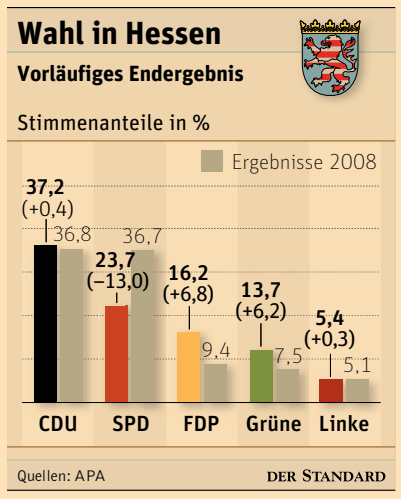
Und so mancher in der Union erinnert sich mit Beklemmung an den Abend der Bundestagswahl 2005. Damals hatte Merkel ja auch ihre schwarz-gelbe Lieblingskoalition angestrebt. Doch während die FDP ein ordentliches Ergebnis einfuhr, fiel die Zustimmung zur Union nicht hoch genug aus. Am Schluss reichte es nur für die ungeliebte große Koalition mit der SPD. Schon ruft Baden-Württembergs Ministerpräsident Günther Oettinger (CDU) dazu auf, „Profil und Regierungsprogramm so aufzustellen, dass keiner, der uns wählen will, FDP wählt".

Beifall für Ypsilanti-Rücktritt

Noch mehr Frust über das Erstarken der FDP herrscht bei den Sozialdemokraten, die am Sonntag in Hessen eine historische Wahlniederlage erlitten. „Da gibt es nichts zu beschönigen", sagt SPD-Chef Franz Müntefering. Er bemüht sich jedoch, das Debakel als hessisches Spezifikum abzutun, das dem Wortbruch von Andrea Ypsilanti geschuldet ist.

Ypsilanti ist ohnehin schon Geschichte. Noch am Wahlabend trat sie als Fraktions- und Landeschefin zurück, und da brandete im Berliner Willy-Brandt-Haus bei den Genossen spontaner Applaus auf. Ypsilantis designierter Nachfolger, Thorsten Schäfer-Gümbel, will nun die tiefen Gräben in der hessischen SPD wieder überwinden. Die Stimmung der Sozialdemokraten trübt auch, dass sich durch die Hessen-Wahl die Mehrheitsverhältnisse in der Bundesversammlung noch einmal verschieben. Dieses Gremium aus Vertretern des Bundestags und der Landtage wählt im Mai den Bundespräsidenten, und nun sind Amtsinhaber Horst Köhler noch ein paar schwarz-gelbe Stimmen mehr sicher, als er für eine zweite Amtszeit benötigt. Seine von der SPD aufgestellte Herausforderin Gesine Schwan will jedoch nicht aufgeben und zur Wahl antreten.

derStandard.at/Deutschland



E

Erfahrung

Wer hat für den Irakkrieg gestimmt, wer dagegen? Wer dient seit wie vielen Jahren im US-Kongress? Erfahrung gegen Urteilsvermögen, das war der Begriffskampf im Wahlkampf. Der weißschopfige John McCain ließ keine Gelegenheit aus, Obama als Greenhorn darzustellen. Der revanchierte sich mit dunkelgefärbten Haaren, um den 72-Jährigen noch älter aussehen zu lassen. *Foto: EPA*

F

Familie

„Ich bin so stolz auf euch beide. Ich liebe euch mehr, als ihr euch je vorstellen könnt", das schrieb Obama unlängst in einem Brief an seine Töchter Malia (10) und Sasha (7), den eine US-Zeitschrift veröffentlichte. Mit Michelle ist er seit 1992 verheiratet, sie gilt als sein „bester Mann". Im Wahlkampf stand sie nicht nur lächelnd neben ihm, sie hielt fesselnde Reden und füllte Stadien. *Foto: Reuters*

„Obama profitiert von Bill Clintons Erfahrungen“

Carl Bernstein hat eine Biografie über Hillary Clinton publiziert. Wirtschaftsfragen werden künftig sehr viel mehr Teil der Außenpolitik sein, sagte der bekannte US-Journalist zu **Alexandra Föderl-Schmid.**

Nach Ansicht von Carl Bernstein hat Obama mit der Nominierung Hillary Clintons „eine schlaue Wahl“ getroffen. Es sei besser, „als dass beide Clintons an der Seitenlinie stehen oder auf den hinteren Bänken sitzen und kritisieren“. *Foto: AP/Brinon*

STANDARD: *War es eine gute Wahl, dass Barack Obama Hillary Clinton gefragt hat, ob sie Außenministerin werden will?*
Bernstein: Das ist eine schlaue Wahl. Wir müssen abwarten, wie sie sich schlägt. Ich glaube aber, Obama profitiert nicht nur von ihrem, Hillarys, Rat, sondern auch beträchtlich von der Erfahrung Bill Clintons. Er ist sehr erfahren in der Außenpolitik, schließlich war er der Präsident. Welche Welterfahrung sich daraus ergibt, daraus wird Obama vorhersehbar Profit ziehen. Es ist auch viel besser so, als dass beide Clintons an der Seitenlinie stehen oder auf den hinteren Bänken sitzen und kritisieren. Aber offenkundig gibt es auch Risiken, die in der Dynamik der Persönlichkeit liegen.

STANDARD: *Welche Risiken?*
Bernstein: Die sind offensichtlich. Sie kann manchmal ihre eigene Agenda verfolgen. Aber ich zweifle, dass das oft der Fall sein wird.

STANDARD: *Welche Rolle wird Bill Clinton genau spielen? Werden die beiden als Team auftreten, wird er im Hintergrund als Berater bleiben?*
Bernstein: Ich weiß es nicht genau. Sie ist auf jeden Fall die Außenministerin. Man wird sehen.

STANDARD: *Welche größeren Veränderungen erwarten Sie in der US-Außenpolitik?*
Bernstein: Journalisten sollten nicht Vorhersagen machen. Als Journalist sollte man vor allem Reporter sein. Man muss das hernehmen, was Obama und Clinton bisher gesagt haben und das verfolgen. Sie und Obama sehen, dass die Lage im Nahen Osten ganz offensichtlich explosiv ist. Es braucht mehr Flexibilität. Es wird Bewegungen von US-Truppen im Irak geben.

STANDARD: *Wird es ihre Außenpolitik sein oder Obama die Richtlinien vorgeben?*
Bernstein: Ich glaube, ihre Außenpolitik wird genau das sein, was Obama als seine Außenpolitik angekündigt hat. Mit den Adaptierungen, die notwendig sind, wenn sie und Obama einmal im Amt eingearbeitet sind. Sie werden ihre generelle Sicht auf die Welt, die sie während der Kampagne vertreten haben, umsetzen. Aber Obamas Sicht zählt viel mehr als Clintons. Der große Unterschied wird sein, dass Wirtschaftspolitik sehr viel mehr Teil der Außenpolitik sein wird. Wir sind Teil einer weltweiten rezessiven Depression.

STANDARD: *Wenn man Ihr Buch gelesen hat, dann kristallisiert sich heraus: Die zwei fundamentalen Elemente in Hillary Clintons Leben sind ihre Familie und die Religion. Wie wirkt sich das auf ihre Arbeit aus?*
Bernstein: Sie haben richtig gelesen, das sind die zwei wichtigsten Dinge in ihrem Leben. Sie bezieht Kraft aus beidem. Wenn ihre familiäre Situation in Balance ist, dann wirkt sich das auf ihre Arbeit aus, sie wird geschmeidiger. Wenn die Balance nicht stimmt, dann ist sie mit ihrem Privatleben beschäftigt, das wirkt sich natürlich aus. In allen Lebenslagen findet sie stets Kraft in der Religion.

STANDARD: *Gerade während der Lewinsky-Affäre hat sich gezeigt, dass sie eine sehr starke Persönlichkeit ist. Wird sie Schwierigkeiten haben, sich einem US-Präsidenten Obama unterzuordnen?*
Bernstein: Sie ist eine starke Frau. Im Senat war sie sehr erfolgreich darin, mit anderen Senatoren koalitionäre Beziehungen zu knüpfen. Das war ganz anders, als sie noch im Weißen Haus war. Das ist für sie eine tolle Möglichkeit, dem Lande zu dienen. Natürlich weiß sie auch, was es heißt, First Lady zu sein, und was die Vorrangstellung des Präsidenten bedeutet. Deshalb ist es nicht unbillig zu denken, dass sie sicher weiß, was passiert, wenn Mitarbeiter des Präsidenten – unabhängig davon, wie großartig ihre Position ist – sich die Auffassung anmaßen, dass es ihre Politik ist und nicht die des Präsidenten. Sie kann unterscheiden.

ZUR PERSON:
Carl Bernstein, 1944 in Washington D. C. geboren, gilt heute als Legende des investigativen Journalismus. Gemeinsam mit Bob Woodward deckte er 1972 die Watergate-Affäre auf. Die beiden wurden mit dem Pulitzer-Preis ausgezeichnet. 2007 wurde sein Buch „A woman in charge“ veröffentlicht („Hillary Clinton – Die Macht einer Frau“, Droemer). Dafür interviewte er 200 Weggefährten Clintons.

„Wie Weihnachten und Silvester zusammen“

Kenia feiert den „verlorenen Sohn“, Obamas Oma ist nach Washington geflogen

Marc Engelhardt aus Nairobi

Bis nach Washington hat er es zwar nicht geschafft, aber bis nach Kisumu im Westen Kenias will Milton (31) fahren, um die Vereidigung von Barack Obama mitzuerleben. „Das wird wie Weihnachten und Silvester zusammen, die Party des Jahrhunderts“, freut sich der Gärtner, der wie Obamas kenianischer Vater zur Ethnie der Luo gehört und normalerweise in Kenias Botschaftsviertel arbeitet. Ein paar seiner wenigen Urlaubstage hat er sich genommen, von den hohen Fahrtkosten ganz zu schweigen. „Aber das ist es mir wert.“

Zwar hat Kenias Regierung diesmal – anders als am Tag nach Obamas Wahl – keinen Feiertag ausgerufen, doch dass in Kenia am Dienstag gearbeitet wird, glaubt niemand. Besonders gilt das im Westen, wo die Bevölkerung den ersten schwarzen US-Präsidenten noch mehr als der Rest des Landes als einen der ihren ansieht. In Kisumu sollen im größten Stadion der Stadt mehrere Großbildleinwände aufgestellt werden, damit bis zu 100.000 Gäste die feierliche Zeremonie ohne Rempelei verfolgen können. In Kakamega, der zweitgrößten Stadt der Region, werden mehr als halb so viele Gäste zu der Übertragung erwartet, die südafrikanische Starsängerin Yvonne Chaka Chaka ist eigens für ein Livekonzert angereist.

Die ausgelassenste Party steigt indes in Kogelo, dem winzigen Dorf, in dem Obamas Großmutter Sarah und viele Verwandte leben. Schon seit Freitag feiert die Stadt ein „Kulturfestival“ zu Ehren des „verlorenen Sohnes“, wie er hier genannt wird. Außer tausenden Obamafans sind dazu auch hunderte Reporter angereist – und das, obwohl die Veranstaltung ohne ihren Star auskommen muss.

Denn Oma Sarah Obama stieg am Freitag in den Flieger nach Washington. „Das ist der Tag, auf den ich seit Monaten gewartet habe“, sagte sie kurz vor Abflug. „Ich kann nicht verhehlen, dass ich sehr, sehr glücklich bin.“ Es ist das zweite Mal, dass die 87-Jährige zu ihrem Enkel in die USA reist. An seine Vereidigung als Senator von Illinois, zu der Obama sie auch eingeladen hatte, kann sie sich noch gut erinnern: „Viel zu kalt war das!“

Obamas Großmutter, Sarah Obama, auf dem Weg von Nairobi nach Washington. *Foto: AP*

Als Gastgeschenk hat Oma Obama die Insignien der Macht im Gepäck, wie man sie im Westen Kenias kennt: einen dreibeinigen Hocker, ein Schild und einen Wedel aus Ziegenhaar zum Verscheuchen von Fliegen. „Außerdem wollte ich ihm einen Speer mitbringen, aber mir wurde gesagt, dass ich den aus Sicherheitsgründen nicht mit in den Flieger nehmen darf.“

Immerhin hat Sarah Obama eine Einladung zur eigentlichen Vereidigung. Für Kenias ungeliebte Politiker, die sich gerne in Obamas Licht sonnen möchten, gilt das nicht. Als eine Regierungsdelegation unter Führung von Kenias Außenminister bei der US-Botschaft anfragte, wann man denn Einladungen erhalte, ließ ein Sprecher kühl wissen, dass ausländische Staaten traditionell nur durch ihre Botschafter vertreten seien.

Freilich hielt das die Politiker, unter ihnen auch Premier Raila Odinga, nicht davon ab, trotzdem nach Washington zu fliegen. Ein Skandal, findet der Ex-Vizeminister und Bürgerrechtler, Kalembe Ndile. „Das ist eine unfassbare Verschwendung von Steuergeldern dafür, dass die Minister sich die Vereidigung letztlich nur auf dem Hotelzimmer ansehen können.“ In seiner Rage stellte Ndile dem Außenminister vergangene Woche einen Fernseher vor seine Tür – als Geschenk. „Soll er sich das Spektakel hier ansehen, das ist für uns alle billiger.“

G

Gymn

Der neue Präsident ist Fitnessfreak. Er lässt es sich nicht nehmen, jeden Tag eine Stunde lang im Gymn zu trainieren. Es ist die einzige Zeit am Tag, zu der er ungestört sein möchte. Er stemmt Gewichte und läuft auf dem Band. Junkfood meidet Obama, Protein-Snacks und Tee sind seine Sache. Diese Leidenschaft trug ihm im Sommer die Frage ein, ob er Präsident werden wolle oder Mr. Universe. *F.: Reuters*

H

Hope

„The Audacity of Hope“ (Hoffnung wagen) hieß der Bestseller Obamas aus dem Jahr 2006. Der Titel ist angelehnt an seine Parteitagsrede von 2004 *(s. P)*. Das Buch – Botschaft: Hoffnung statt Zynismus – liest sich wie sein Wahlprogramm, ist gleichzeitig aber kritische Selbstreflexion. Es wurde vielfach übersetzt und millionenfach verkauft. Der Verleger zahlte 1,9 Mio. Dollar Vorschuss dafür. *Foto: Reuters*

KURZ **GEMELDET**

Meeresfrüchte und Ente nach der Zeremonie

Washington – Barack Obama bekommt bei seinem ersten Mittagessen als US-Präsident am Dienstag ein exquisites Drei-Gänge-Menü serviert. Unmittelbar nach der Vereidigungszeremonie gibt in der Statuary Hall des US-Kapitols zunächst Meeresfrüchte auf die Teller. Als Hauptgang werden verschiedene Geflügel serviert: Fasan und Ente mit Sauerkirsch-Chutney und Süßkartoffeln. Zum süßen Abschluss gibt es ein Apfel-Zimt-Dessert. Zu jedem Gang wird Wein natürlich aus Kalifornien gereicht. (dpa)

US-Mobilfunkbetreiber befürchten Netz-Crash

Washington – Die US-Mobilfunk-Netzbetreiber fürchten angesichts des Obama-Fiebers einen möglichen Zusammenbruch der Washingtoner Handynetze bei der Amtseinführung am Dienstag. Die erwarteten Menschenmassen bei der Vereidigung des neuen Präsidenten sollten sich beim Telefonieren sowie beim Versenden von Fotos und Kurzmitteilungen zurückhalten, forderten die Unternehmen laut *New York Times*. (dpa)

Halbbruder von Obama als Video-Star im Internet

Peking – Unter den Ehrengästen bei der Amtseinführung von Barack Obama ist auch sein Halbbruder, Mark Ndesandjo, der seit sechs Jahren in China lebt. Am Freitag war der Sohn aus der dritten Ehe von Obamas Vater bei einer Wohltätigkeitsveranstaltung der US-Handelskammer in China in der Metropole Shenzhen am Flügel aufgetreten. Ein kurzer Fernsehbericht von dem Klavierspiel für Waisenkinder auf dem Videoportal *youku.com* entpuppte sich als Renner. (dpa)

Sterne und Streifen fürs Revers

7. Dezember 1941. Die japanische Luftwaffe bombardiert ohne Vorwarnung die vor der hawaianischen Insel Oahu gelegenen amerikanischen Seestreitkräfte und liefern den USA damit den Anlass zum Eintritt in den Zweiten Weltkrieg auf Seiten der Alliierten. Auf amerikanischer Seite sterben mehr als 2400 Menschen, 12 Kriegsschiffe sinken oder stranden, mehr als 160 US-Flugzeuge werden zerstört. Die US-Pazifikflotte wird auf ein Schiff reduziert. Auf japanischer Seite sterben 65 Piloten. Pearl Harbor wird zum Synonym für den Überraschungsangriff und markiert das Ende jeglicher isolationistischer Zurückhaltung, die es bis dahin in der diplomatischen Rhetorik noch gab.

Foto: David J. & Janice L. Frent Collection/Corbis

„Gazastreifen mit größtmöglichem Tempo verlassen“

Nach der Militäroffensive, die sie als Erfolg feiert, hat Israels Regierung einen schnellen Abzug aus dem Gazastreifen angekündigt. Falls die Waffenruhe hält, wählen die Israelis wie geplant am 10. Februar ein neues Parlament.

Ben Segenreich aus Tel Aviv

Während palästinensische Familien in den Norden des Gazastreifens zurückströmten, um unter den Trümmern ihrer zerstörten Häuser die Leichen von Angehörigen zu finden, fielen erschöpfte israelische Soldaten an der Grenze erleichtert ihren Eltern und Freundinnen um den Hals. Alle Betroffenen schienen darauf zu bauen, dass die am Sonntag zunächst von Israel und dann von der Hamas getrennt ausgerufene Waffenruhe zumindest in einer ersten Phase halten würde.

Sechs europäische Staats- und Regierungschefs, die zur Festigung der Waffenruhe und „als Freunde Israels“ am Sonntagabend gemeinsam in Jerusalem auftraten, hörten von Premier Ehud Olmert, dass Israel „interessiert ist, den Gazastreifen mit der größtmöglichen Geschwindigkeit zu verlassen“. Zur gleichen Zeit hatte Israel schon mit der „Verdünnung“ der Truppen im Gazastreifen begonnen. Einer Version nach könnte der Abzug rechtzeitig zum Amtsantritt des neuen US-Präsidenten Barack Obamas am heutigen Dienstag beendet sein.

Videobotschaft Haniyehs

Die Bedingungen, die die Hamas lange Zeit für eine Waffenruhe gestellt hatte, waren zwar nicht erfüllt, doch erwartungsgemäß dauerte es nicht lange, bis die Islamisten ihren „Sieg“ verkündeten. „Trotz aller Wunden hat unser Volk nicht das Haupt gesenkt, sondern eine aufrechte Haltung gezeigt, an die man sich über Generationen erinnern wird“, sagte der zunächst noch immer untergetauchte Hamas-Premier Ismail Haniyeh in einer auf Video aufgezeichneten Rede im Fernsehen. „Es ist ein herausragender Sieg angesichts der politischen, militärischen und moralischen Niederlage des Feindes und angesichts seines gescheiterten Versuchs, unserem Volk und der mutigen Widerstandsbewegung Bedingungen zu diktieren.“

Hamas-Sprecher Abu Obeida sagte später in Gaza-Stadt, dass nur 48 bewaffnete Kämpfer seiner Organisation als „Märtyrer“ gestorben seien, während Israel 80 Soldaten verloren habe. Der Islamische Jihad (Heiliger Krieg) gab separat an, dass 34 seiner Männer getötet worden seien. Nach israelischen Schätzungen sind hingegen bei den dreiwöchigen Kämpfen bis zu 500 bewaffnete Islamisten umgekommen. Auf der israelischen Seite wurden zehn Soldaten getötet, vier davon durch Fehlschüsse der eigenen Kameraden.

Während in Südisrael die Menschen sich nach und nach wieder auf die Straße trauten und der lange unterbrochene Schulunterricht am Dienstag wieder anlaufen soll, strich die israelische Führung bei jeder Gelegenheit ihre Befriedigung über den Ausgang der Offensive hervor. „Wir sind zum ersten Mal seit vielen Jahren in den Gazastreifen hineingegangen“, sagte Außenministerin Zipi Livni im israelischen Radio, „wir haben sie aus der Luft überrascht und dann auf dem Boden überrascht. Sie verstehen heute, was Israel macht, wenn es angegriffen wird, die Welt versteht das auch. Ich glaube, die Hamas wird nicht so bald wieder schießen, und wenn sie doch schießt, wird sie wieder Schläge bekommen.“

Netanyahu weiter voran

Wenn die Waffenruhe hält, werden die auf 10. Februar angesetzten israelischen Parlamentswahlen, deren Verschiebung erwogen worden war, wie geplant stattfinden. Neue Umfragen zeigen, dass der Krieg an den Chancen von Livni und von Verteidigungsminister Ehud Barak letztlich nichts verändert hat. Livnis Kadima liegt wieder bei rund 26 Mandaten und Baraks Arbeiterpartei bei rund 16, während der rechtskonservative Likud von Benjamin Netanyahu mit über 30 Mandaten führt.

Unklar ist, wie das Abklingen der Krise die innerpalästinensischen Spannungen beeinflussen wird. Palästinenserpräsident Mahmud Abbas hat am Montag erneut zur Bildung einer Einheitsregierung aufgerufen, Abbas selbst wird aber von der Hamas nicht mehr als Präsident anerkannt, weil seine vierjährige Amtszeit nach Auslegung der Islamisten am 9. Jänner abgelaufen ist.

Offen war auch noch, wie rasch die mit der Waffenruhe verknüpften neuen internationalen Arrangements perfekt gemacht werden können. Die EU-Politiker hatten auch in Jerusalem gefordert, dass die Übergänge zum Gazastreifen geöffnet werden müssten. Zugleich sei es nötig, „den Waffenschmuggel auf dem Land- und dem Seeweg zu stoppen“. UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon will offenbar am Dienstag den Gazastreifen besuchen. **derStandard.at/Nahost**

Ein Krieg, zwei Sieger, tausende Verlierer

Keine offizielle Waffenruhe und Milliardenschäden in Gaza: Eine erste Bilanz

András Szigetvari

Tel Aviv / Wien – Der dreiwöchige Krieg im Gazastreifen ist vorerst zu Ende. Während aus den Trümmern immer mehr Tote geborgen werden, wurden am Montag erste Schätzungen über die finanziellen Schäden durch den Krieg veröffentlicht. Eine erste Kriegsbilanz:

■ **Todesopfer** 1300 Palästinenser sind bei den israelischen Angriffen laut dem Gesundheitsministerium in Gaza getötet worden. Darunter sollen 410 Kinder sein. Unter den 5300 Verwundeten sollen sich 2500 Zivilisten befinden. Auf israelischer Seite starben laut Rettungsdienst Magen David Adom seit Kriegsausbruch vier Zivilisten durch Hamas-Raketen, 84 wurden verwundet. Zehn israelische Soldaten starben in Gaza.

■ **Milliardenschäden** Unter Federführung des UNO-Entwicklungsprogrammes UNDP werden im Gazastreifen seit Montag die Kriegsschäden evaluiert. Nach ersten Schätzungen liegt allein der an den Gebäuden entstandene Sachschaden zwischen 1 und 1,5 Milliarden Dollar, sagt ein westlicher Vertreter bei der Palästinenserbehörde in Ramallah dem STANDARD.

Hinzu kommen Schäden an Straßen und Leitungen. Mehrere Ministerien (Innen, Justiz) und von Hamas genutzte Sicherheitseinrichtungen wurden komplett zerschossen. Laut UNO wurden in Gaza 50 UN-Gebäude beschädigt. Saudi-Arabien hat bereits eine Milliarde Dollar Aufbauhilfe zugesagt.

Durch die Zerstörung der Regierungsgebäude wird Hamas ihre ordnungspolitischen Aufgaben in Gaza künftig schwer wahrnehmen können, resümiert die deutsche Nahostexpertin Muriel Asseburg eine weitere Kriegsfolge. Andere radikale Gruppen wie der Islamische Jihad würden daher an Einfluss gewinnen. Eine paradoxe Folge für Israel ist, dass Hamas nicht mehr wie bisher alleine die Einhaltung eines etwaigen Waffenstillstandes garantieren könne.

■ **Kein Abkommen** Der Krieg ist ohne offiziellen Waffenstillstand beendet worden. Israel hat Samstag einseitig eine Waffenruhe verkündet, die Hamas ist gefolgt. Die Situation ist damit schlechter als in den sechs Monaten vor dem Krieg, als eine unter ägyptischer Vermittlung geschlossene Waffenruhe galt.

USA sagen Hilfe zu

Den Krieg gewonnen zu haben beanspruchen sowohl Israel als auch Hamas. Ihre vage deklarierten Kriegsziele haben beide nicht erreicht: Israel wollte die Sicherheitssituation im Süden des Landes verbessern, aber auch am Sonntag feuerte Hamas noch mindestens 15 Raketen nach Israel. Die Öffnung der Gaza-Grenzen, wie von der Hamas gefordert, ist derzeit ebenso nicht vorgesehen. Am 18. Jänner waren die Übergänge Kerem Shalom, Karni und Rafah von Israel für humanitäre Lieferungen jedenfalls geöffnet worden.

Einzig bisher greifbares Ergebnis des Krieges ist ein Abkommen zwischen Israel und den USA über die Grenzsicherung zwischen Ägypten und Gaza. Laut Abkommen verpflichten sich die USA, Israel bei der Eindämmung des Waffenschmuggels zu helfen. Wobei nicht erkennbar ist, ob das Abkommen nicht auch vor Kriegsausbruch hätte unterzeichnet werden können.

■ **Geschwächter Präsident** Unbemerkt von der internationalen Öffentlichkeit ist inmitten des Krieges die Amtszeit des im Westen als gemäßigt geltenden Palästinenserpräsident Mahmud Abbas abgelaufen. Abbas Beliebtheit dürfte durch den Krieg einen Tiefstand erreicht haben. „Er gilt als Kollaborateur mit den Israelis“, sagt ein westlicher Diplomat in Ramallah. Der Grund: Abbas hatte nach Kriegsausbruch der Hamas die Hauptschuld am Krieg gegeben.

■ **Völkerrechtsbruch** „Israel hat ein Recht auf Selbstverteidigung, aber die israelische Antwort auf die Hamas-Angriffe waren absolut unverhältnismäßig“, sagt Wolfgang Benedek, Vorstand am Institut für Völkerrecht an der Uni-Graz.

Dem Völkerrecht widersprochen hätten auch die Angriffe auf zivile Einrichtungen in Gaza. Mit ihren Angriffen auf zivile Ziele habe auch Hamas das Völkerrecht klar verletzt. NGOs werfen Israel zudem vor, Phosphorwaffen eingesetzt zu haben. Der Einsatz des leicht brennbaren Stoffes ist außer für Beleuchtungszwecke laut Kriegsvölkerrecht verboten.

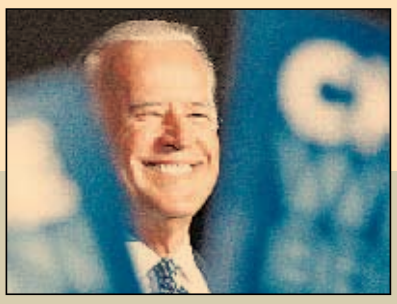
■ **940 Tage** Der von der Hamas entführte israelische Soldat Gilad Shalit wurde nicht befreit. Er wird bereits seit 940 Tagen in Gaza gefangen gehalten.

IWMvortrag Di., 20. Jänner, 18 Uhr
Jan-Werner Müller
Princeton University
Christdemokratie als Modell „muslimischer Demokratie“?
Institut für die Wissenschaften vom Menschen
1090 Wien, Spittelauer Lände 3
In Kooperation mit der Politischen Akademie der ÖVP

I

Indonesien

Nach der Machtübernahme Suhartos in Indonesien musste Obamas Stiefvater, der Student Lolo Soetoro, 1967 mit seiner Familie in seine Heimat zurückkehren. Der Sechsjährige zog mit und besuchte in Jakarta die Schule. 1970 bekam die Familie Zuwachs, Obamas Halbschwester Maya wurde geboren. 1971 übersiedelte er zurück nach Hawaii und lebte dort bei seiner Großmutter (s. o.). *Foto: EPA*



J

Joe

Joseph „Joe“ Biden ist Obamas kongenialer Vizepräsident. Er ist außenpolitisch erfahren, hat mehr als 30 Jahre im US-Senat auf dem Buckel und kennt die Washingtoner Politmaschine wie kaum ein anderer. Erscheint Obama manchmal als elitärer Zauderer, muss der leutselige Biden verflucht auf sein schnelles Mundwerk aufpassen. Das ist ihm besser gelungen als etwa Sarah Palin. *Foto: Reuters*

Obamas engste Freunde: Sein Ring der Sicherheit

In Hyde Park, einer von erfolgreichen Afroamerikanern bevorzugten Wohngegend in Chicago, fanden die Obamas einen Freundeskreis ähnlich Gesinnter. Der Präsident und seine Frau wollen ihn nicht verlieren.

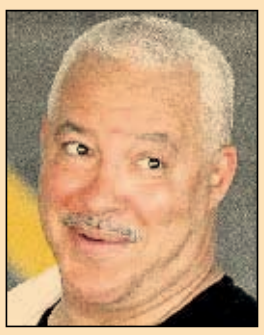
Erhard Stackl

Chicago/Washington/Wien – Als „Obamas rechte Hand" bezeichnete der TV-Sender CBS die 52-jährige Valerie Jarrett. Dem Magazin *Time* gilt sie als „First Friend" des neuen amerikanischen Präsidentenpaares. Ihre Freundschaft mit den Obamas begann schon vor 17 Jahren, als sich diese nach dem Jusstudium in Harvard in Chicago niederließen.

Die Politikberaterin Jarrett arbeitete damals im Stab des Langzeit-Bürgermeisters Richard J. Daley, als sich Michelle Obama bei ihr mit Erfolg um einen Job bewarb. Jarrett machte die Obamas in Hyde Park bekannt, einer bei wirtschaftlich und intellektuell erfolgreichen Afroamerikanern beliebten Wohngegend von Chicago. Sie stand mit kühlem Kopf Barack Obama während seiner politischen Laufbahn als demokratischer Senator und Präsidentschaftsbewerber zur Seite. Nun kommt sie als wichtigste persönliche Beraterin mit ins Weiße Haus nach Washington.

Zwei weitere enge Freunde wollen nur gelegentlich auf Besuch in die US-Hauptstadt kommen, um den hochfliegenden Obamas Erdung in der Realität zu verschaffen, sonst aber in Chicago bleiben: der Arzt Eric Whitaker (43) und der Parkgaragen-Betreiber Martin Nesbitt (42). Whitaker, Sohn eines Busfahrers, konzentrierte sich nach der Medizinausbildung in Harvard auf das öffentliche Gesundheitswesen. Studieren konnte er, wie Obama, nur dank Stipendien. Beim gemeinsamen Basketballspiel freundete er sich mit dem fünf Jahre älteren Obama an. Später, in Chicago, kümmerte sich Whitaker um die Gesundheitsversorgung nicht versicherter Schwarzer. Eine Reform des US-Gesundheitswesen steht nun auf der Prioritätenliste Präsident Obamas weit oben.

Der Vater des Selfmade-Unternehmers Nesbitt war Stahlarbeiter, die Mutter (wie auch jene Whitakers) Krankenschwester. Nesbitt fördert nun private Schulen, die Kindern aus armen Familien Wirtschaftswissen beibringen. Er kümmerte sich um Obamas Wahlkampffinanzen und war mit Frau und Kindern auch bei dessen letztem Hawaii-Urlaub vor der Angelobung dabei.



Holen Obama notfalls auf den Boden der Realität zurück: die Freunde Eric Whitaker, Valerie Jarrett und Martin Nesbitt (v. li.). *Fotos: AP*

Beraterin im Iran geboren

Die interessanteste Lebensgeschichte hat Valerie Jarrett. Sie wurde 1956 im iranischen Schiraz geboren, wo ihr Vater einige Jahre als Arzt arbeitete, weil er in Chicago weniger als ein Weißer verdient hätte. Farsi und Englisch mit britischem Akzent sprechend, kam Valerie in die USA, studierte Jus und machte Karrierre, Leistungswillen mit Härte und Freundlichkeit kombinierend. Wer Obama in die Quere komme, so hieß es in der *New York Times*, „den schickt sie zum Teufel, aber auf eine Weise, dass er sich auf die Reise freut".

Kunst oder Blasphemie

„Flagge auf orangefarbenem Feld", 1957. Der Künstler Jasper Johns, Minimalist und Wegbereiter der Pop-Art, beschäftigte sich mit Ikonen des Alltags. Besonders gerne mit einer der wichtigsten, der amerikanischen Flagge. Seine Flaggenbilder wurden als Blasphemie bewertet. Es wurde diskutiert, ob es sich überhaupt um Kunst handle. Die Bilder und ihre Rezeption machen die Flagge zu einer der ersten Pop-Art-Ikonen.

Foto: Corbis / The Gallery Collection

„Hauptsache, das Spielfeld ist für alle gleich flach"

Kein Hass, kein Wunsch nach Almosen: Ein Besuch auf der Reisplantage, wo Michelle Obamas Ahnen einst als Sklaven arbeiteten

Frank Herrmann aus Georgetown

Das Holz ist weiß gestrichen, der sengenden Sonne wegen. Alles ist aus Holz an dem Haus. Es steht leicht erhöht, auf vier Pfeilern aus gemauerten Ziegelsteinen, damit keine Schlangen hineinkriechen und sich bei heftigem Regen kein Schwall über die Türschwelle ergießt. Es gibt keine Heizung, keine Wasserrohre. Der Schuppen, mehr ist es ja nicht, ist nicht größer als ein normal bemessenes Zimmer. Dennoch sollen sich mindestens zwei Familien den knappen Platz geteilt haben. Fünf solcher Hütten stehen noch auf der Friendfield-Plantage. Fünf, wo es einmal knapp fünfzig waren.

Friendfield, Freundesfeld. Der Name führt in die Irre. Wer hier auf den Reisfeldern schuftete, in glühender Sommerhitze, malträtiert von Moskitos, hatte es sich nicht ausgesucht. Es waren aus Afrika verschleppte Sklaven, die aus dem flachen Küstenland am Sampit River die Reisschüssel der westlichen Welt machten. Georgetown, der Hafen, von dem das begehrte „Carolina Gold" gen Osten verschifft wurde, das meiste nach England, lässt noch heute etwas vom früheren Glanz ahnen. Patrizierhäuser mit üppigem Stuck, in der Mitte ein Uhrturm, der an Londons Big Ben erinnert. Einer von denen, die den Reichtum schufen, war Jim Robinson, der Ururgroßvater Michelle Obamas.

Wie ein Märchen

Das ist es, was die vergessene Friendfield-Plantage auf einmal ins Bewusstsein der Nation rückt. Der Urahn ein Sklave, und die Enkelin die neue First Lady. „Ich hab' nicht gedacht, dass ich das noch erleben würde. Nein, nicht im Traum hab' ich daran geglaubt." Für Margretta Knox, eine Rentnerin Anfang 70, wirkt es immer noch so, als sei das alles nur ein Märchen.

Nie gedacht, nicht geglaubt – so hört man es oft von Afroamerikanern, aber hier unten an der Atlantikküste South Carolinas bekommt es sehr persönliche Konturen. Die Robinsons: eine Familiensaga mit einer Symbolkraft, dass sie ins Geschichtsbuch gehört. 1865, am Ende des Bürgerkriegs, den die Südstaaten mit ihrer Sklaverei verloren, kam Jim Robinson frei. 15, vielleicht auch 16 Jahre alt soll er damals gewesen sein, genau weiß man es nicht. Wann er starb, liegt ebenfalls im Dunkeln. Einen Grabstein sucht man vergebens.

Fraser, einer von Jims Söhnen, wuchs als Diener im Haushalt eines weißen Vorarbeiters auf. Eine Schule besuchte er nicht, Lesen und Schreiben brachte er sich selber bei. In Georgetown ist er eine Legende, weil ihm nach einer Infektion der linke Arm amputiert werden musste. Er reparierte Schuhe und verkaufte Zeitungen, und als er im 1. Weltkrieg zum Militär wollte, nahmen sie ihn nicht, den Mann, den alle den „einarmigen Fraser" nannten. Sein Sohn, Fraser Robinson Junior, suchte sein Glück in Chicago, in der Boomtown der Schlachthöfe und Wolkenkratzer, die eher Arbeit versprach als der schläfrige Süden. Dort heiratete er LaVaughn Johnson, eine Zugewanderte aus dem Mississippi-Delta. 1935 wurde Fraser Robinson III geboren, Michelle Obamas Vater. Er war ein stolzer Mensch, der trotz Multipler Sklerose weiter arbeitete bei der Kläranlage der Stadt. Seine beiden Kinder Craig und Michelle, schwor er sich, sollten gute Universitäten besuchen. Die Tochter studierte in Princeton Soziologie und an der Harvard Law School Jus, der Rest ist Geschichte.

Eine schlaue Frau

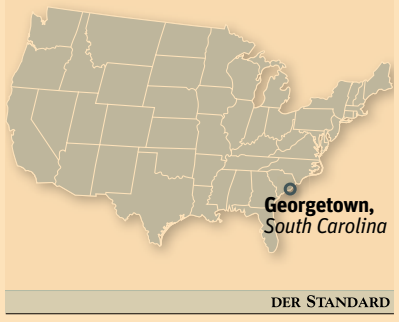
Ja, stolz könne man sein auf so eine Familiengeschichte, sagt Joseph Jones, der Pfarrer der größten schwarzen Kirche Georgetowns, der Bethel African Methodist Episcopal Church. Und als Michelle vor seiner Gemeinde auftrat, 45 Minuten redete, ohne Notizen, da habe er sich gedacht: „Wenn dieser Barack eine so schlaue Frau hat, dann muss er wohl auch ziemlich schlau sein." Aber im Ernst: „Gleiche Chancen, keine Almosen, der Beste setzt sich durch" – das sei es, was er mit dem Sieg Barack Obamas verbinde. In ihm und dessen Ehefrau erkennt sich der Reverend irgendwie wieder. Gleiches Alter, der gleiche Ehrgeiz. Jones hat drei Uni-Abschlüsse in der Tasche, in Verwaltungslehre, Informatik und Theologie. Aus New York und Washington, wo er bei großen Konzernen angestellt war, trieb ihn das Heimweh zurück nach South Carolina.

Eine Zeitlang gab es eine Bewegung, die forderte, den Enkeln der Sklaven eine Entschädigung zu zahlen für das Leid, das man ihren Vorfahren zugefügt hatte. Auch in Georgetown. Jones will nichts davon wissen, er klingt wie ein patriotischer Lehrer, der seinen Schülern erklärt, worin das Wesen der Vereinigten Staaten besteht: „Opportunity!" „Hauptsache, das Spielfeld ist für alle gleich flach. Wir wollen keine Almosen."

Es liegt ein Hauch neuer Leichtigkeit über Jones' Kirche, beschwingt predigt der Pastor Erneuerung. Die Wirtschaftskrise komme und gehe, „macht jetzt bloß kein Gesicht, als ob ihr an einer Zitrone lutscht". Draußen sieht es anders aus. De facto ist Georgetown eine geteilte Stadt, äußerlich hat sich wenig geändert, das Weiße Haus ist weit weg. Wo armselige Baracken die eleganten Villen, die prächtigen Baumalleen mit dem Spanischen Moos ablösen, dort wohnen die Afroamerikaner. Im Schatten eines qualmenden Stahlwerks, gleich an den Eisenbahngleisen.

Margretta Knox hat es nie anders gekannt. Ihr ganzes Leben war geprägt von der Rassentrennung, auch, als sie offiziell längst abgeschafft war. Bis zu ihrer Pensionierung in den 1990er-Jahren unterrichtete sie an einer Schule, an der fast ausschließlich farbige Kinder lernten. „Nein, in Georgetown spürt man wenig vom Wandel", sagt Knox. „Aber in Amerika", fügt sie hinzu, die Augen noch immer voller Skepsis, „in Amerika schon. Alles ist möglich, ist es nicht so?"

Auf Michelle Obamas Spuren



K

Kennedy

Es hat lange gedauert, bis die einflussreichen Mitglieder des Kennedy-Clans sich bei den Primaries auf Obamas Seite schlugen. John F. Kennedys Tochter Caroline war die Erste. Sie schrieb in der *New York Times*, Obama erinnere sie an ihren Vater. Den offiziellen Segen bekam Obama dann vom schwerkranken Senator Ted Kennedy in einer emotionalen Rede auf dem Parteitag im August in Denver. *F.: EPA*

L

Love, Reggie

Der 27-Jährige ist der „body man", der persönliche Assistent, Barack Obamas. Ob Anzüge, Krawatten, Handy oder Akten – er kümmert sich um alle persönlichen Belange des Präsidenten. Wenn es nottut, holt der im College als Basketballer und Footballer äußerst erfolgreiche Love auch einen Basketball aus seinem Fundus und wirft ihn seinem Chef zu. *Foto: AP*

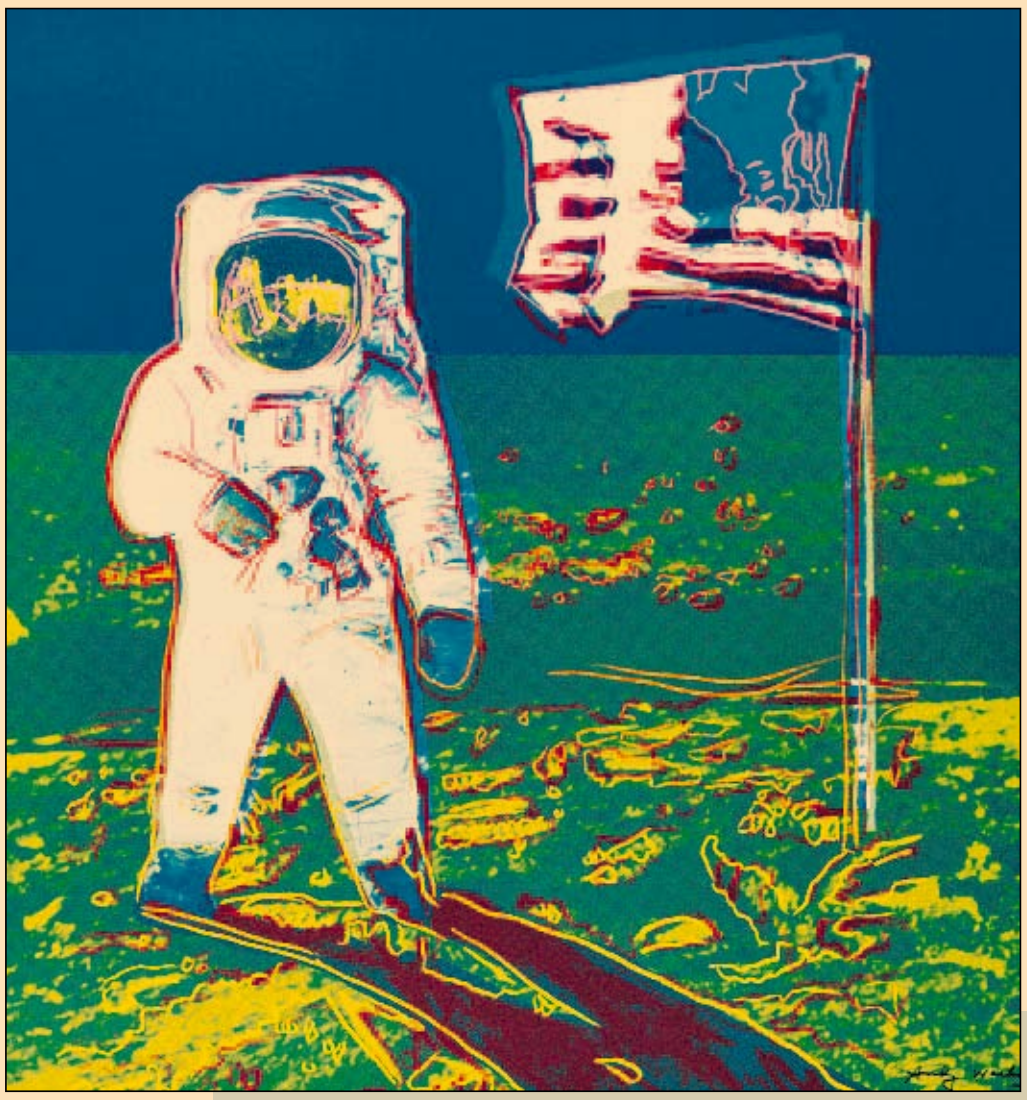
Obama lud den „Helden vom Hudson“ ein

US-Airways-Pilot kommt mit Familie zur Inauguration

Washington – Barack Obama hat Chesley Sullenberger, den „Helden vom Hudson“, persönlich zu seiner Amtseinführung in Washington eingeladen. Der 57-jährige US-Airways-Pilot wird bei den Feierlichkeiten von seiner Frau Lorrie und seinen beiden Töchtern begleitet, berichteten US-Medien.

„Sie sind völlig überwältigt und, es ist etwas ganz Besonderes für sie“, zitierte der Fernsehsender NBC Newell Arnerich, den Bürgermeister von Sullenbergers Heimatort Danville in Kalifornien. Es wird übrigens das erste Mal sein, dass Sullenberger seit der harten Notlandung des Airbus 320 auf dem Hudson River seine Familie wieder sehen wird. Mit der spektakulären Notwasserung hatte Sullenberger am vergangenen Donnerstag allen 155 Menschen an Bord das Leben gerettet, nachdem beide Triebwerk nach einer Kollision mit Vögeln ausgefallen waren.

Die Triebwerke des Flugzeugs haben gleichzeitig versagt. Das geht aus einer ersten Auswertung des Flugdatenschreibers hervor, wie eine Sprecherin der Verkehrssicherheitsbehörde NTSB am Sonntagabend (Ortszeit) mitteilte. Demnach hatte der Airbus eine Flughöhe von 975 Metern und eine Geschwindigkeit von 400 Stundenkilometern, als die Triebwerke Schub verloren. Taucher hatten am Wochenende die beiden Flugschreiber aus dem Hudson River geborgen. (dpa)



Flagge, schwerelos

1969, Apollo 11 (genauer: das Eagle getaufte Raumfahrzeug) landet auf dem Mond. Buzz Aldrin macht einen Spaziergang, Neil Armstrong fotografiert ihn. Die Stars and Stripes werden in die Oberfläche gerammt, das geistige amerikanische Territorium wird auf den Weltraum ausgedehnt. Andy Warhol bearbeitete die Aufnahmen des geschichtsschwangeren Moments und lässt ihn zur amerikanischen Ikone gerinnen. „Moonwalk“ aus dem Jahr 1987 malt den US-Pioniergeist in grellen Farben. *Foto: Andy Warhol Foundation / Corbis*

Agenten als Kindermädchen

Die siebenjährige Sasha Obama glaubt, dass das Leben im Weißen Haus „cool“ sein wird. Das ist optimistisch gedacht: Denn die Kinder früherer Präsidenten waren mitunter starken Belastungsproben ausgesetzt.

Washington – Wenn Familie Obama ins Weiße Haus zieht, werden erstmals, seit Bill Clintons Amtszeit, wieder Kinderzimmer eingerichtet werden müssen. Auf die siebenjährige Sasha und ihre drei Jahre ältere Schwester Malia kommt im Zentrum der Macht nicht unbedingt ein einfaches Leben zu. „Zum Schlimmsten in der Welt zählt es, Kind eines Präsidenten zu sein“, sagte der frühere US-Präsident Franklin D. Roosevelt einmal. „Sie führen ein schreckliches Leben.“

Dass Kinder durch die Gänge des Weißen Hauses tollen, war in den vergangenen Jahrzehnten eher die Ausnahme: Präsident John F. Kennedy brachte 1961 die dreijährige Caroline und den zwei Monate alten John Junior in den Amtssitz mit. Mit Jimmy Carter zog 1976 die neunjährige Tochter Amy ein, mit Bill Clinton 1993 die zwölfjährige Chelsea. Andere Präsidentenkinder waren bereits älter, als die Eltern ins Weiße Haus wechselten.

Die Obamas, mit denen auch Oma Marian Robertson ins neue Zuhause in der Pennsylvania Avenue übersiedelt, wollen ihren Töchtern eine einigermaßen normale Kindheit ermöglichen.

„Bis jetzt sind sie nicht eingebildet“, sagte Obama in einem CBS-Interview. „Eine unserer wichtigsten Aufgaben ist es, dass dies so bleibt.“ Mutter Michelle (45) hat stets betont, dass ihr Hauptjob der einer „First Mommy“ bleibe und sie alles tun werde, damit die Kinder möglichst normal aufwachsen können. „Die Kinder sind unsere Welt“, sagte die First Lady. Ihre Zimmer im Weißen Haus sollen die Mädchen trotz der 100 Bediensteten selbst aufräumen, um halb neun Uhr abends ist Schlafenszeit. Sasha schwärmte schon vor dem Wahlsieg ihres Daddys: „Das Leben im Weißen Haus wäre cool.“

Malia (10 Jahre, links) und Sasha Obama (7) sollen so normal wie möglich aufwachsen. *Foto: Reuters*

Die Präsidententöchter besuchen die exklusive Privatschule Sidwell Friends, was pro Jahr fast 30.000 Dollar (22.927 Euro) kostet. Vor allem aus Sicherheitsgründen haben die Eltern sich für diese Privatschule entschieden, die lange Erfahrung im Umgang mit Prominentenkindern hat – bereits Chelsea Clinton hat dort gelernt.

Das Leben im Weißen Haus bringt für Kinder viele Belastungen mit. Amy Carter etwa durfte in den Unterrichtspausen nicht auf den Schulhof, weil dieser zu nahe an der Straße lag und deshalb als gefährlich eingestuft wurde. Wenn sie mit Freunden in ihrem Baumhaus im Garten des Präsidentensitzes spielte, wachten Agenten des Secret Service quasi als „Kindermädchen“ über das Geschehen.

Die letzten jungen Eltern im Weißen Haus, die Clintons, haben eine absolute Nachrichtensperre über ihre Tochter verhängt, um sie vor der Öffentlichkeit zu schützen. Von den US-Medien wurde dies weitgehend respektiert. Die Obamas wollen dem Beispiel folgen. (AFP, dpa)

PANORAMA

Neun Tote in São Paulo nach Kirchen-Einsturz

São Paulo – Der Einsturz eines tonnenschweren Kirchendaches in São Paulo hat mindestens neun Menschen das Leben gekostet. Nach Angaben der Feuerwehr erlagen eine 67-jährige sowie eine 62-jährige Frau am Montag im Krankenhaus ihren Verletzungen. Sieben Frauen starben Sonntagabend am Unglücksort, als das Dach des Haupttempels der zur Pfingstbewegung zählenden umstrittenen Religionsgemeinschaft „Wiedergeburt in Christus“ herabstürzte. Rund 100 Menschen wurden zum Teil schwer verletzt. Die Einsturzursache war zunächst unklar. (dpa)

Videoüberwachung in Italiens Schulklassen

Rom – Gegen das wachsende Problem von Rowdys an Schulen will die italienische Unterrichtsministerin Mariastella Gelmini Videoanlagen in Klassenzimmern einführen, wie *Il Giornale* am Montag berichtete. Jeder Schulleiter soll entscheiden, ob er die Videoanlage installieren will, betonte die Ministerin, die für mehr Disziplin in den Schulen sorgen will. (APA)

Bisher 23 Kälteopfer in Mexiko

Mexiko-Stadt – In Mexiko sind infolge der Kälte in diesem Winter bisher 23 Menschen zu Tode gekommen. Wie das Gesundheitsministerium am Sonntag in Mexiko-Stadt mitteilte, starben die meisten Personen in den Hochebenen der Nordstaaten und im Zentrum des Landes. (dpa)

Suche nach Maddie führte zu Pädophilen-Netzwerk

Madrid – Bei Ermittlungen zum Fall der vor fast zwei Jahren verschwundenen kleinen Maddie McCann haben spanische Privatdetektive laut Zeitungsberichten ein Pädophilen-Netzwerk im Internet aufgedeckt. Eine Detektei in Barcelona habe eine E-Mail mit einem Hinweis erhalten. Die anschließenden Ermittlungen der Polizei hätten zu 13 Festnahmen geführt. Zwölf Verdächtige würden noch gesucht. (AFP)

LEUTE

■ **Paris Hilton (27)** testet beim Einkaufen ihre Freunde: Sie probiert ein schlechtes Outfit, und wenn ihre Begleitung es lobt, „weiß ich, dass sie keine gute Freundin ist“, erzählte die Hotelerbin. *Foto: Reuters*

■ **Dieter Bohlen (54)** sorgte als Zeuge im Prozess um einen Einbruch in seine Villa für Gelächter, als die Richterin ihn pflichtgemäß belehrte, er müsse die Wahrheit sagen, und er sie unterbrach: „Ich sach' immer die Wahrheit!“ (AP)

M

Mutter

Stanley Ann Dunham hat sich wenig um Konventionen gekümmert, sie ging ihren eigenen Weg. Zuerst die Ehe mit Barack Obama Sr., der ihre Eltern nur sehr zögerlich zugestimmt haben, dann jene mit Lolo Suetoro. Sie studierte Anthropologie und arbeitete in Indonesien als Entwicklungshelferin. Seine Mutter habe ihm sein Wertegerüst vermittelt, sagt der neue Präsident. Und die Lust, Autoritäten herauszufordern. Dunham starb 1995 an Krebs. *F.: AP*

N

Name

Barack Hussein Obama. Das ist selbst für US-Verhältnisse ein schräger Name. Als Kind ließ er sich „Barry“ rufen. Später nahm er wieder den Namen an, den schon sein kenianischer Vater *(s. V)* und Großvater trugen. Barack, der Gesegnete *(s.a. Baruch)*, hat semitische Wurzeln. Im Wahlkampf verwendeten die Republikaner seinen Mittelnamen Hussein, um ihn als Muslim darzustellen. Und gern nutzten sie den künstlichen Versprecher Obama/Osama. *Foto: AP*

O

Oma(s)

Sara Obama (87) reist aus Kogelo zur Inauguration ihres Enkels nach Washington. Als Geschenk nimmt sie einen dreifüßigen Schemel mit, die Sitzgelegenheit der Häuptlinge. Den dazugehörigen Speer musste sie in Kenia lassen. Bei seiner Großmutter mütterlicherseits, Madelyn Dunham, verbrachte Obama einen Großteil seiner Kindheit und Jugend. Sie starb, 86-jährig, zwei Tage vor seiner Wahl zum Präsidenten. *Fotos: Reuters, EPA*

SPÖ und ÖVP einig: Tschad-Einsatz des Heeres verlängern

Wien – SPÖ und ÖVP sind sich über die Fortsetzung des Bundesheer-Einsatzes im Tschad einig. Das gab Außenminister Michael Spindelegger (ÖVP) am Montag im Parlament bei der Sitzung des Rates für Integrationsfragen und Außenpolitik (RIA) bekannt. Spindelegger und Verteidigungsminister Norbert Darabos (SPÖ) wollen eine Verlängerung des humanitären Einsatzes bis Ende 2009 „demnächst" im Ministerrat vorschlagen. Der Entsendung muss der Hauptausschuss des Nationalrates mehrheitlich zustimmen.

Die Eufor ist mit etwa 3500 Mann im Tschad vertreten: Seit Jänner 2008 hat sich das Bundesheer mit rund 160 Soldaten an diesem Einsatz beteiligt. Zweimal wurde das Bundesheer-Engagement vom Parlament verlängert, zuletzt Anfang Dezember. Damals wurde beschlossen, dass die Soldaten bis 31. Mai 2009 nach Österreich zurückgeholt werden, sollte sich Österreich nicht auch an der UNO-Nachfolgemission beteiligen. Die Blauhelm-Mission soll insgesamt 5500 Polizisten und Soldaten sowie die „notwendige Menge" Zivilpersonal umfassen.

Eine Ausweitung der Auslandseinsätze kommt für den Verteidigungsminister nicht infrage. Das Heer befinde sich an einem Limit, das nicht überschritten werden sollte, sagte er am Montag. Beispielsweise halte er eine Ausweitung in Richtung Afghanistan „politisch und aus Kapazitätsgründen" für falsch. (APA)

Die Freiheit auf dem Highway

30. Juni 1969. Peter Fonda fährt mit Dennis Hopper im Film „Easy Rider" durch Amerika auf der Suche nach einem alternativen unabhängigen, drogenversüßten Lebensstil abseits von geregeltem Alltag und Spießertum. Als Leitmotiv wählen sie die amerikanische Flagge, die Stars and Stripes werden auf den Tank der Motorräder gemalt und Fonda trägt sie auf dem Rücken seiner Lederjacke. Nun flattert das amerikanische Sternenbanner nicht nur vor den Häusern der im Film verachteten Spießer, sondern auch für die Gegenkulturen der 1960er-Jahre. *Foto: Bettmann/Corbis*

Darf Wien Chicago werden?

Österreichs Politiker wirken verunsichert. Sollen sie das amerikanische Jahrhunderttalent Barack Obama imitieren oder nicht? Eine kleine Anleitung zum geschickten, unpeinlichen US-Import.

*Thomas Hofer**

Das waren noch Zeiten, als die Wiener FPÖ in den Wahlkämpfen der Neunzigerjahre plakatierte: „Wien darf nicht Chicago werden!" Ballernde Gangsterhorden aus dem Jahr 1930 vor Augen zeichneten die blauen Strategen schon damals ein windschiefes Bild der Stadt. Doch heute überfordert die moderne US-Metropole alle österreichischen Parteien. Chicago ist die politische Heimat des neuen US-Präsidenten Barack Obama. Hier lernte er das Kampagnen-Handwerk, aus dieser Stadt nimmt er seine engsten Berater mit nach Washington ins Weiße Haus.

Der Erfolg des Chicagoer Gewächses Obama stellt heimische Spitzenpolitiker vor entscheidende Fragen: Kann, darf, oder muss man das amerikanische Jahrhunderttalent imitieren? Soll ein Minister oder gar ein kleiner Bürgermeister ab sofort so reden wie der große Orator? Und: Wie viel Pathos vertragen österreichische Wähler – und vor allem die hiesigen Journalisten?

Seit Monaten kämpfen sich Vertreter aller Parteien durch ein Gestrüpp möglicher Antworten. Die einen haben sich für die Offensive entschieden und tappen schnurstracks in die Kopierfalle. Dieser Typus Politiker kapert dann Obamas Slogans. Reden zu allen (un)möglichen Anlässen werden dann entweder gleich mit ein paar herzhaften „Yes we can" oder holprigen Übersetzungen – wahlweise „ja, wir können's" oder „wir schaffen das, gemeinsam!" – gespickt. Vertreter des anderen Extrems flüchten in strikte Ablehnung. Österreich sei mit den USA niemals vergleichbar, sagen sie, und jede Lehre aus Obamas Wahlkampf müsse folgerichtig ein Fehlschluss sein.

Beide Interpretationen sind falsch. Natürlich gibt es kulturelle wie politische Unterschiede, die das Heranwachsen eines Alpen-Obama erschweren. Das plumpe Abkupfern eines predigerhaften Redestils kann hierzulande nur danebengehen. Genauso illusorisch ist es anzunehmen, mit einer Website und einem Facebook-Eintrag das Rezept für eine bahnbrechende Online-Kampagne gefunden und bald hunderte Millionen Euro an Spendengeldern auf dem Konto zu haben.

Dennoch: Auch die österreichische Innenpolitik verträgt ein gerüttelt Maß Obama. Die politische Landschaft würde spannender, klauten die Parteistrategen nur geschickt in den USA. Erfolgversprechend ist dieser Ansatz allemal. Das hat 2006 schon Alfred Gusenbauer bewiesen, als er mit Berater Stanley Greenberg seinen erfolgreichen Negativ-Wahlkampf bis ins Detail von Bill Clinton abschaute.

Also: Wo können Österreichs Politiker Obama werden?

■ **Rede und politische Erzählung** In Österreich ist in allen Parteien die Sitte eingerissen, Reden – oder das, was man dafür hält – vom Blatt zu lesen. Das geht auch anders. Wähler, ja selbst Journalisten, vertragen ein Mehr an Rhetorik und Inspiration. Obamas Reden sind Kristallisationspunkte seiner Kampagnen. Und: Auch wenn seine Lebensgeschichte unerreicht bleibt, darf hierzulande intensiver an größeren politischen Erzählungen und Entwürfen getüftelt werden.

■ **Partizipation und Mobilisierung** Obama ist der erste Politiker weltweit, der ein Rezept gegen die vielbeschworene Politikerverdrossenheit gefunden hat. Er hat seine Anhänger tatsächlich in die Kampagne eingebunden. Sie hatten das Gefühl, mit am Steuer zu sitzen. Im Kleinen ist das auch hier umsetzbar. Exaktere Zielgruppenkommunikation (Mikro-Targeting) und eine direkte, persönliche Ansprache müssen das Ziel sein.

■ **Die Idee der Unabhängigkeit** Personalisierung ist in der Politik nicht neu, schon gar nicht in den USA. Einigen in Europa aber entging, dass Obama viel mehr machte. Er inszenierte sich eher als unabhängiger Kandidat mit Zielen denn als gestandener Demokrat. Das ist ein Trend für Europa.

■ **Die Organisation** Hillary Clinton baute im parteiinternen Wahlkampf auf traditionelle Parteistrukturen. Und verlor, weil sie Obama mit einem via Internet organisierten Heer an Freiwilligen überrannte. Seine Anhänger höhnten: It's the network, stupid! Gut: Österreich hat weniger Freiwillige. Aber mit Inhalt befüllte Zwischenkampagnen können eine (ohnehin schrumpfende) Parteibasis ergänzen. Und gibt es erst die Mobilisierung für konkrete Projekte, ist in Österreich vielleicht sogar das verpönte politische Fundraising in zarten Ansätzen denkbar.

■ **Beispiele und Zukunftsbezug** Obamas effektivster Wahlkampf-Werbespot (mehr als 30 Minuten) zeigte konkrete Menschen, deren Sorgen und Obamas künftige Lösungen für ihre Probleme. Manche Politiker hierzulande präsentieren noch immer ausschließlich leblose Zahlenkolonnen und glauben, für die Vergangenheit gewählt zu werden. Ein Tipp: am Dienstag Obama schauen.

**Thomas Hofer ist Politikberater in Wien und Geschäftsführer von „H&P Public Affairs" (www.hppa.at). Jüngste Buchveröffentlichungen: „Obama. Der schwarze Visionär – Zeitenwende für die Weltpolitik?" (gemeinsam mit Norbert Rief) und „Wahl 2008. Strategien, Sieger, Sensationen" (Herausgegeben mit Barbara Tóth). Beide Bücher sind 2008 im Molden-Verlag erschienen.*

Hoffnung auf Obama

Umfrage zeigt Vertrauen der Österreicher

Conrad Seidl

Linz – Die Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher vertrauen dem neuen US-Präsidenten: Er werde es schaffen, die Wirtschaftskrise zu bewältigen. Neun Prozent sind in der jüngsten market-Umfrage ganz sicher, dass Barack Obama das schaffen wird, weitere 50 Prozent sagen „eher schon".

Besonders hoch ist das Zutrauen bei den Befragten unter 30, von denen insgesamt zwei Drittel dem neuen Präsidenten die entsprechenden wirtschaftlichen Erfolge mehr oder weniger deutlich zutrauen.

Ebenfalls sehr zuversichtlich sind die höhergebildeten Befragten: Hier sind es vor allem die vielen Nennungen von „eher schon", die insgesamt zu 73 Prozent zuversichtlich erscheinen.

Auffallend skeptisch sind die erklärten Anhänger der Oppositionsparteien, besonders jene der FPÖ: Von den freiheitlichen Wählern meint jeder Zweite, dass Obama es nicht schaffen wird, die Wirtschaftskrise zu bewältigen.

Die Österreicher äußerten schon in der *market*-Umfrage zum Jahreswechsel Hoffnungen. Der Aussage „2009 wird es durch Barack Obama deutliche Entspannung der weltweiten politischen Konflikte geben" stimmten 52 Prozent der Befragten zu. Männer (56 Prozent) sind in diesem Punkt deutlich hoffnungsfroher als Frauen (48 Prozent) – die höchsten Erwartungshaltungen hegen die Angehörigen der mittleren Alters- und der mittleren Bildungsschicht.

Armutsgefährdung für Migranten und Pendler

Wenig Wirtschaftskraft im Wein- und Mühlviertel

Conrad Seidl

REICHE ZENTREN ARMES LAND
Unterentwickelte Wirtschaftsräume
Teil 11

Wien – Migranten haben dem Armuts- und Reichtumsbericht zufolge ein besonderes Risiko in die Armut abzurutschen: Denn bei Migrantenfamilien treffen oft gleich mehrere Faktoren (schlecht bezahlte, unsichere Arbeitsverhältnisse, große Kinderzahl) zusammen. In Wien, sagen die Autoren der Studie, hat etwa die Hälfte der armutsgefährdeten Personen einen Migrationshintergrund.

Auf dem Land sind andere Menschen arm – und sie haben in unterschiedlichen Regionen auch höchst unterschiedliche Chancen, durch Erwerbsarbeit ihrem Schicksal zu entkommen. Die Karte der reichen und armen Regionen zeigt, dass das Bruttoregionalprodukt in den sogenannten NUTS-3-Regionen (das sind Bezirke mit ähnlicher Struktur, die für statistische Zwecke zusammengefasst sind) höchst unterschiedlich ist.

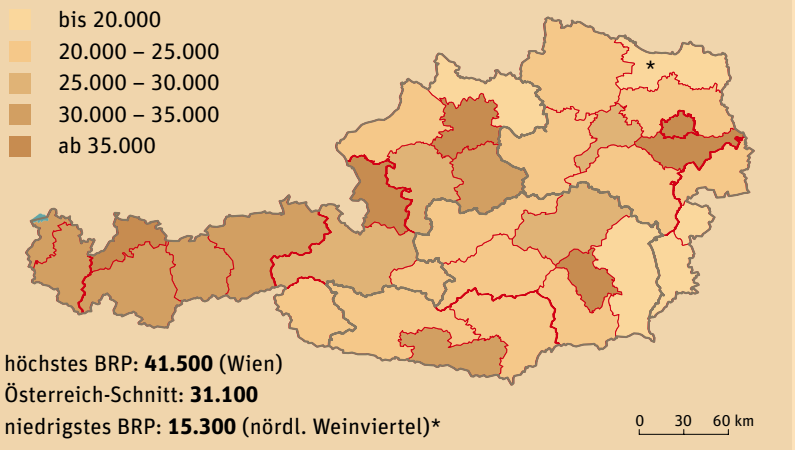
Das absolut niedrigste Regionalprodukt wird von der Statistik Austria im Lungau ausgewiesen: Dort wurden im Jahr 2006 475 Millionen Euro erwirtschaftet. Pro Kopf der Bevölkerung sind es immerhin 22.500 Euro, womit die Region ein knappes Drittel unter dem Österreich-Schnitt liegt – aber etwa gleichauf mit dem Innviertel, der westlichen Obersteiermark oder dem südlichen Niederösterreich.

Das niedrigste BRP pro Kopf wird im nördlichen Weinviertel erwirtschaftet – dort sind es nur 15.300 Euro. In den typischen Pendlerregionen Mühlviertel (17.000 Euro) und Südburgenland (18.100 Euro) ist es ähnlich. Wien, sein südliches Umland und Linz-Wels sind dagegen am reichsten.

Wird fortgesetzt

Reiche und arme Regionen

Bruttoregionalprodukt (BRP) je Einwohner in Euro, Stand: 2006



Quelle: Statistik Austria — DER STANDARD

Sozialstaat kann nicht alle vor Armut beschützen

Die Schere zwischen armen und reichen Landsleuten geht weiter auf – und zunehmend sind Menschen betroffen, die einen regulären Arbeitsplatz haben, aber mit dem erwirtschafteten Einkommen arm bleiben.

Wien – Der österreichische Sozialstaat wäre schon prima – vorausgesetzt, man hat einen gut dotierten und halbwegs sicheren Arbeitsplatz. Diese Einschränkungen macht der Sozialwissenschafter Emmerich Talos, nachdem er die 156 Seiten des „2. Armuts- und Reichtumsberichts" durchgeblättert hat. Dieser von der Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung (ÖGPP) erstellte Report belegt, dass es immer mehr sogenannte „working poor", also Arme mit einem Erwerbseinkommen, gibt – bei 230.000 Arbeitnehmern reicht der Lohn nicht zum Leben.

Talos macht dafür die Gewerkschaften zumindest mitverantwortlich, da sich deren Mitgliedschaft vor allem aus männlichen Erwerbstätigen zusammensetzt – und für Männer mit klassischen Erwerbsbiografien sei dann auch die Politik des ÖGB abgestellt. Umverteilungswirkungen fielen demnach eher in den Bereich des staatlichen Wirkens als in den Interessenausgleich von Arbeit und Kapital.

Die Politik aber habe in den letzten Jahren die neuen Entwicklungen verschlafen: „Der Sozialstaat ist nicht armutsfest", sagt Talos. Selbst der Ausgleichszulagenrichtsatz (bei einer Berechnung auf zwölf Monate sind das 827 Euro im Monat) liege unter der errechneten Armutsschwelle von 893 Euro.

In Österreich lebten zuletzt etwa eine Million Menschen in armutsgefährdeten Haushalten. Die Armutsgefährdungsquote ist seit Jahren mit etwa zwölf bis 13 Prozent der Bevölkerung unverändert hoch. Jedoch haben bis zu zwei Millionen Menschen Probleme, mit ihrem Einkommen auszukommen. Armutsgefährdung trifft vor allem Arbeitslose, Arbeitnehmer in prekären Beschäftigungsverhältnissen, Menschen mit geringer Bildung, Alleinerzieherinnen, kinderreiche Familien.

Es wächst aber nicht nur die Armut, sonder auch der Reichtum: Die Geldvermögen wurden in Österreich in den letzten zehn Jahren auf fast 2155 Milliarden Euro mehr als verdoppelt – davon gehört aber nur etwa ein Fünftel (454 Milliarden Euro) privaten Haushalten.

Caritas-Präsident Franz Küberl nannte den Bericht wörtlich ein „Armutszeugnis für Österreich". Das Steuersystem könne hier eine „kräftige Portion mehr Balance" vertragen. Um den Sozialstaat sicher in die Zukunft zu führen, müsse man ernsthaft in Überlegungen zu einer Vermögenszuwachssteuer einsteigen. Als „Gebot der Stunde" bezeichnete Küberl die zügige Umsetzung der bedarfsorientierten Mindestsicherung noch im heurigen Jahr.

Sozialminister Rudolf Hundstorfer versprach „Anstrengungen, um das ‚Gespenst' Armut in Österreich weiter zurückzudrängen". In den Jahren mit SPÖ-Regierungsbeteiligung seien schon viele Maßnahmen gesetzt worden – etwa die mehrfache überproportionale Erhöhung des Ausgleichszulagenrichtsatzes. (cs)

Bruner tritt als Boku-Rektorin zurück

„Unüberbrückbare" Differenzen – Uniratsvorsitzender: „Arbeitsverhältnis beendet"

Lisa Nimmervoll

Wien – Ob sich die gebürtige Schwedin Ingela Bruner am Freitag beim 60. Boku-Ball mit dem Motto „Südtirol" in der Hofburg in skandinavischer Tracht zeigen wird, ist ungewiss. Sicher ist, dass sie schon als „Altrektorin" kommen wird. Denn nach nicht einmal einem Jahr ist die erste Rektorin einer öffentlichen Uni schon wieder Geschichte. Am Montag teilte die Chefin der Universität für Bodenkultur (Boku) in einer Pressekonferenz ihren Wunsch an den Universitätsrat nach „einvernehmlicher Auflösung" ihres Vertrags mit.

„Wegen unüberbrückbarer unterschiedlicher Auffassungen mit dem Vorsitzenden des Senats bezüglich der Führung der Universität und der strategischen Ausrichtung der Boku", wie Bruners offizielle Begründung lautete.

Dazu erhob Bruner „Mobbing"-Vorwürfe (DER STANDARD berichtete). Sie sei nach ihrer im April gestellten Krebsdiagnose schon im Mai zum ersten Mal mit der Aufforderung konfrontiert worden, ihr Amt doch „krankheitsbedingt" zu räumen. „Ich bin – stellvertretend für nicht genehme Entscheidungen – zunehmend Mobbing ausgesetzt, gezielt, leise, wie eine wahre ansteckende Krankheit." Zudem habe es „massive Versuche, mich einzuschüchtern" gegeben.

„Zunehmend Mobbing und massive Versuche, mich einzuschüchtern": Ingela Bruner. *Foto: Cremer*

Die 56-Jährige hatte zwar Erfahrung im Unimanagement als ehemalige Vizepräsidentin der Donau-Uni Krems. Als promovierte Maschinenbauerin und Ex-OMV-Forschungsleiterin repräsentierte sie aber „gleich mehrere Tabubrüche", so Bruner. Und der Faktor Frau? „Nein, ich glaube nicht, dass das eine Rolle spielt. Es ist die Persönlichkeit, die eine Rolle spielt."

„Führungsmängel"

Der Universitätsrat der Boku beschied Bruners Wunsch nach Vertragsauflösung mit Ja. „Es besteht kein Zweifel, das Arbeitsverhältnis wird mit Dienstagabend beendet", sagte Vorsitzender Werner Biffl am Montag. Bruner werde am Mittwoch symbolisch die Schlüssel zurückgeben. Gemeinsam mit Stellvertreter Norbert Rozsenich habe er – mit Zustimmung des gesamten Unirats – bereits Sonntagabend mit Bruner den Vertrag aufgelöst.

Am Nachmittag wurden Bruner dann per Aussendung namens des Unirats und des Senats „gravierende Führungsmängel" vorgeworfen – aber „von Mobbing keine Rede". Für den von Bruner als Hauptgrund der internen Überwerfungen genannten Senat sagte Vizevorsitzende Helga Kromp-Kolb im STANDARD-Gespräch, dass man von den Mobbing-Vorwürfen „extrem überrascht" gewesen sei: „Ich kann ausschließen, dass das jemand aus dem Senat oder Unirat gemacht hat." Bruner sei mit ihrem Schritt ihrer von Senat und Unirat akkordierten Abberufung zuvorgekommen. „Dabei war sie die Wunschkandidatin des Senats. Es gab große Erwartungen in sie und einen großen Vertrauensvorschuss. Aber im Laufe dieses Jahres zeigten sich gravierende Managementmängel", so Kromp-Kolb. Strategisch wichtige Entscheidungen seien nicht oder zu spät gefällt worden, Professorenstellen unbesetzt – oft seit mehreren Jahren, also nicht direkt, aber doch von Rektorin Bruner zu verantworten, so Kromp-Kolb.

Senatschef Gerd Sammer sagte, es gehe nicht um einen Konflikt zwischen Bruner und ihm, sondern um die Zukunft der Boku.

Wissenschaftsminister Johannes Hahn (ÖVP) nannte die Vorgänge „bedauerlich", er hoffe aber, dass Bruners Verdienste „die ‚gläsernen Decken' für Frauen im Hochschulbereich durchstoßen zu haben, nachhaltige Wirkung haben". Bedauern über Bruners Rücktritt äußerten die SP-Frauen. Der VSStÖ sprach von einem „großen Rückschritt für Frauen in der Wissenschaft". Eine von Eva Blimlinger, Projektkoordinatorin für Kunst- und Forschungsförderung der Uni für Angewandte Kunst, in Umlauf gebrachte Protestmail richtet sich gegen die „Diskriminierung" und sieht das Ministerium als Aufsichtsbehörde gefordert.

„Uni-Gesamtstrategie fehlt"

Rechnungshof verlangt Studienplatzfinanzierung

Wien – Das Universitätscontrolling des Wissenschaftsministeriums ist Gegenstand massiver Kritik des Rechnungshofes (RH): Eine „Gesamtstrategie für die Steuerung der Leistungsangebote aller Universitäten fehlt", kritisieren die Prüfer in einem am Montag präsentierten Bericht. Anders als für die Fachhochschulen gebe es keine „generellen Leitlinien für alle Unis".

Kritik üben die Prüfer auch daran, dass in den Berichten, die die autonomen Unis abliefern müssen, die Kosten der verschiedenen Leistungen, etwa für einen Studienplatz, ein Studium oder einen Absolventen, „nahezu keine Rolle spielen". Ein Kostenvergleich sei damit unmöglich. Die Uni-Kosten sollten in den künftigen Leistungsvereinbarungen mit dem Ministerium stärker beachtet werden.

In diesem Zusammenhang kritisiert der RH, dass die Unis überall dort, wo die Zahl der Studienplätze nicht beschränkt ist, diesen „wesentlichen Kostenfaktor" nicht selbst beeinflussen können. Daher unterstützen die Prüfer die Forderung der Rektoren nach einer studienplatzbezogenen Finanzierung der Unis. Die RH-Empfehlung lautet, „die Anzahl der Studenten als wesentliche Planungsgröße beim Abschluss künftiger Leistungsvereinbarungen miteinzubeziehen".

Wissenschaftsminister Johannes Hahn (VP) entgegnete der Kritik am fehlenden Gesamtplan, dass er den Wissenschaftsrat bereits vor Monaten mit einem „Hochschulplan" beauftragt habe, um eine besseren Angebots- und Schwerpunktplanung zu ermöglichen.

Eine Studienplatzfinanzierung würde laut Ministerium „letztlich zu Zugangsbeschränkungen führen". Für den Rechnungshof würde „eine Verknüpfung der Anzahl der Studierenden (allenfalls mit einer Bandbreite) mit der Höhe des Budgets keine Zugangsbeschränkung darstellen".

Unabhängig davon verspricht Hahn den Unis mehr Geld. Von 2010 bis 2012 werde das Jahresbudget (derzeit 2,2 Milliarden) um 1,6 Mrd. Euro steigen, verheißt der Minister: Damit würden die Forderungen der Rektoren „im Großen und Ganzen" erfüllt. (APA, nim)

P

Parteitag 2004

Beim Nominierungsparteitag der Demokraten im Jahr 2000 bekam Obama nicht einmal eine Eintrittskarte, vier Jahre später war er der Star des Konvents in Boston. Dort hielt er seine berühmte Rede, die ihn über Nacht berühmt machen und bis ins Weiße Haus tragen sollte. Deren Tenor: „Es gibt keine liberalen oder konservativen USA. Es gibt nur die Vereinigten Staaten von Amerika." *Foto: AP*

Q

Quasseln

Der neue Präsident kommuniziert ununterbrochen. Trotz eines Gesetzes, das nach dem Watergateskandal die Aufzeichnung aller Äußerungen eines Präsidenten vorschreibt, will Obama weder Handys noch den privaten Blackberry hergeben. „Wenn ich eine Dummheit mache, kann mir zumindest jemand aus Chicago eine Mail schreiben", sagte er wenige Tage vor seiner Angelobung. *Foto: AP*

Sterne und Streifen, na und?

Juni 1968. Richard Pryor bohrt in der Nase und erweist damit seinen Landesfarben die Unehre. Der Satiriker kommentierte schonungslos die Heuchlerei der amerikanischen und der afroamerikanischen Lebensart und war ein präziser Diagnostiker der politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen der 1960er- und 1970er-Jahre. Er ist ein Bahnbrecher für afroamerikanische Comedians wie Eddie Murphy , der wie viele andere letztlich im verträglicheren Format des unterhaltsamen Witzereißers vor allem in großen Hollywood-Filmen Karriere machte. *Foto: Henry Diltz / Corbis*

KURZ **GEMELDET**

Schülerfreifahrt teurer trotz weniger Schüler

Wien – Obwohl zwischen 2002 und 2006 weniger Schüler mit öffentlichen Verkehrsmitteln in die Schule gefahren sind, sind die Ausgaben für die Schülerfreifahrt um zwölf Prozent gestiegen. Auch die Einführung der Fünf-Tage-Schulwoche an den Pflichtschulen vor zwei Jahren hat zu keiner Kostenreduzierung geführt, kritisiert der Rechnungshof (RH) in einem am Montag veröffentlichten Bericht. Einsparungspotenzial werde von den zuständigen Ministerien (Finanzen, Familie) nicht ausreichend genutzt. Laut RH wurden aus dem Familienlastenausgleichsfonds 2002/03 rund 296,07 Millionen Euro für die Freifahrt von 820.527 Schülern ausgegeben, im Schuljahr 2006/07 waren es 329,42 für 815.569 Schüler. (APA)

VP akzeptiert Ausweitung der Neuen Mittelschule

Bregenz – Maximal zehn Prozent aller Pflichtschulklassen in den Ländern dürften laut Gesetz am Modellversuch „Neue Mittelschule" teilnehmen. Reformfreudige Länder wie Vorarlberg finden mit dieser Quote aber kein Auslangen. Nun lenkte die ÖVP, die der Neuen Mittelschule skeptisch gegenüber steht, ein. Die Länderbegrenzung fällt, 51 der 55 Hauptschulen im Ländle werden im Schuljahr 2009/10 am Schulversuch teilnehmen. Bestehen bleibt das bundesweite Limit, laut dem insgesamt höchstens zehn Prozent der Klassen an öffentlichen Schulen für das Projekt zugelassen sind. (APA)

„Es ist überhaupt keine Kursänderung angesagt"

In einer guten Liebesbeziehung, meint **Ulrike Lunacek,** dürfe man auch Kritik äußern – so hält sie es jedenfalls mit der EU. Vor dem Türkei-Beitritt müsse die Union „demokratischer" werden, sagte die grüne Spitzenkandidatin zu **Andrea Heigl.**

STANDARD: *Die anderen Parteien sehen seit Ihrer Wahl eine Linkswende im EU-Kurs der Grünen dräuen. Wird es dazu kommen?*

Lunacek: Wenn diese Leute meine Rede am Sonntag *(beim grünen Bundeskongress, Anm.)* gehört hätten, wäre ihnen klar, dass ich eine leidenschaftliche Europäerin bin. Das ist so wie mit Personen, die man liebt – wenn es eine gute Liebe ist, muss man sie auch kritisieren dürfen, wenn sie ihre Versprechen nicht erfüllen. Die Kritik, die die Grünen immer wieder geäußert haben, wird es weiter geben. Zum Beispiel in Gentechnikfragen, was die Atomlobby betrifft, aber auch den oftmals neoliberalen Wirtschaftskurs. Mir geht es um ein starkes, soziales und ökologisches Europa. Dafür will ich mit dem Grünen New Deal die Menschen gewinnen.

STANDARD: *Es gibt es nach dem Abschied Johannes Voggenhubers aus der Politik also keinen Kurswechsel?*

Lunacek: Nein! Es ist überhaupt keine Kursänderung angesagt an einer kritisch-konstruktiven Europapolitik. Ich hatte schon bisher mit Johannes Voggenhuber inhaltlich kaum Differenzen. Es geht eher darum, welcher Stil in Zukunft an den Tag gelegt wird: Ich geh gerne auf die Menschen zu, kann überzeugen und gewinnen. Ich habe ein „inniges, aber auch gnadenloses" Verhältnis zur EU - so wie Thomas Bernhards' Verhältnis zu Österreich: Innig ob der Vision und Werte, gnadenlos, wenn Versprechen nicht eingelöst werden.

STANDARD: *Wie stehen Sie zum EU-Beitritt der Türkei?*

Lunacek: Die Türkei ist 1999 als Kandidatenland anerkannt worden, verbunden mit einer Reihe von Auflagen. Es wurde seither eine Reihe von Reformen im Land durchgeführt. Die Beitrittsoption ist für die Türkei ein Reformmotor in der Frage von Menschen- und Minderheiten- sowie Frauenrechten. Deswegen finde ich, dass die Beitrittsoption offenbleiben und als Ziel bestehen muss. Ob das tatsächlich gelingen wird, das weiß ich jetzt aber noch nicht. Und die EU muss sehr wohl weitere Schritte zu mehr demokratischer Gestaltung machen, bevor sie die Türkei aufnehmen kann. Das ist ein offener Prozess, aber ich finde, dass die Beitrittsoption bleiben muss.

STANDARD: *Sollen auch die Balkanländer beitreten?*

Lunacek: Südosteuropa muss auf jeden Fall Teil der EU werden.

STANDARD: *Wie soll es mit dem Reformvertrag weitergehen?*

Lunacek: Die Entscheidung, dass Irland nochmal abstimmt, liegt nicht an Österreich oder den österreichischen Grünen, das hat die irische Regierung so entschieden. Ich hoffe – wie auch die irischen Grünen – dass die zweite Abstimmung positiv ausgeht und der Reformvertrag, der wichtige demokratische Fortschritte bringen würde, in Kraft treten kann. Wenn nicht, wollen wir Grüne versuchen, über einen European Act for Democracy jene Teile des Vertrages, die diese demokratischen Fortschritte bringen, zu retten.

STANDARD: *Bei der Frage der nationalen Volksabstimmung über den Reformvertrag gibt es auf der grünen Liste Differenzen: Sie sind dagegen, die drittgereihte Kandidatin Monika Vana ist dafür. Was sollen sich die Wähler in dieser Frage erwarten?*

Lunacek: Die Grünen haben mit ihrer Entscheidung für mich als Spitzenkandidatin auch das Ja zu europäischen Volksabstimmungen und das Nein zu einer nationalen Volksabstimmung über den Lissabon-Vertrag bekräftigt. Ich habe mich immer gegen eine nationale Volksabstimmung wegen der großen Gefahr des nationalistischen Missbrauchs durch die Rechten ausgesprochen. Das ist – wie bisher mit Voggenhuber – die Linie für die weitere Grüne Europapolitik.

ZUR PERSON:
Ulrike Lunacek (51) gewann beim grünen Bundeskongress am Sonntag die Stichwahl gegen Johannes Voggenhuber und wird Spitzenkandidatin für die Europawahlen am 7. Juni. Derzeit ist sie außenpolitische Sprecherin der Grünen im Nationalrat und Sprecherin der europäischen Grünpartei. *Foto: AP*

Gegen Hofstaat, Personenkult und Windkanal

Wie Johannes Voggenhuber lustvoll der eigenen Partei einschenkte

Wien – Die erste ORF-Hochrechnung war noch nicht ausgestrahlt, da setzte es bereits verbale Watschen. Ausgeteilt hatte sie – natürlich – Johannes Voggenhuber: „Inhaltliche Nullaussagen" hätten die Grünen im Wahlkampf getroffen.

Das war im Herbst 2002. In ähnlichen Worten hat Voggenhuber die eigene Partei seither immer wieder kritisiert. Ein Umstand, der zweifellos zu seinem nun besiegelten Karriereende als grüner Europabgeordneter beigetragen hat.

„Eine tiefe, innere Krise" konstatierte Voggenhuber seit geraumer Zeit – und sparte nicht mit Schuldzuweisungen. Unter der Ägide von Parteichef Alexander Van der Bellen und seinem Strategen Dieter Brosz sei ein „bürokratischer Hofstaat" entstanden, „in dem Multifunktionäre Ämter kumulieren und geheime Machtzirkel Entscheidungen treffen", meinte er im STANDARD. Die Grünen seien zu einer „Kopie des sozialdemokratischen Apparates" verkommen, die nur mehr eine angepasste „Politik des Windkanals" betreibe.

Bei diversen Wahlen fühlte sich der Kritiker bestätigt. Als „soft, mutlos, konturenlos" verriss der die grüne Politik nach der Schlappe in Niederösterreich. Die ebenfalls enttäuschend verlaufenen Nationalratswahl erklärte er unter anderem mit den Sünden „politische Neurose, Harmoniesucht und Personenkult".

Zuletzt konterte Voggenhuber die Ankündigung von Neo-Parteichefin Eva Glawischnig, EU-kritischer aufzutreten: „Ich warne vor einer Verengung der Europapolitik." Die grüne Basis teilt diese Befürchtung mehrheitlich nicht – und wählte Voggenhuber ab. (jo)

„Mölzer ist der beste Mann"

Auch FP präsentiert bald EU-Liste mit altem Favoriten

Wien – Das Vorpreschen der Grünen bei der Listenerstellung für die EU-Wahl beeindruckt die anderen Parteien kaum: Sie lassen sich mit der Kür ihrer Kandidaten für den im Juni anstehenden Urnengang noch Zeit.

„Wir beschließen unsere Liste erst Mitte März", sagt SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas, und fügt hinzu, „wir sind ohnehin gut aufgestellt – was aber nicht heißt, dass es dabei nicht zu neuen Nennungen kommen kann."

In der ÖVP-Parteizentrale wird über den Zeitpunkt der Listenpräsentation noch geschwiegen. Dem Vernehmen nach soll das Geheimnis rund um die schwarzen Kandidaten für Brüssel aber – wie bei der SPÖ – erst nach den Landtagswahlen in Salzburg und Kärnten, also nach dem 1. März, gelüftet werden.

So gut wie fix ist aber, dass aus der bestehenden sechsköpfigen Mannschaft rund um Delegationsleiter Othmar Karas die Bauernbündlerin Agnes Schierhuber ausscheidet. Die EU-Abgeordnete will aus Altersgründen nicht mehr kandidieren.

Bei der FPÖ wiederum will man sich „in den nächsten Wochen" entscheiden, erklärt FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky. Für ihn ist und bleibt aber „der beste Mann in Europa" ohnehin Andreas Mölzer, der schon bisher für die Blauen im EU-Parlament saß. Vilimsky lobt vor allem die „guten Verbindungen", die der Rechtsaußen in Europa für die FPÖ knüpfen hat können. Zur Italienischen Lega Nord etwa oder zur islamophoben Bürgerbewegung Pro Köln.

Das BZÖ hingegen plagt eine andere Sorge: Dort weiß man noch gar nicht, ob die Partei überhaupt bei der EU-Wahl antreten wird. Denn wie immer schaut bei den Orangen vorerst alles nach Kärnten, bevor man sich festlegt: „Wir werden unsere Entscheidung nach der Landtagswahl bekannt geben", heißt es derzeit nur knapp aus der Bundespartei. (pm, nw)

Das heimliche Wappentier

Eigentlich sollte der Hund das amerikanische Wappentier sein und nicht der Weißkopfadler. Der Hund im Haus gehört zum Bild vom gelungenen amerikanischen Leben wie der Swimmingpool und der Truthahn zu Thanksgiving (Erntedankfest). Um das Bild perfekt zu machen, trägt dieser Australian Shepherd die Stars-and-Stripes-Bandana um den Hals. Er ist quasi ein Einwanderer, aber das stört natürlich nicht. Die Einwanderungsbehörde drückt ein Auge zu. *Foto: Corbis / Phil Schermeister*

Reich und orange: Wahlbündnis für Salzburg-Stadt

Ein Bündnis des BZÖ mit zwei FPÖ-Dissidentinnen macht die Gemeinderatswahl in der Stadt Salzburg spannend. Sowohl FPÖ als auch ÖVP könnten an die mit viel Geld operierende Liste Stimmen verlieren.

Thomas Neuhold

Salzburg – Der 1. März ist in Salzburg so etwas wie ein Superwahltag. Neben dem Landtag werden auch die Gemeinderäte und die Bürgermeister aller 119 Gemeinden neu gewählt. Im Zentrum des Interesses steht neben dem Landtag naturgemäß der Urnengang in der Landeshauptstadt mit rund 100.000 Wahlberechtigten.

Bei der Direktwahl des Bürgermeisters ist das Rennen fast gelaufen. Gegen den amtierenden Bürgermeister Heinz Schaden (SPÖ) sind Harald Preuner (ÖVP) und Johann Padutsch (Bürgerliste) voraussichtlich nur Zählkandidaten. 2004 erreichte Schaden bereits im ersten Wahlgang 52 Prozent. Ein ähnliches Ergebnis ist laut Umfragen auch diesmal in Reichweite.

Wesentlich offener gestaltet sich der Wettbewerb um die insgesamt 40 Gemeinderatssitze. Vor allem das neu geschlossene Bündnis von BZÖ und der Liste von FP-Dissidentin Doris Tazl kann für Überraschungen sorgen. Tazl liegt in allen Umfragen bei den Persönlichkeitswerten deutlich vor ihrem ehemaligen Parteifreund, FP-Spitzenkandidat Andreas Schöppl.

Zudem hat sie in die orange Wahlkampfkasse eine ordentliche Mitgift mitgebracht. Laut Kontrollamtsbericht über die Förderung der Gemeinderatsklubs hatten die zwei ehemaligen FPÖ-Gemeinderätinnen Tazl und Mitstreiterin Mechthilde Kirsch bis Ende 2007 rund 270.000 Euro angehäuft. Zum Vergleich: Die Mehrheitsfraktion SPÖ lag in derselben Aufstellung bei rund 340.000 Euro.

Beim Geld der zwei FP-Dissidentinnen handelt es sich um die freiheitliche Klubförderung. Diese ist laut Stadtrecht trotz Ausschluss Tazls aus der FP beim „Klub", also bei Klubobfrau Tazl geblieben.

FP-Listenführer Schöppl – nach dem Zerfall des FP-Klubs 2006 derzeit einzig „echter" Blauer im Gemeinderat – bestreitet, dass die orange Liste den Blauen Stimmen wegnehmen könnte. Das BZÖ werde, wie schon bei den vergangenen Nationalratswahlen, vor allem die ÖVP Stimmen kosten, vermutet er im STANDARD-Gespräch.

Zehn Prozent als Wahlziel

Sein Wahlziel formuliert er dennoch vorsichtig: Mehr als zehn Prozent möchten die Blauen erreichen. Damit würden sie die 10,2 Prozent und vier Mandate aus dem Jahr 2004 halten oder etwas überschreiten. Tazl nennt vorsichtshalber erst gar kein Wahlziel; bei den Nationalratswahlen 2008 kam das BZÖ in der Stadt Salzburg auf rund zehn Prozent. Mit dem zentralen Wahlkampfthema Sicherheit will die ÖVP die Abwanderung von Wählern in das rechte Lager verhindern. Angesichts der neuen Konkurrenz durch Tazl und BZÖ sind aber wohl keine großen Sprünge nach vorn möglich. Die Prognosen gehen jedenfalls von einem Halten des Ergebnisses 2004 aus: 27,4 Prozent und elf Mandate.

SPÖ und Bürgerliste haben viel zu verteidigen. Die SPÖ schrammte 2004 mit 19 von 40 Mandaten (43,8 Prozent) knapp an der Absoluten vorbei. In der nach dem Proporzsystem zusammengesetzten Stadtregierung stellen sie drei von fünf Mitgliedern. Die Bürgerliste erreichte mit 15,1 Prozent sechs Mandate und einen Sitz in der Stadtregierung. SP wie Bürgerliste liegen in Umfragen etwas hinter den Ergebnissen von 2004 zurück.

Krisengipfel der Keramiker

Linzer Kunst-Uni: Proteste gegen Übersiedlungspläne

Markus Rohrhofer

Linz – Es ist zwar bereits viel Porzellan zerbrochen, dennoch macht sich der Rektor der Linzer Kunst-Uni, Reinhard Kannonier, jetzt im sogenannten Keramikstreit daran, die Scherben zu beseitigen. Für kommenden Mittwoch lädt der Rektor nämlich Studentenvertreter zu einer Aussprache.

Auslöser für die Verstimmung ist die für Herbst 2009 geplante Aussiedlung der derzeit in Linz-Urfahr beheimateten Keramik-Klasse nach Gmunden. Verkündet wurde dies vergangenen Donnerstag in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Gmundner Bürgermeister Heinz Köppl (VP). Die Präsentation dürften sich die Verantwortlichen aber durchaus anders vorgestellt haben, wurden sie doch von einer Schar wütender Keramiker empfangen. Die 40 Studenten erfuhren nämlich erst aus den Medien, dass sie künftig in die Heimat der Gmundner Keramik pendeln müssen.

„Die Vorgehensweise ist mehr als eigenartig. Man hat mit uns kein einziges Mal gesprochen", ärgert sich Alina Sauter, ÖH-Sprecherin der Keramikstudenten, im STANDARD-Gespräch. Von der Aussprache erwartet Sauter vor allem eines: Informationen. „Wir wissen gar nichts über das Projekt." Unabhängig vom Ausgang des Gespräches werde es, so Sauter, weitere Protestmaßnahmen im öffentlichen Raum geben. „Wir lassen uns das nicht gefallen. Wir haben in Linz zu studieren begonnen und werden jetzt sicher nicht nach Gmunden pilgern. Dort gibt es kein universitäres Umfeld. Es fehlt etwa eine Bibliothek, und das Wohnen wird zum absoluten Problem."

„Unterstützende Angebote"

Rektor Kannonier hält hingegen an dem Traunsee-Standort fest: „Ich sehe zwar auch Nachteile, aber es ist dennoch eine einmalige Chance. Das Land Oberösterreich hat eine zehnjährige Unterstützung, eine zusätzliche Professur sowie eine finanzielle Starthilfe zugesichert." Natürlich werde man jetzt in Gesprächen mit den Studenten versuchen, ein „unterstützendes Angebot vor Ort" zu schaffen, verspricht der Rektor. Der positive Bescheid für die Keramik-Uni in der Töpferhochburg im Salzkammergut sei für ihn ebenso überraschend wie für die Studenten gekommen. Kannonier: „Das Projekt ist bereits gut eineinhalb Jahre gelegen. Wir haben gar nicht mehr mit einer Realisierung gerechnet, als plötzlich der Anruf vom Landeshauptmann kam."

„First Dog" wird ein Lockenkopf

Portugiesischer Wasserhund oder Labradoodle soll das Haustier der Obamas werden

Gudrun Springer

Wien – Barney war wohl nicht die beste Wahl. Der Scottish Terrier der Familie Bush kam mit Katze India nicht klar und biss einmal sogar einen Reporter. Das verbesserte das Verhältnis der Bushs zu den Medien nicht unbedingt. Wer sich freilich ein wenig über diese Hunderasse informiert, kann über Barneys präsidialen Biss nicht außerordentlich überrascht sein: Scottish Terrier sind als eigenbrödlerisch und dickköpfig verschrien.

Es will also gut überlegt sein, welcher Vierbeiner ins Weiße Haus einziehen darf. Dass es ein Hund wird, steht fest. Obama hat seinen beiden Töchtern einen solchen versprochen. Die Auswahl ist eingeschränkt, weil die zehnjährige Malia Allergikerin ist. Nackthund soll es aber auch keiner werden. Papa Obama favorisiert zwei lockige Arten: den Labradoodle und den portugiesischen Wasserhund.

Ersterer wird auch als „Designerhund" bezeichnet und ist eine Kreuzung aus Labrador und Pudel. Er wurde ursprünglich in Australien als Blindenhund für Allergiker herangezüchtet. Helmut Werner, Präsident des Labradoodle Clubs Deutschland, sagt: „Er ist ein sozial sehr verträglicher Hund und hat vom Pudel das Haarkleid sowie die Intelligenz." Des Pudels Fell bringt den Vorteil, dass kaum Haare ausfallen. Society-erprobt ist dieser in allen Farben erhältliche Hund, den es seit 1989 gibt, bereits: Tiger Woods sowie Jennifer Aniston führen einen aus, und auch Obamas Vize Joe Biden ist Labradoodle-Besitzer. Kosten: 1200 Euro.

Ein Exemplar der erst 1989 kreierten Hundeart zu bekommen sollte für Obama kein Problem sein. Sogar Werners Sohn Andreas ist gerade mit einem Welpen in die USA gereist, um ihn der Präsidentenfamilie anzubieten. Selten und trotzdem um rund 200 Euro billiger ist der Portugiesische Wasserhund (Cão de Agua Português). Er soll schon zur Zeit der Römer bekannt gewesen sein und hat früher den Fischern den Fang ins Netz getrieben.

Ein österreichischer Wasserhundspezialist, Walter Haszonits, schätzt den globalen Bestand auf 1000 Exemplare. 13 davon leben in Österreich. Sie stammen aus Haszonits' Zucht, die er seit drei Jahren im steirischen Neulassing betreibt. „Ich habe so einen Hund vorher noch nie gesehen", schwärmt er. „Er ist kinderlieb, bellt nicht und verliert fast keine Haare." Letzteres macht das lebhafte Tier mit bräunlichem oder schwarzem Fell ebenso optimal für Allergiker. Haszonits' Tiere gibt es geimpft und mit Pass – der auch in den USA gilt. Theoretisch könnte also ein Österreicher den Platz im Hundekorb des Weißen Hauses einnehmen.

Wer wird First Dog? Das Arbeitstier Portugiesischer Wasserhund ... *Foto: privat*

... oder der Designerhund Labradoodle, gekreuzt aus Labrador und Pudel? *Foto: EPA*

KURZ **GEMELDET**

OBERÖSTERREICH

Mordversuch in der Badewanne

Linz – Ein mutmaßlicher Mordversuch hat am Montag einen Polizeieinsatz in Linz ausgelöst. Ein Unbekannter soll versucht haben, eine Frau in ihrer Badewanne zu ertränken. Davor soll er sie misshandelt haben. Der Täter soll eine grüne Uniform getragen haben und mit einer Pistole bewaffnet gewesen sein. Der Ehemann des Opfers ist Bundesheer-Angehöriger. Er scheidet aber als unmittelbarer Täter aus, er war zum Tatzeitpunkt in Niederösterreich. (APA)

STEIERMARK

Konflikt um Schließung der Chirurgie in Aussee

Graz – Um das Landeskrankenhaus Bad Aussee, das ohne Chirurgie neu gebaut werden soll, ist ein Konflikt ausgebrochen. Am Montag demonstrierten rund 600 Ausseer in Graz für die Erhaltung der Chirurgie. Laut Spitalslandesrat Helmut Hirt (SP) ist die Zahl der Operationen zu gering (jährlich 650 statt mindestens 1000), um ein eigenes Operationsteam mit Primariat und Station zu rechtfertigen. Künftig sollen die Ausseer in Rottenmann versorgt werden. (APA)

WIEN

U6 reine Niederflurlinie, alte Züge werden verkauft

Wien – Ab sofort läuft die Wiener U-Bahnlinie U6 nur noch im Niederflurbetrieb. Die letzte der E6/c6-Garnituren im Straßenbahn-Look wurde am Montag verabschiedet. Die ausgemusterten, aber noch funktionstüchtigen Modelle werden an ausländische Verkehrsbetriebe verkauft. (APA)

KULINARIUM

Obama-Bonus

Die Hamburger-Restaurantkette **„T.G.I. Friday's"** (von Thank God It's Friday) feiert weltweit die Amtseinführung des US-Präsidenten Barack Obama – und also auch in Wien am Schubertring 13. „Yes we can!", lautet das Motto für die Party, bei der es am heutigen 20. Jänner einen „Yes-we-can-Bonus" von 15 Prozent auf die gesamte Konsumation gibt. Außerdem servieren die Bartender einen eigens für diesen Anlass kreierten „Obama Cocktail". Ab 17.40 Uhr wird dann die Inaugurationsfeier des 44. US-Präsidenten auf acht „big screens" live übertragen. (frei) *Foto: Corn*

Wien of Change

Auch in Wien feiern Expatriates die Amtseinführung Obamas. Von abwartend bis „sehr, sehr glücklich" geben sich fern ihrer Heimat lebende US-Bürger, die trotz räumlicher Distanz Veränderung spüren.

Gudrun Springer

Feierstimmung unter den Democrats Abroad im Lokal „The Rampant Lion": Viele Ex-pats in Wien sind nach dem Wahlsieg Obamas in Hochstimmung. Auch am Dienstag wird viel Party gemacht. *Foto: Cremer*

Wien – Als Dardis McNamee am Tag nach der US-Wahl auf dem Weg durch Wien einen Obama-Anstecker trug, stand den Menschen um sie herum der „Change" ins Gesicht geschrieben. „Die Leute in der U-Bahn lächelten mich an", erzählt sie, beinahe immer noch ungläubig. „Diese Art von Offenheit kannte ich von Österreichern vorher nicht." Die Bush-Ära war für sie wie ein Albtraum, sagt die Journalistin und Lehrende der Webster University, die seit 1994 in Wien lebt. Die Wahlnacht verbrachte das Democrats-Abroad-Mitglied feiernd mit Gleichgesinnten im „The Rampant Lion" in Wien. „Wir haben geschrien, gelacht, uns aufgeführt wie Kinder", erzählt sie.

Wo sie sich Obamas Amtseinführung am Dienstag ansehen wird, hat sie noch nicht entschieden. Sie weiß von mindestens vier Partys: Die Amerikanische Botschaft feiert mit geladenen Gästen im Hotel Marriott, verschiedene NGOs und Österreichs Black Communities im Amerika-Haus im 1. Bezirk. Im „Tunnel" wird die Amtseinführung mit Jazzmusik zelebriert und am Badeschiff darf nach einer geschlossenen Veranstaltung der „Democrats Abroad" ab 21.30 Uhr jeder gegen freie Spende zum Event verschiedener Vereine mit Live-Acts und elektronischer Musik kommen.

„Ein historischer Moment"

Auf dem Badeschiff wird auch Anne Wieben feiern, die bei der Party mit Sprechgesang auftritt. „Es wird ein historischer Moment sein – weil Obama ein Afro-Amerikaner ist", sagt sie. Für sie selbst ändert sich mit dem Machtwechsel in der Heimat unter anderem, dass sie den Worten „Ich bin US-Amerikanerin" nicht mehr dem Nachsatz „aber ich habe nicht George Bush gewählt" nachschicken muss. „Ich hatte immer das Gefühl, dass ich Amerika verteidigen muss", erzählt Wieben, die seit August 2004 am Wiener Konservatorium studiert und seit der Wahl „sehr, sehr glücklich" ist.

Rund 15.000 Amerikaner leben nach Schätzungen der Amerikanischen Botschaft in Österreich. Die Mehrheit der Expatriates wählt laut Politologen demokratisch. Die Registrierungen bei den „Democrats Abroad" haben sich seit Obamas Wahlkampf nach Angaben der Organisation verdreifacht. Doch der Obama-Hype hat nicht alle gleichermaßen erfasst: Barbara Dax, Bibliothekarin an der Vienna Christian School, bezeichnet sich als „unabhängig" und meint über Obama: „Er wird sich erst beweisen müssen. Er ist noch grün hinter den Ohren." Auf jeden Fall sei die Angelobung aber „ein historischer Moment" und es sei „wirklich, wirklich cool, dass ein Schwarzer Präsident wird".

Diese Meinung teilt auch Stephan Wyckoff, der als Sohn zweier Amerikaner in Österreich aufwuchs. Die Wahl eines Schwarzen zum Präsidenten „haben viele nicht zu träumen gewagt", sagt der 32-jährige Fotograf. „Ich glaube, Bush wird schnell in Vergessenheit geraten."

Die Bush-Ära schnell vergessen will Genevieve Sandberg-Diment nur zu gerne. Sie lebt seit zwölf Jahren in Wien und hat in der Zeit mehrmals erlebt, wie sie harsch behandelt wurde, sobald sie sich als US-Amerikanerin zu erkennen gab. Bei Arztbesuchen wurde sie nicht nur einmal danach gefragt, wen sie denn gewählt habe. Einmal sei sie nach dem Überqueren einer Straße von zwei Polizeibeamten aufgehalten worden, die 50 Euro von ihr verlangt hätten, weil die Ampel auf halbem Weg auf Rot gesprungen sei. Sandberg-Diment erzählt, es seien ihr deutsche beleidigende Ausdrücke in den Mund gelegt worden, die sie gar nicht gekannt habe.

„Jetzt fühlt es sich definitiv weniger peinlich an, ein US-Amerikaner zu sein", sagt die Angestellte eines Pharma-Unternehmens. Doch ein wenig Angst habe sie schon, dass die Erwartungen in den neuen Präsidenten gesetzt werden, zu groß sind. Und: „Zu viel von ihm zu erwarten, wäre nicht fair."

Die Helmpflicht breitet sich aus

Mit Salzburg bringt erstmals ein „Ski-Bundesland" das Thema aufs Tapet

Salzburg/Innsbruck/Linz/Wien – Die Skihelmpflicht für Kinder und Jugendliche auf Österreichs Pisten wird konkreter. Am Montag äußerte sich mit Salzburgs Landeshauptfrau Gabi Burgstaller (SP) die Chefin eines „Skifahr-Bundeslandes" zum Thema. Sie möchte ein entsprechendes Gesetz für Kinder unter 14 am Donnerstag bei der Landeshauptleutekonferenz auf die Tagesordnung setzen. Burgstaller spricht sich gegen Alleingänge einzelner Länder aus: „Auf Grund der vielen grenzübergreifenden Skigebiete scheint es sinnvoll, bundesweit einheitlich zu einer entsprechenden Regelung zu finden."

Anderswo sieht man das anders. Am Donnerstag wird im niederösterreichischen Landtag eine Helmpflicht bis zum vollendeten 15. Lebensjahr beschlossen – spätestens ab den Osterferien sind dann Erziehungsberechtigte oder Begleitpersonen dafür verantwortlich, dass der Kopf geschützt wird. Strafen wird die Schutzlosigkeit vorerst aber keine bringen – man werde auf Bewusstseinsbildung setzen, erklärte der niederösterreichische VP-Klubobmann Klaus Schneeberger. Die Regelung ist bis 2012 befristet, dann wird die Wirksamkeit geprüft.

Auch in Oberösterreich machen die Politiker ernst. Am 29. Jänner wird im dortigen Landesparlament die Helmpflicht für Unter-14-Jährige beschlossen. In ein Sportgeschäft muss deshalb dennoch kein Vater oder keine Mutter laufen – erst ab 1. November, also in der kommenden Wintersaison, tritt das Gesetz in Kraft. Sanktionen gibt es übrigens ebenso wenig wie in Niederösterreich, erklärt die Sprecherin von Landeshauptmann Josef Pühringer (VP).

„Gute Gelegenheit"

In Tirol reagiert man vorsichtig positiv auf den Burgstaller-Vorstoß nach der bundesweiten Regelung. „Wir wollen uns da nicht grundsätzlich querlegen, es ist sicher eine gute Gelegenheit die Sache einmal im größeren Rahmen zu diskutieren", sagt Jürgen Micheler, Pressesprecher von Landeshauptmann Günther Platter, zum STANDARD. „Im Land gehen wir allerdings eher in Richtung Eigenverantwortung." Auch, weil die Frage der Exekution völlig unklar ist. Denn die Seilbahnbetreiber würden sich kaum dazu bereit erklären.

Abseits klassischer Skigebiete verletzten sich am Sonntagnachmittag zwei Twens beim Wintersport schwer: Sie verunglückten in Wien-Ottakring. In der Johann-Staud-Gasse waren eine 23- und eine 27-Jährige mit einem aufblasbaren Reifen talwärts unterwegs, als sie von dem Fußweg abkamen und gegen einen Baum prallten. Die Folgen: Die Jüngere erlitt lebensgefährliche Kopfverletzungen, die Kollegin ein Schädel-Hirn-Trauma und Knochenbrüche.

Unfall mit geschütztem Kopf

Einen 52-jährigen deutschen Urlauber hat sein Helm auf einer Piste in Leogang (Bez. Zell am See) wahrscheinlich vor einer schwereren Verletzung bewahrt. Der Mann machte vor einem 15 Jahre alten deutschen Schüler einen Linksschwung der Teenager rutschte auf einer Eisplatte aus, die beiden kollidierten und kamen zu Sturz. Dabei prallte der Ältere auf den Boden und erlitt eine Gehirnerschütterung. (moe, neu)

Bis zu 15 Prozent der Präsenzdiener nehmen Drogen

Wien – Das Bundesheer als Abbild der Gesellschaft: Durchschnittlich zehn bis 15 Prozent der Präsenzdiener werde beim Antritt des Grundwehrdienstes der Drogenkonsum nachgewiesen, sagte Stefan Hirsch, Sprecher von Verteidigungsminister Norbert Darabos in Reaktion auf einen *Heute*-Bericht. Der Prozentsatz der neuen Rekruten, die Drogen konsumiert haben, liege im Osten Österreichs und damit im Großraum Wien sogar über 15 Prozent, sagte Hirsch. Wer erwischt wurde, wird unangekündigt wieder getestet. (red)

R

Rezko, Tony

Die Bekanntschaft mit dem Chicagoer Immobilienentwickler Tony Rezko machte im Wahlkampf Obamas private Geschäfte öffentlich. Mit dem Geld aus einem Buchdeal erwarb er von Rezkos Ehefrau für 1,6 Mio. Dollar ein Haus samt Grundstück im noblen Vorort Kenwood. Rezko wurde im Sommer wegen Bestechung von Politikern verurteilt. Die Vorwürfe hatten nichts mit Obama zu tun. *Foto: AP*

S

Senat

In seinen knapp vier Jahren im US-Senat (4. Jänner 2005 bis 16. November 2008) galt Barack Obama gemäß Stimmverhalten als parteitreu und liberal. Zuvor saß der Demokrat acht Jahre lang im Senat des Bundesstaates Illinois, wo er sich um Justiz- und Sozialpolitik kümmerte. Im Wahlkampf warfen ihm Kritiker vor, dort oft nur mit „Anwesend" statt mit Ja oder Nein gestimmt zu haben. *Foto: AP*

Schlachtfeld Universität

Mai 1969. Die Stimmung unter den Studenten an der kalifornischen Universität Berkeley eskaliert. Der politische Protest gegen den Vietnamkrieg und die Regierung führt zu Gewalttätigkeit. Die Regierung schickt Soldaten und eröffnet damit eine Front auf eigenem Boden. *Foto: Interfoto/picturedesk.com*

LABOR

Linguistische Studie: Obama redet anders

Washington – Noch bevor er als US-Präsident angelobt wurde, war Barack Obama bereits Gegenstand einer linguistischen Studie. US-Wissenschafter untersuchten, ob die Ausdrucksweise von Politikern von „Rasse" und Geschlecht beeinflusst wird – und fanden dafür eindeutige Belege. Zwei Linguisten der Georgetown University behaupten jedenfalls nach Analysen von Politikerinterviews, dass sich in der Sprache eine soziale Hierarchie erkennen lässt, die sich in der Ausdrucksweise „dominanten" weißen Männern gegenüber offenbare. Bei der Untersuchung von Barack Obamas Sprache stellten die Forscher fest, dass seine Selbstdarstellung vollkommen anders sei als die traditioneller afroamerikanischer Politiker. Ähnlich wie Condoleezza Rice demonstriere er Selbstvertrauen und Gelassenheit und bleibt auch in Stresssituationen ruhig, emotionslos, gefasst und konzentriert, resümieren die Linguisten im *Journal of Psycholinguistic Research*. (tasch)

Männer können Hunger besser unterdrücken

Washington – Männer können durch bewusste Verdrängung Hunger allem Anschein nach besser unterdrücken als Frauen. Frauen können zwar wie Männer das subjektive Hungergefühl verdrängen, in ihrem Hirn aber „nage" der Hunger weiter, schreiben US-Forscher im Fachblatt *PNAS*. Sie hatten die entsprechende Gehirnregionen bei 23 Probanden untersucht, die an Essen bzw. Hungern denken mussten. (APA, red)

derStandard.at/Wissenschaft

ANZEIGE

Spielen & Gewinnen...

Toto garantiert 3 Wochen lang 100.000,– Euro für den Zwölfer

Die „Garantie" – eine hundertprozentig verbindliche Zusage, Gewissheit über den Eintritt eines Ereignisses, Gewähr, Zusicherung, wie auch immer. Toto Spielteilnehmer denken bei „Garantie" nur an eine Zahl: an 100.000. Toto führt in den Runden 4, 5 und 6 Garantierunden durch. Das bedeutet, dass im Zwölfer Gewinntopf mindestens 100.000,– Euro liegen. Toto dotiert den Zwölfer Gewinnrang der Runden 4 bis 6, also bis inklusive die Runde vom 7./8. Februar 2009, auf jeweils 100.000,– Euro auf. Dabei handelt es sich um eine garantierte Mindestsumme. Sollte durch Jackpot-Ereignisse die Zwölfer-Summe 100.000,– Euro überschreiten, so kommt selbstverständlich diese höhere Gewinnsumme zur Auszahlung. Spielprogramm und Annahmeschluss für die Garantierunden sind u.a. im Internet unter www.win2day.at, im Teletext sowie in der in allen Annahmestellen aufliegenden Toto Vorschau nachzulesen.

„Traumurlaub" – Aufrubbeln und Gewinnen

Beim neuen Rubbellos „Traumurlaub" kann man jetzt nicht nur Geldpreise, sondern auch einen von 100 Traumurlauben gewinnen. Der Weg dorthin ist leicht erklärt: aufrubbeln und gewinnen.

Auf dem „Traumurlaub" Rubbellos ist die Rubbelfläche in Form eines Geldkoffers abgebildet. Darunter finden sich neun Geldbeträge bzw. Symbole in Form eines Koffers. Rubbelt man drei gleichen Geldbeträgen frei, gewinnt man diesen Betrag. Werden aber drei Koffersymbole frei, hat man einen Traumurlaub für zwei Personen gewonnen.

Als Höchstgewinn warten fünfmal 25.000,– Euro

Der Höchstgewinn bei „Traumurlaub" beträgt 25.000,– Euro. Er ist pro Serie fünfmal enthalten. Das Preisgeld beträgt insgesamt 5.800.000,– Euro. Die Ausschüttungsquote liegt bei 58 Prozent. Die Chance auf einen Gewinn steht bei 1:2,51. Mehr als jedes dritte Rubbellos gewinnt. Der Höchstgewinn von 25.000,– Euro ist dreimal enthalten.

Schampus auf Obamas Wohl

Trieb in den 1960er-Jahren der Protest die Studenten auf die Straße, schafft das heute der Wahlsieg Barack Obamas. Einige Eindrücke vom Campus der Johns-Hopkins-Universität in Baltimore.

William Egginton

Baltimore – Die Universität, an der ich unterrichte, wurde 1876 mit dem ausdrücklichen Zweck gegründet, höhere Forschung zu unterstützen; daher auch ihr oft geäußerter Anspruch, „Amerikas erste Forschungsuniversität" zu sein. Die Studenten der ersten vier Jahre, im College, gelten meiner Ansicht nach zu Recht als ernsthaft und zielgerichtet – was man in Österreich wohl „Streber" nennen würde.

Diese Eigenschaften und dazu die Tatsache, dass etwa die Medizin einige Meilen von meinem Campus entfernt liegt und die Politikwissenschaft sogar in Washington (mit der bekannten Dependance in Bologna), macht politische Mobilisierung eher unwahrscheinlich.

Während diese Facette US-studentischen Lebens zur Zeit des Vietnamkriegs zum Beispiel an der UC Berkeley zu Studentenprotesten führten, die bis zur Gewalttätigkeit eskalierten, war Johns Hopkins so ruhig, dass Präsident Johnson am 7. April 1965 gerade hier eine Rede hielt, die den sonstigen Campus-Unruhen entgegenwirken sollte.

Daher war es wohl in guter alter Hopkins-Tradition, dass ich den wunderbaren Abend des 4. November 2008, den Sieg Obamas, im Kollegenkreis in der Musikfakultät mit einer Jahrgangsflasche Dom Perignon feierte. Damit entsprach vielleicht ich den Erwartungen, doch der Rest der Uni tat es nicht.

Als die entscheidenden Ergebnisse einlangten und es immer klarer wurde, dass ein brillanter, junger Experte in Verfassungsrecht unser nächster – und erster schwarzer – Präsident sein würde, begannen tausende von Studenten und etliche Professoren, die Straßen um die Uni zu füllen, in einer improvisierten und ausgelassenen Feier, die bis in die Morgenstunden anhielt.

Wie man auch im Fernsehen verfolgen konnte, kam der Verkehr zum völligen Stillstand. 15 Menschen mussten verhaftet werden, unter ihnen ein Anthropologie-Professor. Er trug, wie Tage später in der Uni-Zeitung zu lesen war, die Angelegenheit mit Fassung. „Hopkins ist ja nicht gerade für Partys berühmt", sagte Laura Gordons, Studentin im vierten Jahr, dem Blatt, „aber der politische Rummel war so groß, und die Leute waren so glücklich, da haben sie sich wohl ein wenig daneben benommen."

Ich glaube nicht, dass die Studenten an unserer Uni oder die US-Amerikaner überhaupt sich einen Heiligen erwarten. Wir sind letztlich doch eine Demokratie, auch wenn der politische Diskurs der letzten Jahre eher nach einer Theokratie geklungen hat. Theokratien dürfen nicht zugeben, dass sie Fehler gemacht haben; Demokratien existieren, damit Fehler korrigiert werden.

Obama wird bald eine Verfügung erlassen, das Militärgefängnis in Guantánamo zu schließen. Das war der erste Fehler, den es zu korrigieren gilt, und wie bei vielen anderen wird das viel Zeit und Arbeit kosten. Aber genau das haben wir am 4. November gefeiert – in der Hoffnung auf Veränderungen. Und dass es Veränderungen zum Guten sein mögen.

William Egginton leitet das Department of German and Romance Languages and Literatures an der Johns-Hopkins-Universität.

Nachrichten in Echtzeit auf
derStandard.at

Auf den Straßen von Chicago

26. Juli 1965. Die Flagge begleitet Martin Luther King bei einem Marsch zur Chicago City Hall, um gegen die Rassentrennung, die de facto an den Schulen in Chicago geübt wird, zu demonstrieren. Nach dem Marsch nach Washington und erfolgreichen Aktionen im Süden der USA wollte Luther King seinen gewaltfreien politischen Kampf auch in den nördlichen Bundesstaaten führen und in Chicago beginnen. Hier begegnete ihm mehr offene Aggression und Widerstand als im Süden. Manche Märsche drohten zu Straßenschlachten zu werden. Luther King zog sich aus Chicago zurück. Der spätere Präsidentschaftskandidat Jesse Jackson übernahm seine Agenden. *Foto: Bettmann/Corbis*

TIPPS

▶ **Winter – alles inklusive** Kostengünstig Skifahren und Boarden in Skigebieten in der Nähe Wiens: die Snowsundays richten sich an 13- bis 25-Jährige. Für unter 20-Jährige gilt die Aktion um 35 Euro (Mit JugendinWien-Bon 32 Euro), sonst um 38 Euro (mit jiw-Bon 35 Euro). Um den Preis ist sowohl die Busfahrt zum Annaberg als auch die Liftkarte und alkoholfreien Punsch inklusive.
▷ *Sonntag, 25. 01. von 7–19 Uhr. Anmeldung erforderlich, telefonisch unter: 0664/594 30 73. Weitere Infos: www.snowsundays.at*

▶ **Medienwettbewerb** Der media literacy award geht in die nächste Runde. Lehrer und Schüler können Medienprojekte einreichen in den Kategorien Video, Radio, Printmedien und Comics, Fotos, Multimedia und Games.
▷ *Einsendeschluss für fertige Projekte ist am 15. Juli 2009. Anmeldefrist für eine Projektunterstützung ist der 31. März 2009. Weitere Infos unter: www.mediamanual.at/mediamanual/projekte/mla.php*

▶ **Drei Tage zum Mitreden** Die Bundesschülervertretung möchte wissen wo bei Schülern der Schuh drückt. Erstmals wollen sie deshalb ein Gremium schaffen, in dem basisdemokratisch diskutiert und Forderungen formuliert werden – das Österreichische Schülerparlament. Der erste Anlauf wird von 30. Jänner bis 1. Februar in Wien stattfinden. (red)
▷ *Details und Infos zu Anmeldung online: www.bsv.at*

„Die Farbe der Wut und des Kommunismus“

Lehrer in Rumänien tragen zu wenig zur Aufarbeitung der roten Vergangenheit bei – so die Motivation für einen Jugendwettbewerb zum Kommunismus. Die Ausstellung dazu wurde in Wien eröffnet.

Bath-Sahaw Baranow
Magdalena Legerer

Wien/Bukarest – Trotz des Sturzes der Ceauşescu-Diktatur vor 20 Jahren ringe Rumäniens Gesellschaft mit massiven Problemen. „Es gibt eine Polarisierung zwischen reich und arm. Außerdem sind die Menschen immer noch passiv, sie möchten ihre Rollen in der Gesellschaft zugeteilt bekommen“, sagt Raluca Gropescu vom „Institut für die Aufarbeitung der Verbrechen des Kommunismus“ in Bukarest.

Gropescu leitet einen Wettbewerb, der die Jugend Rumäniens heuer aufgefordert hat, sich künstlerisch mit der kommunistischen Vergangenheit ihres Landes auseinanderzusetzen. Aus 4000 Beiträgen wurde eine Ausstellung, die durch Europa tourt. Anlässlich des Projekts „Romania 20 Years After“ vom rumänischen Kulturinstitut in Wien ist sie derzeit im Dschungel Wien zu sehen.

Der Umgang mit dem Thema Kommunismus ist an Schulen immer noch mangelhaft, kritisiert Gropescu. Es gibt zwar Programme zur Aufbesserung dieser Situation, aber das sei nicht genug. „Die Lehrer erzählen dir, dass du unbedingt wählen musst, tun es aber selbst nicht“, so Gropescu weiter.

Den Grund dafür sieht sie vor allem darin, dass das alte System noch immer einen großen Einfluss ausübe. Allerdings betont sie auch, dass es „momentan eine wundervolle Dynamik in Rumänien gibt. Wir hatten einen wirtschaftlichen Aufschwung, vieles ändert sich.“

Einige der jungen Künstler sind zur Ausstellungseröffnung von Rumänien nach Wien gekommen, der SCHÜLERSTANDARD sprach mit drei der Teilnehmer.

SCHÜLERSTANDARD: *Welche Beiträge habt ihr zur Ausstellung gestaltet?*
Radu Pop: Die Idee war, die Charakterzüge des Kommunismus zu zeichnen. Einer von ihnen ist für mich der Überwachungsmechanismus, mit dem man Menschen dazu gebracht hat, sich gegenseitig zu verraten. Dieser Effekt wird dadurch verdoppelt, dass diese vom Staat entlohnt werden.

Deshalb habe ich entschieden, sie in einer symbolischen Kette zu malen, drei Figuren ohne Gesichter. Eine von ihnen hat nur ein Auge und sieht, erzählt alles der zweiten Figur hat, die nur einen Mund hat, diese gibt es weiter an den Polizisten, er hat nur ein Ohr.
Bogdan Topîrceanu: Ich habe ein kleines Mädchen gemalt, die einen Ballon hält, als Symbol für Unschuld, in der klassischen Tracht dieser Zeit. Sie sieht in den Horizont, normalerweise repräsentiert er Hoffnung, aber hier ist er von Fabriken, Rauch und Regen gefüllt.
Roxana Irina Rusu: Ich habe drei Köpfe gemalt, einer hat die russische Flagge, der zweite die der DDR, und Rumänien ist die dritte Flagge. Die Gesichter sind rot, weil Rot die Farbe der Wut und die Farbe des Kommunismus ist.

Unten rechts ist ein Panzer, der doppeldeutig ist, weil er Schutz bedeutet, aber auch zerstört. Im Hintergrund sind Gebäude, sehr dunkel und eine weiße Taube, aber sie ist verletzt. Das zielt darauf ab, dass der Kommunismus auch jetzt noch hintergründig existiert.

SCHÜLERSTANDARD: *Habt ihr euer Wissen zum rumänischen Kommunismus von euren Eltern?*
Pop: Wir mussten nicht darüber sprechen. Das sind Dinge, die die Menschen uns erzählen, denn sie haben es alle erlebt, so etwas hinterlässt Narben.

Meinen Beitrag zum ersten Kunstprojekt dieser Art haben meine Eltern ignoriert, das ist ziemlich dramatisch. Sie reden einfach nicht darüber. Das ist ein großes Problem, die Leute sind zu introvertiert. Obwohl wir frei sind, wissen wir nicht, was wir mit unserer Freiheit tun sollen. Wir tun einfach so, als wären wir zu dumm dafür.

ZUR PERSON:
Roxana Irina Rusu, Radu Pop und Bogdan Topîrceanu (geb. 1991, auf dem Foto von li.) haben sich an der Ausstellung „Romania 20 Years After“ beteiligt. *Foto: Dschungel Wien.*
www.dschungelwien.at

„Was bedeutet der Kommunismus für mich?“, war die Frage, die junge Rumänen mit Bildern beleuchteten. Die Ausstellung tourt durch Europa. *Foto: Rumän. Kulturinstitut*

SCHÜLERSTANDARD
Redaktion:
Louise Beltzung
louise.beltzung@derStandard.at

Verkettete Schicksale in Bukarest

Die Erstaufführung des Stücks „Bucharest Calling“ im Dschungel Wien

Wien – Am 15. Jänner fand im Dschungel Wien anlässlich des Projekts „Romania 20 Years After“ die deutschsprachige Erstaufführung des Jugendtheaterstücks „Bucharest Calling“ des rumänischen Autors Peca Stefan unter der Regie von Marius Schiener mit dem „Ensemble Europa“ statt.

Der 24-jährige Andrei leidet unter dem Tod seiner Frau. Alex' Karriere als Moderator der Radioshow „Bucharest Calling“ ist vom Aus bedroht. Die Prostituierte Iulia träumt davon, Schauspielerin zu werden, Pall Mall ist ihr Zuhälter und Katia will dem Leiden ihrer Familie ein Ende bereiten, indem sie ihre Mutter tötet.

Wodurch diese fünf Schicksale zusammenhängen, bleibt anfangs verborgen, doch zunehmend zeigt sich, wie eng verknüpft sie sind.

Der Witwer Andrei ist der jüngere Bruder des Moderators Alex. Andrei hatte diesen mit seiner Frau bestohlen und war mit ihr durchgebrannt. Nach ihrem Tod kommt er mit Katia zusammen, die Schwester der Prostituierten Iulia. Diese stößt auf Alex, auch sie verlieben sich sofort.

Als der Zuhälter Pall Mall und Andrei aufeinandertreffen, bedroht ihn der Witwer und nimmt ihm 60.000 Euro ab. Daraufhin muss Pall Mall bei Iulia untertauchen, denn er hat kein Geld mehr, um seine Schulden zu zahlen.

Iulia könnte in einem Porno mitspielen, der ihr zu Visa verhelfen würde, um mit ihrer Familie nach Amerika auszuwandern. Für die Heirat, die für ein Visum notwendig wäre, schenkt Andrei Iulia die 60.000 Euro, als Wiedergutmachung für das Geld, das er von seinem Bruder einst gestohlen hatte.

Inzwischen bittet Katia den Zuhälter, ihre kranke Mutter umzubringen, doch diese wird gesund, ohne dass Katia davon weiß. Pall Mall tötet sie.

„Bucharest Calling“ ist sehr intensiv, die Inszenierung mit wenig Requisiten greift auf eine starke Symbolik zurück. (bsb)
Lesen Sie online diese und zusätzliche Artikel der Schüler, diese Woche neu ist eine Reportage unter Jugendlichen zum Gaza-Krieg.
derStandard.at/Schuelerstandard

Es wird Nacht in Camelot

Unter dieser Flagge steht der Sarg mit dem Leichnam von John Fitzgerald Kennedy. Er war der jüngste Präsident und mit 46 Jahren auch der jüngste, der im Amt starb. Nach seiner Ermordung am 22. November 1963 in Dallas (Texas) hatten die seit seinem Amtsantritt anhaltende Aufbruchsstimmung und die Hoffnung auf Frieden in der Welt, die man mit seiner Präsidentschaft verknüpft hatte, ein Ende. Und die Bildung von Mythen (seine Präsidentschaft als Camelot unter Beziehung auf die Artus-Sage) und Verschwörungstheorien im Zusammenhang mit seiner Ermordung kam ins Rollen. Als Todesschütze wird Lee Harvey Oswald verhaftet, dieser wird vom Nachtklubbesitzer Jack Ruby in der Polizeigarage erschossen. *Foto: Corbis/Bettmann*

Online tratschen mit dem Präsidenten

Kein US-Politiker zuvor hat die Möglichkeiten des digitalen Zeitalters so genutzt wie Barack Obama. Auch als Präsident wird er versuchen, die Menschen über das Internet an sich zu binden.

Georg Szalai aus New York

Manche sprechen zum Amtsantritt Barack Obamas bereits von einer US-Präsidentschaft 2.0. Denn der Sieg Obamas hat der politischen Begeisterung und dem Einsatzwillen tausender Durchschnittsbürger bisher offensichtlich keinen Abbruch getan. Statt wie sonst nach dem Urnengang die Füße hochzulagern, sind sie bei lokalen Treffen und vor allem im Internet weiterhin am Diskutieren und Organisieren.

Jim Buie organisierte etwa knapp vor Weihnachten in seinem Haus im ländlichen North Chatham County, North Carolina, eine von geschätzten 10.000 Obama-Hauspartys. Ziel dieser lokalen Treffen war es, Wahlgeschichten auszutauschen, die zukünftige Einsatzbereitschaft der Teilnehmer zu besprechen und regionale Initiativen zu planen.

Dank E-Mail-Adressen von Obamas Website war die Planung einfach. „24 Leute sagten zu“, erinnert sich der 54-Jährige. „Das ist sehr viel für eine ländliche Region, vor allem nach der Wahl.“ Eine Zusammenfassung der Hausparty inklusive Fotos hat der begeisterte Blogger Buie gleich auch online gestellt.

Seither spendet und sammelt sein Hausparty-Team regelmäßig Dosennahrung und liefert sie an Lebensmittelbanken in der Umgebung. Der Name der Aktion ist ein Wortspiel mit Obamas Wahlkampfslogan und dem englischen Wort für Dosen: „Yes we cans“. Kann Obama diese Begeisterung der Basis mittels digitaler Medien weiter nutzen, und soll er das überhaupt noch, sobald er im Weißen Haus einzieht? Politische Beobachter diskutieren seit Wochen intensiv die Zukunft der Obama-Bewegung.

„Obama wird in die Geschichte eingehen als erster US-Präsident, der die Möglichkeiten des digitalen Zeitalters ausgelotet hat,“ meint Kevin Wagner, Politologe an der Florida Atlantic University. „Ich glaube, er wird viele Leute engagiert halten und zu Freiwilligenleistungen bewegen können.“ Denn der Politologe meint, dass sogar ein bisschen Aufmerksamkeit vielen, vor allem jungen Wählern und Bloggern schon viel wert ist.

Josh Bernoff, Analyst für digitale Medien bei Forrester Research, sieht die bald nach dem Obama-Sieg von dessen Team gestartete Website *Change.gov* als wichtiges Instrument, mit der Interessierte solcherart eingebunden werden. Unter anderem bloggten hier Mitglieder des Obama-Teams regelmäßig vor dem Amtsantritt über wichtige Treffen und Entscheidungen – oft mit Videos, die auch auf YouTube zu finden waren.

„Der Austausch ist hier viel offener, als ich es je erlebt habe bei einem angehenden Präsidenten“, sagt Bernoff. „Obama hat eine neue Ebene direkter Kommunikation erreicht.“

Interessierte können auf der Website auch aktiv werden, etwa mit Fotos und Kommentaren zu ihren Zukunftsvisionen und über Anmeldungen zu sozialer Freiwilligenarbeit. Experten erwarten, dass das Obama-Team in Zukunft auch Webcasts und vielleicht sogar Online-Fragestunden mit dem Präsidenten organisieren könnte.

Guter Zuhörer

Aber Web-Abstimmungen über wichtige politische Entscheidungen hält niemand für wahrscheinlich. „Politische Partizipation hat auch im Digitalzeitalter ihre Grenzen“, sagt Wagner. „Obama ist ein guter Zuhörer, aber es gibt keinerlei Hinweise, dass er Entscheidungen über Poster-Boards trifft.“

Die anhaltende Aufbruchsstimmung erinnert Ted Morgan, der an der Lehigh University politische Bewegungen studiert, an die Zeit John F. Kennedys. „Wie auch JFK inspiriert Obamas Rhetorik den Glauben, dass das Land in die richtige Richtung gehen kann, wenn nur genügend Leute mithelfen“, sagt er. Die nächste große Prüfung für die Obama-Bewegung könnte das wirtschaftliche Stimulus-Paket werden. Auch Buie erwartet, eine Rolle spielen zu können beim lokalen Umsetzen der Pläne des Präsidenten. Beobachter warnen aber, dass manche möglicherweise die Grenzen politischer Mitbestimmung nach Obamas Machtantritt noch unterschätzen.

Sie und solche, die erste harte politische Entscheidungen nicht mittragen, könnten relativ schnell zu enttäuschten Anti-Obama-Aktivisten werden, sagt Morgan.

„Manche Leute meinen, sie müssten für Themen, die ihnen am Herz liegen, eintreten, auch wenn es bedeutet, gegen Obama zu arbeiten“, sagt er. „Ich erwarte, dass sie Lärm machen und ihre Online-Netze gegen den Präsidenten einsetzen werden.“ Buie sieht die Sache aber gelassen. „Ich bin sicher, wir werden zumindest manchmal nicht übereinstimmen, und wir werden das auch ausdrücken“, sagt er. „Aber das Wichtigste ist, dass dank der neuen Medien Leute in den Dialog eingebunden werden und an der Verbesserung des Landes mitarbeiten können.“

Der unsichtbare Fingerabdruck im Pass

Tests in Staatsdruckerei für neue elektronische Ausweise laufen auf Hochtouren

Karin Tzschentke

Wien – Der ersten Generation des elektronischen Reisepasses (der in Österreich im Juni 2006 das Licht der Bürgerwelt erblickte), folgt drei Jahre später die zweite. Sobald alle legistischen Anforderungen erfüllt sind (laut EU-Richtlinie bis spätestens Mitte dieses Jahres), wird in der Österreichischen Staatsdruckerei (OeSD) mit der Produktion der neuen Ausweise begonnen. Im Chip des Dokuments werden neben den Daten zur Person und dem digitalen Foto dann erstmals auch zwei Fingerabdrücke gespeichert werden.

Ganz ohne Druckerschwärze kommen die Fingerabdrücke in den neuen E-Pass. *F.: Christian Fischer*

Bis dahin wird in der OeSD in Liesing eine Testserie einiger Zehntausend Reisepässe die aufwändigen Prozesse durchlaufen, die eine höchstmögliche Sicherheit der darauf gespeicherten Daten gewährleisten soll. Auch wenn die Fingerprints laut Innenministerium nicht in einer zentralen Datenbank gespeichert werden, sehen Datenschützer die Möglichkeit von Datenmissbrauch nicht ganz gebannt.

Eine Skepsis, die Thomas Zach, stellvertretender OeSD-Generaldirektor, zu zerstreuen versucht. „Der digitalisierte Fingerprint ist ebenso ein biometrisches Kennzeichen wie etwa Augenfarbe oder Größe eines Menschen – mit dem Unterschied, dass dieser optisch im Reisepass nicht zu sehen ist“, erklärt Zach. Sinn und Zweck des erweiterten E-Passes sei es zum einen, „den Bürgern ein Dokument zur zweifelsfreien ID-Feststellung zu geben, das mit möglichst hoher Wahrscheinlichkeit sicherstellt, dass Person und Dokument zusammengehören“, und zum anderen Fälschern das Nachmachen zu erschweren.

Die Fingerabdrücke werden von den zuständigen Ämtern mittels Scanner erfasst und über eine verschlüsselte, elektronische Verbindung an die OeSD übermittelt. „In dem Moment, in welchem dem Bürger sein Reisepass zugestellt wird, werden sämtliche Daten gelöscht“, sagt Zach. Die Personalisierung der Pässe erfolgt in einem von allen anderen Bereichen getrennten Hochsicherheitsraum, der nur von wenigen, staatlich überprüften Mitarbeitern betreten werden darf. Unknackbar ist zwar kein Chip, gibt Zach zu, doch jede Manipulation am E-Pass-Chip werde erkannt und beim Auslesevorgang angezeigt.

Google telefoniert

Internethandy kommt nach Österreich

Wien – Nach dem Start von Apples iPhone im vergangenen Sommer will der zweitgrößte österreichische Mobilfunkanbieter T-Mobile Austria nun mit dem Google-Handy G1 den heimischen Markt aufmischen. Ab 30. Jänner wird das auf dem von Google entwickelten Betriebssystem Android basierende und vom taiwanischen Hersteller HTC produzierte Internet-Handy bei T-Mobile um 99 Euro erhältlich sein. Beim Tarif „Extreme“ um 39 Euro im Monat gibt es 1000 Gesprächsminuten in alle Netze, ein Datenvolumen von 1 GB sowie 1000 SMS in alle Netze. (kat)

Websuche und Telefonieren *Foto: AP*

„USA mit gebrochenen Knochen“

Wegen der Restrukturierung des Finanzsektors erwartet Ökonom **Kenneth Rogoff** sieben magere Jahre in den USA. Das Ostrisiko heimischer Banken erfordere eine europäische Lösung, sagte er **Andreas Schnauder**.

STANDARD: *Einige blicken auf die Obama-Inauguration wie auf den Amtsantritt von Franklin D. Roosevelt und hoffen auf einen New Deal. Sind die Erwartungen vergleichbar?*
Rogoff: Nach der Ära Bush würde jeder neue Präsident mit offenen Armen empfangen. Die Leute hoffen, dass Obama zumindest einen Plan hat. Die Bush-Administration hatte keinen, es fehlte die politische Stärke. Obama hat das notwendige politische Kapital für weitreichende Maßnahmen.

STANDARD: *Doch schon bisher wurden weltweit Billionen Dollar in die Banken und Konjunkturprogramme gesteckt, ohne dass eine Erholung in Sichtweite wäre. Was kann da Obama noch draufsetzen?*
Rogoff: Präsident Bush und die US-Notenbank waren lange viel zu optimistisch. Es war absurd zu glauben, dass das 700 Milliarden Dollar schwere Rettungspaket für die Banken die Probleme lösen würde. Jetzt gibt es eine realistischere Beurteilung, auf der man aufbauen kann. Wir brauchen eine Restrukturierung des Sektors, bei der es zu einer konkursähnlichen Selektion kommt, bei der die Gläubiger auch Geld verlieren. Aber selbst das reicht nicht, wenn nicht neue Regulierungen greifen.

STANDARD: *Wie schätzen Sie die finanzielle Belastung der Hilfsprogramme ein?*
Rogoff: Wir haben herausgefunden, dass die Staatsverschuldung in typischen Wirtschaftskrisen in drei Jahren durchschnittlich um 80 Prozent steigt. Ein großer Teil kommt von Steuerrabatten, Investitionsanreizen und Bankenhilfen. In den USA rechne ich damit, dass die Staatsverschuldung von 46 auf mindestens 80 Prozent der Wirtschaftsleistung steigen wird.

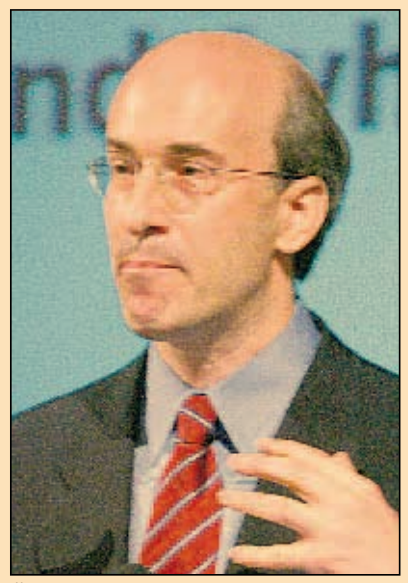
STANDARD: *Wer soll das bezahlen?*
Rogoff: Die USA können das. Nach dem Zweiten Weltkrieg hatten wir eine Verschuldung von 130 Prozent. Ein Teil davon wird inflationiert. Sehr skeptisch bin ich, was die Konjunkturstimuli anbelangt. Die Chance, dass damit irgendetwas Positives bewirkt wird, liegt in meinen Augen unter 50 Prozent. Aber die Unsicherheit ist so groß, dass ich diese Programme trotzdem unterstütze. Es ist der falsche Zeitpunkt, sich dagegen zur Wehr zu setzen.

STANDARD: *Wie wirkt sich die Verschuldung auf die Zinsen aus?*
Rogoff: Angesichts des riesigen staatlichen Finanzierungsbedarfs steigt die Gefahr höherer Zinsen. Die Zinsen für US-Staatsanleihen werden in zwei bis drei Jahren von derzeit rund zwei auf sieben bis acht Prozent steigen. Das setzt auch andere Länder mit hoher Verschuldung, wie Griechenland oder Italien, gewaltig unter Druck. Von den baltischen Staaten oder Ungarn ganz zu schweigen. Es würde in die historischen Muster passen, wenn es zu Ausfällen in osteuropäischen Ländern kommen sollte. Das heißt nicht, dass ganz Osteuropa kollabieren wird, aber weitere Stützungsmaßnahmen wie im Falle Ungarns werden notwendig.

STANDARD: *Derzeit wird breit diskutiert, ob die USA wieder rascher aus der Rezession herauskommen und Europa länger laboriert. Könnte das diesmal anders sein?*
Rogoff: Ich denke, die USA werden – selbst wenn der Abschwung 2010 oder 2011 enden sollte – eine lange Phase niedrigen Wachstums von ein bis zwei Prozent durchmachen. Diese Periode könnte fünf bis sieben Jahre dauern. Einerseits wegen der notwendigen Restrukturierung des Finanzsektors. Andererseits wegen des Umbaus in Richtung nachhaltiger Wirtschaft mit einer stärkeren Ausrichtung auf Umwelt, Infrastruktur und Gesundheit, wo wir die Versäumnisse der Vergangenheit bezahlen müssen. Zudem ist mit höheren Steuern zu rechnen. In dieser Anpassungsphase kann ich mir keine hohen Wachstumsraten in den USA vorstellen. Europa geht eher durch eine normale Rezession.

STANDARD: *Die Flexibilität der US-Wirtschaft wurde oft unterschätzt.*
Rogoff: Aber jetzt hat die US-Wirtschaft einige gebrochene Knochen, und in dieser Situation ist man nicht sehr flexibel. Wir haben den Finanzsektor verloren, der zuletzt acht Prozent zur Wirtschaftsleistung beigetragen hat. Der Anteil des Finanzsektors an den Unternehmensgewinnen lag sogar über 30 Prozent. Das ist über Nacht weg.

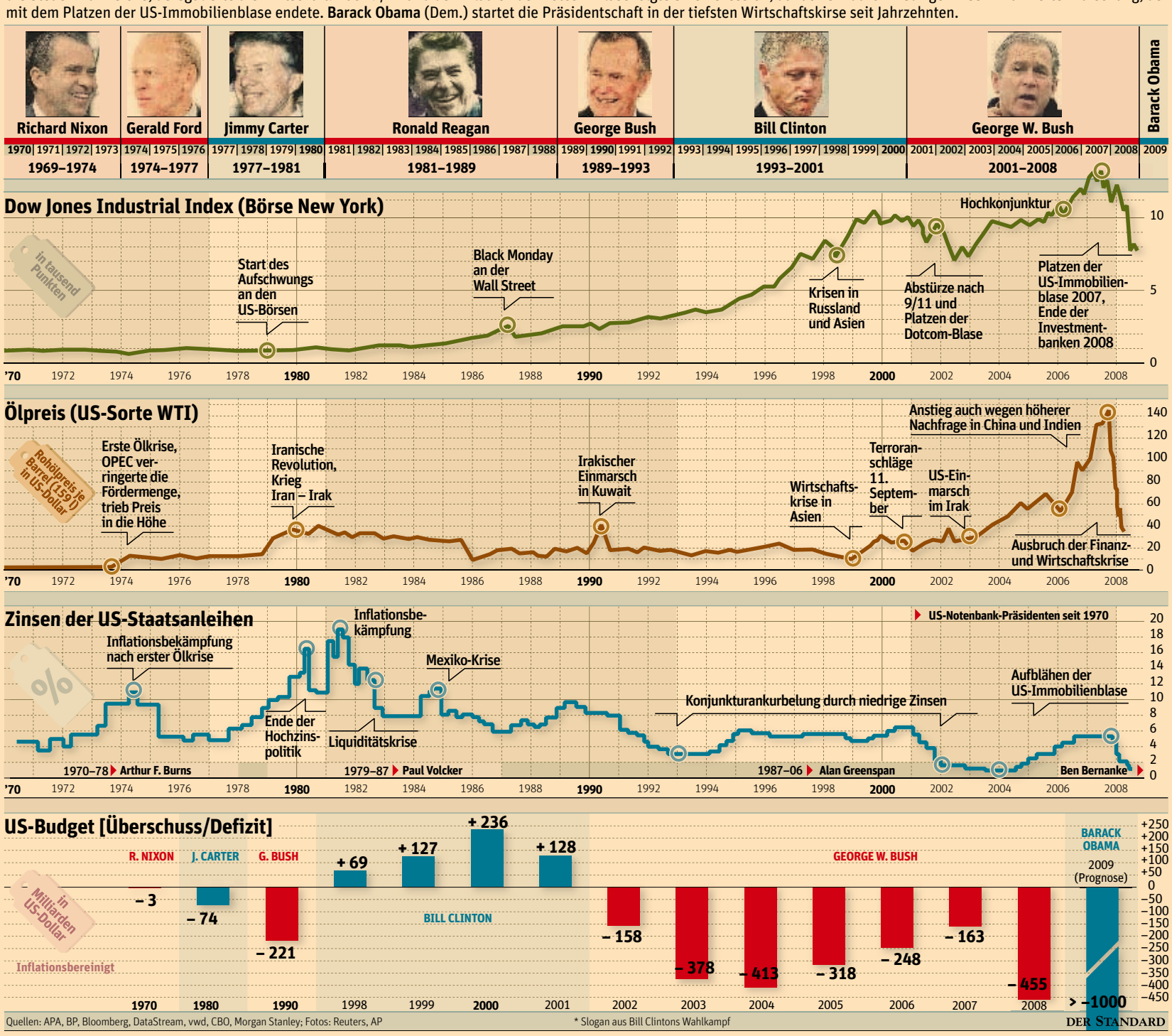
STANDARD: *Wie beurteilen Sie das von Österreichs Banken in Osteuropa eingegangene Risiko?*
Rogoff: Eine der größten Gefahren in Europa ist das Problem der österreichischen Banken und ihres Engagements in Osteuropa. Die Situation wäre auf europäischer Ebene zu managen, aber es scheint keinen Plan dafür zu geben. Ich plädiere für einen Lastenausgleich, bei dem die Banken die Kosten ihres Anteils tragen – ebenso wie italienische und andere Banken. Bei Fortis haben Luxemburg, Belgien und die Niederlande rasch eine Lösung gefunden. Aber die Komplexität ist im österreichischen Fall größer.


Ökonom Kenneth Rogoff ist skeptisch bei Hilfspaketen. *Foto: Fischer*

ZUR PERSON:
Kenneth Rogoff (55) lehrt an der Harvard University. Bis 2003 war er Chefökonom des Internationalen Währungsfonds. Seine Kolumnen erscheinen auch im STANDARD.

„ It’s the economy, stupid“* – US-Präsidenten und die Wirtschaftsentwicklung der USA seit 1970

Richard Nixon (Rep.) beendete die Weltwirtschaft-Nachkriegsordnung mit dem Ende für den Goldstandard. In seine Amtszeit fielen erste Ölkrise und hohe Inflation, die **Gerald Ford** (Rep.) übernahm. **Jimmy Carter** (Dem.) bekam eine schwere Rezession ab sowie die zweite Ölkrise. **Ronald Reagans** (Rep.) „Reaganomics“ bedeuteten Steuersenkungen, Militärausgaben und Budgetdefizite. Ein Aufschwung setzte ein. **George Bush sen.** (Rep) erhöhte die Steuern, obwohl er versprochen hatte, es nicht zu tun („Read my lips“). Die Sparkassenkrise stürzte die USA wieder in eine Rezession. **Bill Clinton** (Dem.) („The economy, stupid“) baute die Budgetdefizite ab, es setzte der New-Economy-Boom ein. **George W. Bush** (Rep.) senkte die Steuern für Reiche, deregulierte die Wirtschaft. Nach 9/11 und dem Platzen der Dotcom-Blase folgte eine Rezession, danach ein durch niedrige Zinsen finanzierter Aufschung, der mit dem Platzen der US-Immobilienblase endete. **Barack Obama** (Dem.) startet die Präsidentschaft in der tiefsten Wirtschaftskirse seit Jahrzehnten.



Quellen: APA, BP, Bloomberg, DataStream, vwd, CBO, Morgan Stanley; Fotos: Reuters, AP

* Slogan aus Bill Clintons Wahlkampf

DER STANDARD

Eine Obama-Billion für die darbende US-Wirtschaft

Washington – Sobald Barack Obama als 44. Präsident der USA angelobt ist, muss er sich sofort der darnieder liegenden Wirtschaft widmen. Voraussichtlich wird er mehr als eine Billion Dollar in die Hand nehmen (müssen).

■ Mit dem Kongress verhandelt Obama über ein **Konjunkturpaket** mit einem geplanten Umfang von 800 Mrd. Dollar – eine Kombination aus Steuerentlastungen und Investitionen, vor allem in die Infrastruktur, auch ins Bildungswesen.

■ Das **Budgetdefizit** könnte weiter steigen. Nach dem Rekord von 455 Mrd. Dollar im Vorjahr wird für heuer vom Kongress ein Haushaltsminus von 1186 Milliarden Dollar prognostiziert. Auch Obama selbst hat eingeräumt, dass es über die Grenze von 1000 Milliarden schießen könnte. Zum Vergleich: Die Regierung in Washington gibt jedes Jahr für alle Bereiche etwa eine Billion Dollar aus. Sozialprogramme kosten zusätzlich zwei Billionen Dollar. Die Kriege in Afghanistan und im Irak kosteten zusammen 850 Milliarden Dollar.

■ Der Kongress hat das **Bankenrettungspaket** (700 Mrd. Dollar) im Oktober genehmigt. Die ursprünglich vom scheidenden Finanzminister konzipierte Übernahme von faulen Krediten durch den Staat erwies sich aber als wenig taugliches Mittel zur Krisenbekämpfung. Nun wurden die Hilfsmaßnahmen erweitert. Aus dem Topf erhalten auch die maroden Autobauer General Motors und Chrysler Geld.

■ Der neue Präsident will künftig verstärkt **Eigenheimbesitzern** helfen, um Zwangsversteigerungen zu verhindern. Finanziell angeschlagene Städte sollen **Garantien für Kommunalanleihen** bekommen. Die **Auflagen für Unternehmen**, die mit Steuergeld unterstützt werden, sollen verschärft werden, damit nicht Manager und Aktionäre die Gelder über Dividenden abschöpfen können. (Reuters, szem)

Wofür kämpfen wir?

Der 27. März 1968. Soldaten werfen und schlagen ein paar Bälle, als wären sie zu Hause in Indiana, Iowa oder Nebraska an einem ruhigen Samstagnachmittag. Die Flagge weht aber über dem Militär-Camp im vietnamesischen Dorf Nui Kinson. Nach der Tet-Offensive im Jänner des Jahres, in der Nordvietnam seine militärische Schlagkraft demonstrierte, reagierte Präsident Lyndon B. Johnson auf die Proteste, zumal sich die Einschätzung durchgesetzt hatte, dass dieser Krieg nicht mehr gewonnen werden könne. Am 31. März erklärte Johnson das Ende der Bombardements auf Nordvietnam. Im Mai wurden in Paris Gespräche über einen Waffenstillstand aufgenommen. *Foto: Hulton-Deutsch Collection / Corbis*

EU genehmigt Garantie an die AUA

Die EU-Kommission hat am Montag eine zurückzuzahlende Soforthilfe in Höhe von 200 Millionen Euro an die Austrian Airlines genehmigt. Nun fordert auch Österreichs Industrie Staatsgarantien für ihre Anleihen.

Brüssel – Die staatliche Darlehensbürgschaft der ÖIAG für die Austrian Airlines (AUA) in der Höhe von 200 Millionen Euro wurde zu üblichen Marktkonditionen gewährt und ist auch nicht höher, als für die Rettung der Airline nötig. Das geht aus dem Prüfungsbericht der EU-Kommission hervor. Die Kommission hat deswegen keine Einwände gegen die Bürgschaft.

Die Entscheidung hat allerdings „lediglich eine kurzfristige Maßnahme zur Behebung von Liquiditätsproblemen zum Gegenstand", betonten Kommissionssprecher. Die 200 Millionen Euro sind innerhalb eines halben Jahres zurückzuzahlen. Offen ist noch die Genehmigung von 500 Millionen Euro an Umstrukturierungshilfen, die der AUA im Rahmen des Verkaufs an die Lufthansa von der ÖIAG gewährt wurden.

Auch über die Übernahme selbst ist noch keine Entscheidung gefallen. Experten gehen davon aus, dass die Übernahme zumindest einer vertieften Prüfung unterzogen wird, da Lufthansa und AUA auf machen Strecken – etwa nach Deutschland – nahezu ein Monopol besitzen.

Noch kein grünes Licht gibt es hingegen für Staatsgarantien, nach denen Österreichs Industrie im Windschatten des 100-Milliarden-Euro-Bankenhilfspaket lechzt. Wie die finanzielle Hilfestellung seitens des Steuerzahlers für die Industrie aussehen soll, weiß die Industriellenvereinigung (IV) hingegen sehr genau. IV-Präsident Veit Sorger skizzierte es am Montag, flankiert von Wienerberger-Chef Wolfgang Reithofer und Voest-General Wolfgang Eder: Die Republik soll Garantien für Industrieanleihen im Volumen von 15 Milliarden Euro übernehmen, weil sich Voest und Co „trotz erstklassiger Bonität auf dem Kapitalmarkt nur mehr schwer beziehungsweise nur sehr teuer refinanzieren" können.

Die Haftungen sollen zeitlich befristet sein, nur für gesunde Betriebe gelten und nicht über die Zeit nach 2012 hinausgehen, ansonsten aber tunlichst an keine Auflagen gebunden werden. Damit die Garantie kein Geschenk und EU-konform gestaltet sei, soll der Staat ein Garantieentgelt zwischen 0,4 und 0,8 Prozent bekommen.

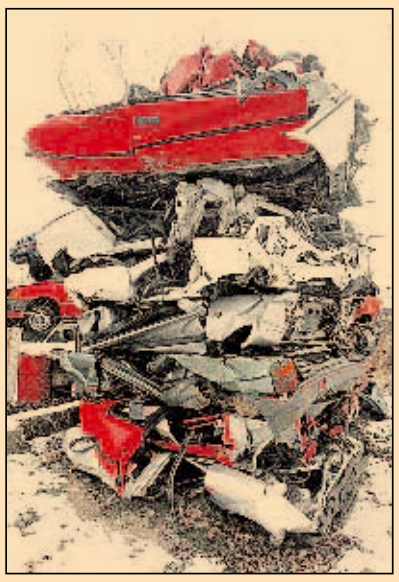
Direkte Staatsbeteiligungen, wie sie von hochrangigen Wirtschaftspolitikern hinter vorgehaltener Hand (und entgegen anderslautenden Beteuerungen) sehr wohl diskutiert werden, fürchtet die Industrie wie der Teufel das Weihwasser. Überhaupt brauche man das mit Staatshaftungen unterlegte Geld derzeit nicht dringend (Reithofer: „Unsere Finanzierung ist für die nächsten zwei bis drei Jahre gesichert.") und schon gar nicht zur Sicherung der Liquidität, versicherten die drei wortreich.

Aber weil Staatsgarantien in Frankreich oder Deutschland bereits Realität seien, wolle man im Sinne von Waffengleichheit auch welche. Wie geizig die Banken auf dem ihnen anvertrauten Geld sitzen, rechnete Voest-Chef Eder vor: Bis Juli 2008 sei eine Mrd. Euro Fremdkapital um sechs Prozent Verzinsung (200 Basispunkte) zu haben gewesen. Heute sei Kurzfristgeld nicht unter 1000 Punkten zu haben; bei mittelfristigen Ausleihungen gehe unter 450 bis 550 Punkten (etwa 8,5 Prozent) nichts. „Acht bis 14 Prozent Zinsen, das kann man nicht verdienen", so Reithofer. Zur Eile drängt die IV, weil in Westeuropa bereits 500 Milliarden Euro an staatlich garantierten Anleihen rollten und die Kapitalmärkte bald leergefegt sein würden. (mimo, ung)

Verschrottung: Handel soll mitzahlen

Wirtschaftsminister will, dass Autobranche Teil einer Prämie selbst übernimmt

Wien – Eine Woche haben die heimischen Fahrzeughändler – mit wortgewaltiger Unterstützung von Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl – benötigt, um Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner von der Einführung einer „Verschrottungsprämie" zur Belebung der lahmenden Autokonjunktur im Land zu überzeugen. Der Minister, ehemals Vizegeneralsekretär der Kammer, traf am Montagnachmittag mit Vertretern des Autohandels und der Importeure zusammen, um Details zu besprechen. Dem Vernehmen nach soll die Branche die Finanzierung der Hälfte einer künftigen Prämie übernehmen. Inwiefern dies abrechnungstechnisch funktionieren soll und inwiefern dies von den herkömmlichen Rabatten und Nachlassen, die im Autohandel üblich sind, abgegrenzt werden soll, konnte am Montag im Wirtschaftsministerium noch nicht beantwortet werden.



Wer seinen alten Stinker beerdigt, könnte Geld vom Staat sehen. *F.: APA*

Aus dem Finanzministerium, wo bisher eher die Skeptiker in Sachen Verschrottungsprämie zu finden waren (laut Finanzminister Josef Pröll waren – zumindest bisher – volkswirtschaftliche Wirkung und Kosten für den Steuerzahler nicht in gesunder Relation gestanden), scheint man sich mit der neuen Ausgabe abgefunden zu haben – da mehrere europäische Länder, darunter Deutschland, ebenfalls Verschrottungsprämien einführen (wollen). Über die hierzulande vorgesehenen Mittel will sich das Finanzressort nicht äußern.

Wenn, wie Mitterlehner in der ORF-Pressestunde angedeutet hatte, 50.000 Neuwagenkäufe mit einer Prämie für die „Verschrottung" eines mindestens zehn Jahre alten Altwagens mit 1000 bis 2500 Euro gefördert werden würden, käme man auf Kosten von insgesamt 50 bis 125 Mio. Euro (zum Vergleich: die Studiengebühren brachten dem Bundesbudget bis zur Teilabschaffung 150 Mio. Euro pro Jahr). Offen ist auch noch, inwiefern der CO_2-Ausstoß der gekauften Neuwagen die Höhe der Prämie beeinflussen soll. Der Fahrzeughandel fordert, dass die Prämie auch beim Kauf junger Gebrauchter („Vorführwagen") ausbezahlt werde.

Grüne und der Verkehrsclub Österreich kritisieren die „Reichen-Förderungsmaßnahme" als „klima- und umweltpolitisch höchst fragwürdig". Der ÖAAB verlangt die doppelte Prämie für junge Autokäufer. (szem)

KURZ GEMELDET

Kurzarbeit auch beim Chemieriesen BASF

Frankfurt – Die Wirtschaftskrise macht dem Chemie-Branchenprimus BASF immer mehr zu schaffen. BASF kündigte für einige Betriebe Kurzarbeit an. Im Februar sollen in Münster rund 1500 und in Schwarzheide 180 Mitarbeiter in Kurzarbeit gehen. Auch für weitere Standorte sei Kurzarbeit nicht ausgeschlossen. Am Stammsitz ist keine Kurzarbeit geplant. (Reuters)

Auslandsinvestitionen massiv gesunken

Wien – Die weltweiten Auslandsinvestitionen sind 2008 um 21 Prozent auf 1450 Mrd. Dollar (1100 Mrd. Euro) abgesackt und werden 2009 wahrscheinlich weiter fallen, schreibt die UN-Entwicklungsorganisation (UNCTAD) in ihrer ersten Schätzung für die Entwicklung der globalen Direktinvestitionen. Österreich ist mit einem Minus von 57,9 Prozent von 30,7 auf 12,9 Mrd. Dollar demnach besonders stark betroffen. (APA)

Tauziehen um die Milch: Handel erhöht die Preise

Wien – Milch wird teurer: Der Diskonter Hofer gibt dem Druck der Bauern nach und hat den Preis für den Liter Frischmilch von 69 auf 75 Cent bei den Eigenmarken und von 75 auf 79 Cent bei Handelsmarken erhöht. Spar zieht nach und hebt den Preis für sein Eigenlabel diese Woche von 69 auf 75 Cent an. Rewe Austria wartet noch ab. (APA)

Dorotheum startet mit Immo-Versteigerungen

Wien – Das Dorotheum startet mit der Versteigerung von Immobilien. Ermöglicht wurde der neue Geschäftszweig, durch eine Gesetzänderung, die freiwillige Auktionen von Immobilien seit Jänner zulässt. Der Verkäufer zahlt abhängig vom Verkaufspreis eine Versteigerungs-Gebühr von zwei bis fünf Prozent des Immobilienwertes. Der Käufer eine Provision von 2,5 bis sechs Prozent. Geleitet wird die neue Dorotheum-Tochter von Isabella Jandl und Konrad Abenspergg-Traun. (cr)

DER STANDARD **Webtipp:**
www.dorotheum.at/immobilien

GANZ KURZ

+++ Lkw Der MAN-Konzern baut wegen der Absatzflaute an 42 Tagen im ersten Halbjahr keine Lkws.

+++ Gatwick Um den zum Verkauf stehenden Londoner Flughafen Gatwick will sich neben den London City Airports auch ein Konsortium um die Deutsche-Bank-Tochter RREEF bewerben.

NAMEN

Wolfgang Anzengruber (52), seit Anfang 2009 Vorstandsvorsitzender des Verbund, ist ab sofort auch Präsident des Verbands der Elektrizitätsunternehmen Österreichs (VEÖ). Das neunköpfige Präsidium hat den gebürtigen Oberösterreicher am Montag für drei Jahren an die Spitze des Verbands gewählt. Anzengruber löst den früheren Verbund-Chef Michael Pistauer ab, der in Pension gegangen ist. (stro) *Foto: APA*

Die Leasingholding der Kärntner Hypo Group Alpe Adria wird ab sofort von **Alexander Schmidecker** (42) geführt. Schmidecker ist gebürtiger Kärntner und seit 1994 im Bankgeschäft tätig. Zuletzt war er für die italienische UniCredit Global Leasing in Wien für 14 Länder im südosteuropäischen Raum zuständig. (cr) *F.: Hypo*

Das Vietnam-Syndrom

Die Stars and Stripes aus 85.000 Blumen im Hintergrund schmücken das Washingtoner Vietnam Memorial am Veterans Day, dem 11. November 1986. Die Tragik der Vietnam-Soldaten, die traumatisiert aus dem Krieg, der nicht zu gewinnen war, zurückkehrten, und keinen Platz mehr in der Gesellschaft fanden, beschäftigt die Literatur- und Filmproduktion mehr als die Politik. Obwohl die Veteranen den Hurra-Patriotismus auf den Schlachtfeldern Vietnams zurückgelassen haben, sind die Stars and Stripes ihr Banner.

Foto: Bettmann/Corbis

Amerikaner lernen, den Gürtel enger zu schnallen

Der legendäre Optimismus der Amerikaner hat eine Delle bekommen, das Land des Konsums lernt zu sparen. Barack Obama muss auch Cheerleader der Nation sein und für Aufbruchsstimmung in der Wirtschaft sorgen.

Frank Herrmann aus Washington

Der legendäre Optimismus der Neuen Welt hat eine Delle bekommen wie schon lange nicht mehr. Man merkt es schon an den Vorsätzen fürs neue Jahr. Das Marist College, nahe New York, hat ihnen wie immer eine Umfrage gewidmet und ist dabei zu erstaunlichen Ergebnissen gelangt. 20 Prozent der Amerikaner wollen abnehmen, 16 Prozent mit dem Rauchen aufhören, zwölf Prozent haben sich vorgenommen, weniger Geld auszugeben. Damit landet das Sparenwollen auf dem dritten Platz der Prioritätenskala, so weit oben wie lange nicht mehr.

Willkommen in einem Amerika, das lernt, den Gürtel enger zu schnallen. Es ist ein völlig neuer Befund in einem Land, dessen erwachsene Bewohner durchschnittlich 13 Kreditkarten besitzen und in dem man bis vor kurzem Häuser ohne jedes Eigenkapital kaufte. Der neue Trend zum Maßhalten zeigt sich auch auf den Konten. Im April 2008 lag die Sparquote noch bei Null, im November legten die US-Bürger bereits 2,6 Prozent ihres Geldes auf die hohe Kante.

Auch Nouriel Roubini ist kein belächelter Außenseiter mehr. Der Ökonomieprofessor an der New York University hat korrekt vorhergesagt, wie die Wirtschaft auf Talfahrt gehen würde. Er hat das Platzen der Immobilienpreisblase vorausgesehen, die Krise der Subprime-Hypotheken und schließlich die Kreditkrise. „Die Rezession dauert bis Ende 2009“, sagt Roubini heute. Die Wirtschaftsleistung werde um vier bis fünf Prozent zurückgehen, die Arbeitslosigkeit auf neun Prozent klettern, der Aktienindex Dow Jones auf 7000 Punkte fallen, ehe er sich wieder erholt. „Aber dann“, sagt er, „werde ich der Erste sein, der den Aufschwung ausruft“.

Barack Obama bemüht Krankenhausvokabeln, um die Lage zu charakterisieren. Der Patient sei schwer krank, zunächst gehe es darum, ihn zu stabilisieren. Das sind deutlich skeptischere Töne, als man sie von dem begnadeten Rhetoriker kennt. Eigentlich passen sie nicht zu Obama. Der hatte die Wähler ja gerade deshalb für sich gewonnen, weil er geschickt an ihr Grundgefühl des Ärmel-Hochkrempelns, des fest in der nationalen Psyche verankerten Aufbruchs zu neuen Ufern appellierte.

Neue Bescheidenheit

Aber nun bestimmt etwas wie neue Bescheidenheit die Psyche. Die Mehrheit stellt sich laut *New York Times* darauf ein, dass die Rezession mindestens noch zwei Jahre dauert. Niemand erwartet also Wunderdinge von Barack Obama. Dennoch, Tyler Cowen, Ökonomieprofessor an der George Mason University, glaubt, dass der neue Präsident an alte rhetorische Höhenflüge anknüpfen muss. Halb Cheerleader der Nation, müsse er sein, halb eine Art Sigmund Freud. „Er wird Ruhe ausstrahlen und unsere ökonomischen Stärken herausstreichen müssen“, sagt Cowen. „Manches davon mag Wunschdenken sein, aber allein eine positive Grundhaltung kann die Realität verbessern.“

Spätestens Mitte Februar will Obama sein 825 Milliarden Dollar (635 Mrd. Euro) teures Konjunkturpaket unter Dach und Fach haben. Straßen sollen gebaut, Brücken repariert, Breitbandverbindungen verbessert, Schulen renoviert werden. Vorbild ist Franklin D. Roosevelt, der Präsident des „New Deals“. Es geht um massive Investitionen in die Infrastruktur, die wohl auch ohne Krise bitter nötig gewesen wären. Man kann die großen Worte vom Aufbruch auch weglassen und es nüchterner formulieren: Es geht darum, den Anschluss zum Rest der westlichen Welt nicht zu verlieren.

Die Angewohnheit, dauernd irgendetwas zu essen

Der Komplex Essen/Food-Industrie/Umwelt/Gesundheit ist ein gordischer Knoten – auch für die neue Regierung

Michael Freund

Im Trubel um Milliardenpleiten, Arbeitslosigkeit und Kriege ging die Ernennung von Tom Vilsack fast unter. Dabei ist sie durchaus eine wichtige Weichenstellung für das Leben in Amerika.

Vilsack war Gouverneur von Iowa, und Obama hat ihn zu seinem Landwirtschaftsminister gemacht. Damit erteilte der Präsident allen eine Abfuhr, die gehofft hatten, dass er ein großes Problem Amerikas gleich grundsätzlich angehen würde. Dass er einen gordischen Knoten von Problemen zerschlagen werde: die Nahrungsmittelproduktion und -industrie, die durch sie verursachten Umweltschäden, die immer schlechteren Essgewohnheiten vieler Amerikaner und die damit verbundenen wachsenden gesundheitlichen Folgen und entsprechende Kosten.

Iowa ist nicht der Boden, auf dem Alternativen wachsen. Vielmehr blühen und gedeihen dort üppig gedüngte, mit Pestiziden behandelte, auch genetisch modifizierte Monokulturen. Nach Iowa reist jeder Politiker, der die Unterstützung der Nahrungsmittelindustrielobby braucht. Hillary Clinton hatte sie, Vilsack, ein Anwalt mit guten Beziehungen zum Agro-Business, war im Vorwahlkampf auf ihrer Seite.

Damals, im vergangenen Frühjahr, war der auf Ernährungs- und Umweltfragen spezialisierte Autor Michael Pollan noch zuversichtlich, dass Obama eine andere Richtung einschlagen würde. Die jetzige sei eine Sackgasse, sagte er. Was die Amerikaner zu sich nehmen, sei immer weniger „Food“ – also Lebensmittel –, dafür Substanzen aus Labors, mit künstlichen Zusätzen verarbeitet und mit maximalem Profit vermarktet.

Und immer mehr davon, ohne Einwände: Die Nahrungsmittelindustrie hat durchgesetzt, dass alle Empfehlungen der obersten US-Gesundheitsbehörden vage bleiben und vor allem nie sagen dürfen, man möge *weniger* von irgendetwas – vor allem Fleisch, Fett, Zucker – essen.

Für Pollan ebenso wie für Marion Nestle, Mitverfasserin des Regierungsberichts über Ernährung und Gesundheit 1988, ist das Grundsätzliche einfach gesagt: „Esst Lebensmittel *(statt siehe oben)*. Nicht zu viel. Vor allem Pflanzliches.“

Die Wirklichkeit aber ist kompliziert, und Nestle ist sich der Widerstände gegen das, was für sie eine vernünftige Agrar- und Ernährungspolitik hält, bewusst: „Seit den Siebzigerjahren wurden Farmer dafür mit Subventionen belohnt, dass sie so viel wie möglich produzierten. Das Resultat war ein Anstieg der täglichen Kalorien pro Kopf von 3200 auf 3900. Dazu kam, dass die Produktion immer mehr unter den Druck der Shareholder geriet und dass der Kongress das an Kinder gerichtete Marketing von Lebensmittel deregulierte. Man hat die Leute daran gewöhnt, dauernd irgendetwas zu essen, die Prozentzahlen an Übergewicht sind dementsprechend erschreckend hoch.“

Keine Kultur ist so besessen von neuesten Diäten und „richtigem“ Essen wie die amerikanische Mittelschicht, und keine Esskultur gilt unter Experten, die internationale Daten vergleichen, als so ungesund wie die „western diet“, also das, was auch wir in immer größerem Maß zu uns nehmen.

Pollan plädiert dafür, Essen wieder als Kulturgut ernst zu nehmen und seiner industriellen Beschleunigung und den damit verbundenen Zivilisationskrankheiten entgegenzuwirken.

Gute Nahrung hat allerdings ihren Preis. Die gegenwärtigen Krise, sagt Nestle, arbeite eher den industriellen Großproduzenten in die Hände. „Und Obama ist bisher als Zentrist an die Probleme herangegangen. Doch wir dürfen die Hoffnung nicht aufgeben.“

Marion Nestle: Food Politics (2002); Michael Pollan: In Defense of Food (2008). The Omnivore's Dilemma (2006). Die Originalfassung des Interviews mit Nestle unter:
derStandard.at/Wirtschaft

F & C PORTFOLIOS FUND

Société d'Investissement à Capital Variable
Gesellschaftssitz: 2-8 avenue Charles de Gaulle, L-1653 Luxemburg
R.C.S. Luxembourg B 25 570

EINBERUFUNG DER JÄHRLICHEN HAUPTVERSAMMLUNG

Die Aktionäre des F&C Portfolios Fund (der "Fonds") werden hiermit zur jährlichen Hauptversammlung des Fonds eingeladen, welche am Donnerstag, dem 29. Januar 2009 um 11.30 Uhr (Luxemburger Zeit) am Sitz der Gesellschaft, 2-8 avenue Charles de Gaulle, L-1653 Luxemburg stattfinden wird.

Die Hauptversammlung wird über folgende Punkte der Tagesordnung entscheiden:

TAGESORDNUNG:

1. Zustimmung des jährlichen Berichts des Verwaltungsrates einschließlich der Buchhaltung der Gesellschaft für das am 30. September 2008 abgelaufene Geschäftsjahr und Zustimmung des Berichts des Wirtschaftsprüfers hierzu;
2. Zustimmung der Jahresbilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung zum 30. September 2008 und der Verteilung der Nettogewinne;
3. Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates für das zum 30. September 2008 abgelaufene Geschäftsjahr;
4. Anerkenntnis des Rücktritts der Herren Simon Airey zum 11. Marz 2008 und Roberto Seiler zum 25. November 2008;
5. Anerkenntniss der Hinzuwahl von John Carachalios als Mitglied des Verwaltungsrats der Gesellschaft ab den 25. November 2008;
6. Wahl der Herren Laurence Llewellyn, Antonio Thomas, John Carachalios, Scott Stevens, Allegra van Hövell und Jacques Elvinger als Mitglieder des Verwaltungsrates, wobei das jeweilige Mandat sich bis zur nächsten jährlichen Hauptversammlung der Aktionäre und bis ein rechtmäßiger Nachfolger gewählt wird, erstrecken soll;
7. Zustimmung der Erhöhung der Vergütung des Aufsichtsratsvorsitzenden auf €22.000 pro Jahr, sowie der Erhöhung der Vergütung der unabhängigen Vorstandsmitglieder auf €11.000 pro Jahr;
8. Wahl des Wirtschaftsprüfers für das folgende Geschäftsjahr;
9. Sonstige Angelegenheiten, die formgerecht der Versammlung vorgelegt werden.

Wahlmodus:

Die auf der Tagesordnung anstehenden Entscheidungen bedürfen keines Quorums. Die Entscheidungen werden vielmehr anhand eines Mehrheitsvotums der Aktionäre, welche bei der Versammlung anwesend oder vertreten sind, getroffen. Jede Aktie berechtigt ihren Eigentümer zu einer Stimme. Ein Aktionär kann sich durch eine bevollmächtigte Person vertreten lassen.

Wahlvereinbarung:

Aktionäre, die an der Teilnahme der Hauptversammlung verhindert sind, können sich durch Vollmacht vertreten lassen, deren Formular am Sitz des Fonds verfügbar ist. Das Formular soll ordnungsgemäß ausgefüllt werden und spätestens bis zum Ende des Bankgeschäftstages am 27. Januar 2009 an den Fonds, B.P. 403, L-2014 Luxemburg, per Fax +(00) 352 47 40 66 707 und per Post zurückgesandt werden.

Der Verwaltungsrat

„Obama fehlt ein Masterplan“

Der US-Ökonom und grüne Querdenker **Jeremy Rifkin** ist vom Team rund um Barack Obama enttäuscht. Was der neue Präsident gegen die drei drohenden großen Weltkrisen wirklich unternehmen sollte, erzählt er **Eric Frey**.

Jeremy Rifkin über Barack Obama: „Er ist im amerikanischen Traum aufgewachsen, aber er versteht auch den europäischen Traum von Lebensqualität, Nachhaltigkeit und Gemeinschaft.“ *Foto: Andy Urban*

STANDARD: *Manche erwarten von Barack Obama einen grundlegenden wirtschaftspolitischen Kurswechsel, andere nur eine Rückkehr zum vorsichtigen Pragmatismus der 90er-Jahre. Was wird es werden?*
Rifkin: Das ist die große Frage. Obama hat im Wahlkampf zwar den Wechsel versprochen, aber in seinem Team sind vor allem Zentristen aus der Clinton-Regierung. Viele von ihnen sind Insider aus der Finanzindustrie und haben die Krise nicht vorhergesagt. Ich habe seit acht Jahren die finanzielle Kernschmelze prognostiziert. Wenn ich das kommen gesehen habe, warum dann Obamas Leute nicht? Das macht mir Angst.

STANDARD: *Aber vielleicht haben Sie jetzt die richtigen Antworten.*
Rifkin: Das Geld, das jetzt ausgegeben werden soll, ist wie ein Wundverband. Das wird nicht funktionieren. Diese Krise hat sich über 20 Jahre aufgebaut, sie ist nicht in wenigen Jahren zu lösen. In den Neunzigerjahren gab es den Mythos, dass die USA dank ihres Unternehmertums zum Motor der Weltwirtschaft geworden ist. Dabei wurde bloß mit billigen Krediten eine Verschuldungswirtschaft aufgebaut. Die gesamte private Verschuldung der Amerikaner beträgt 12,5 Billionen Dollar. Man kann nicht genug Geld in die Wirtschaft hineinstecken, um diesen Schuldenberg abzubauen. Wir sind pleite.

STANDARD: *Was ist die Alternative zu Obamas Programm?*
Rifkin: Wir haben es mit drei großen Krisen zu tun: Erstens das Ende der zweiten industriellen Revolution und die Krise jener Globalisierung, die darauf aufbaut; zweitens das Ende des fossilen Zeitalters und die Energiekrise; und drittens der Klimawandel, der die menschliche Zivilisation auslöschen könnte. Obama versteht alle drei, aber er kann die Punkte nicht miteinander verbinden. Es fehlt ihm ein Masterplan, eine politische Vision. Wir brauchen ein völlig neues Narrativ für eine neue Zivilisation, die uns von der zweiten industriellen Revolution und der festgefahrenen Globalisierung in eine neue Energie-Ära ohne Emissionen führt.

STANDARD: *Ist nicht gerade in der Klimapolitik die Chance für einen echten Wandel groß, auch dank des Energieministers Steven Chu?*
Rifkin: Wir haben alle das Tempo des Klimawandels unterschätzt. Chu versteht wohl das Ausmaß des Problems, aber versteht es Obama? Ich bezweifle es. Er ist zumindest nicht so weit wie Merkel, Zapatero oder Barroso in Europa. Ich sehe zwar einige gute Leute in der Obama-Regierung, aber nicht die, die ein Narrativ für eine neue Welt schaffen können. Wir haben erstmals Licht, aber es ist noch kein heller Sonnenschein.

STANDARD: *Für eine energiepolitische Wende in den USA müssten die niedrigen Treibstoffsteuern steigen. Kann Obama das durchbringen?*
Rifkin: Wir brauchen eine echte CO_2-Steuer, aber Obama wird sich eher für einen Emissionshandel entscheiden. Das ist nur ein erster Schritt und schafft vor allem Bewusstsein. Eine CO_2-Steuer in Washington zu verkaufen wird ihm schwer fallen. Und eine CO_2-Steuer allein wird wenig bewirken, wenn nicht gleichzeitig eine völlig neue Energie-Infrastruktur geschaffen wird.

STANDARD: *Was meinen Sie damit?*
Rifkin: Obama denkt in getrennten Kategorien: Geld für die Infrastruktur, Sonnenenergie, Windräder, saubere Brennstoffe. Aber diese Energie muss auch gesammelt werden. Der Schlüssel sind die Gebäude, sie sind die Hauptverursacher des Klimawandels, aber sie sind auch die Lösung, denn sie können zu Kraftwerken umgewandelt werden, die Energie von überall sammeln und mehr Energie abgeben, als sie verbrauchen. Die neue GM-Fabrik in Spanien kann dies bereits. Mit Wasserstoff wird diese Energie gespeichert und über neue Netzwerke dezentral verteilt – sowie Information über das Internet. Das ist die nächste Infrastruktur-Revolution, die kommen muss.

STANDARD: *Wären Obamas Erfolgschancen höher, wenn er statt erfahrenen Pragmatikern Revolutionäre in sein Kabinett genommen hätte?*
Rifkin: Am besten hat man beides, Pragmatiker und prophetische Stimmen, die das Denken verändern. Dieses Gleichgewicht ist bei ihm nicht da. Und er könnte sein politisches Kapital in sechs Monaten verspielen. Viele Amerikaner glauben, dass die Krise in einigen Monaten vorbei sein wird.

STANDARD: *Aber Obama sagt genau das Gegenteil.*
Rifkin: Ja, aber er braucht nun eine echte Spielstrategie. Roosevelt hatte nie eine. Im New Deal wurden bloß bestehende Projekte umgesetzt. Damit wurden die USA nicht aus der Depression geführt. Das geschah erst durch den Zweiten Weltkrieg. Und erst danach wurde die Infrastruktur für die zweite industrielle Revolution geschaffen.

STANDARD: *Krieg statt New Deal als Modell für Obama?*
Rifkin: Kein echter Krieg, aber wir sollten uns wie im Krieg gegen den globalen Kollaps fühlen.

STANDARD: *Denkt Obama eigentlich europäisch?*
Rifkin: Intellektuell ja, emotionell fällt es ihm schwer. Er ist im amerikanischen Traum aufgewachsen, aber er versteht auch den europäischen Traum von Lebensqualität, Nachhaltigkeit und Gemeinschaft. Er weiß, dass der Markt sozialen Ausgleich benötigt.

STANDARD: *Sie setzen auf einen tieferen Dialog zwischen den USA und der EU. Kann Europa in diesem Prozess etwas von Amerika lernen?*
Rifkin: Ja es, ist erstaunlich, dass gerade die USA den ersten multikulturellen Präsidenten gewählt haben. Europa kann von Amerika lernen, wie man Geschichten aus der ganzen Welt zusammenführt und daraus etwas Neues macht. Das macht Amerika so faszinierend.

ZUR PERSON:
Der US-Ökonom und Publizist Jeremy Rifkin (65) leitet die Foundation on Economic Trends (FOET) in Washington. Er berät mehrere Regierungen und die EU-Kommission. Er schrieb u. a. „Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft“, „Der Europäische Traum“ und „The Hydrogen Economy“. www.foet.org

Das Weiße Haus setzt auf grünen Strom

Obama will Wende in der Energiepolitik – Aussicht auf mehr Geld für Forschung

Alexandra Riegler

Washington – Seit der Physiker und Klimaschutzexperte John Holdren als Wissenschaftsberater an der Seite Barack Obamas feststeht, scheint für Beobachter außer Zweifel zu sein: Die USA stehen vor einer Wende in der Energiepolitik. Eine Woche davor hatte sich Obama für „Windfarmen, Solaranlagen und treibstoffsparende Autos“ ausgesprochen und den Physiknobelpreisträger Steven Chu als seine Wahl zum Energieminister bekannt gegeben.

Knappe Mittel

Chu leitete in Kalifornien das Lawrence Berkeley National Laboratory (LBNL), eines der wichtigsten Energieforschungsinstitute des Landes. Er gilt als Verfechter alternativer Energiegewinnung. Bald schon, so heißt es, könnten die USA ein Emissionshandelssystem implementierten, das dem europäischen zumindest in Grundzügen gleicht.

Es scheint festzustehen, dass Forschung im Energiebereich wichtiger werden soll. Mit einem Budget von 24 Milliarden Dollar (18,2 Mrd. Euro) hat Chu ein Ministerium, das 17 Forschungseinrichtungen von Atomwaffen bis Teilchenphysik betreibt.

Für Energie blieb dabei zuletzt wenig übrig: 2008 waren es 1,4 Mrd. Dollar. Die Inflation eingerechnet, ergibt das ein knappes Viertel des Budgets von vor 30 Jahren, rechnet das Wissenschaftsmagazin *Nature* vor. Ein Blick auf die Zahlen der American Association for the Advancement of Science (AAAS) bestätigen den bescheidenen Anteil der Energieforschung am Förderkuchen. Einzig Ende der 1970er-Jahre waren Energie, Raumfahrt und Medizin in etwa gleichauf.

Zwischen Wille und Weg stehen derzeit Rezession und Budgetdefizit. Ob der Bedarf an erneuerbaren Energielösungen mehr Geld für die Forschung bedeutet, ist also fraglich. „Die meisten sagen, wenn es *(eine Erhöhung; Anm.)* nicht im Stimuluspaket ist, dann wird es 2009 nicht mehr passieren“, sagt Norman Neureiter, Direktor des AAAS Center for Science, Technology and Security Policy. Fraglich sei, wie viel Forschung sich in ein Paket, das die Wirtschaft ankurbeln soll, hineinargumentieren ließe.

Chu hat in seinem Forschungsinstitut, das zum Energieministerium gehört, derzeit 4000 Mitarbeiter und ein Budget von 600 Mio. Dollar. Mit seiner Hilfe eingeworbene Projekte haben teils beachtliche Ausmaße, darunter einen Etat über eine halbe Milliarde Dollar, der maßgeblich von British Petroleum (BP) kommt und das Energy Biosciences Institute finanziert. Forschungsinhalt ist die Entwicklung von Biotreibstoffen. Während Mais als Grundlage für Biobenzin als begrenzt umweltverträglich gilt, ist man bei Zellulose nicht weit genug. „Zellulose ist noch nicht reif fürs Hauptabendprogramm“, sagt Neureiter.

Kohle bearbeiten

Die Ausrichtung des Lawrence Berkeley National Laboratory auf Energiegewinnung mit geringem CO_2-Ausstoß trägt Chus Handschrift. Neben „grünen“ Technologien wie Wind- und Sonnenenergie arbeiten Forscher daran, Kohle umweltverträglicher zu machen. Der Atomkraft-Befürworter Chu gilt bei manchen Umweltschützern als Pragmatiker. Daher ist er politisch eine geschickte Wahl.

Die Budgetentwicklungen im Bereich der Atomenergie verfolgt der Österreicher Achim Seifter, Forscher am Los Alamos National Laboratory (LANL), mit Interesse. Eines seiner Forschungsthemen ist Kernfusion. „Diese benötigt zwar noch 20 Jahre bis zum Einsatz in der Energiegewinnung, dann ist sie, im Gegensatz zur Kernspaltung, allerdings sauber.“ Sollte die neue Regierung, durch die Wirtschaftskrise unter Druck, auf kurzfristige Ergebnisse abzielen, könnte das Thema einen herben Rückschlag erleiden, fürchtet Seifter.

Treibende Wirtschaftskraft

Das Forschungszentrum in Los Alamos, einst einer der Standorte des Manhattan-Projekts zur Entwicklung der Atombombe, erstreckt sich über 100 Quadratkilometer und ist eine treibende Kraft für die Wirtschaft des Bundesstaates. Sollte zu viel Geld nach Kalifornien gehen, könnten die anderen Laboratorien des Energieministeriums das Nachsehen haben, argumentiert Seifter. Die derzeitige Finanzierungssituation sei verbesserungswürdig. „Mit den Budgets geht es bergab, die Bürokratie wird aufwändiger“, fasst der Physiker zusammen.

Obama ist nicht erste Präsident, der versucht, die Energiepolitik des Landes zu ändern. Etwa Jimmy Carter und George Bush sen. hätten es vor ihm versucht, sagt Neureiter: „Doch wenn der Ölpreis sinkt, kaufen die Leute wieder große Autos und vergessen.“

Team

Chefstratege David Axelrod (links) und Kampagnenmanager David Plouffe haben für Obama den besten Wahlkampf aller Zeiten hingelegt. In die Vorwahlsaison starteten sie in Umfragen 30 Punkte hinter Hillary Clinton. Sie schlugen die gefürchtete Clinton-Wahlkampfmaschine und die Republikaner ebenso. Mit beiden ist Obama befreundet, Axelrod folgt ihm ins Weiße Haus. *Fotos: EPA, AP*

Universität

Barack Obama hat einen Abschluss in Politikwissenschaften (Fokus: Internationale Beziehungen) an der Columbia University in New York gemacht. Ende der 1980er-Jahre ging er zum Jus-Studium nach Harvard (Bild) und avancierte dort zum ersten schwarzen Präsidenten der *Harvard Law Review*. Auch als Anwalt blieb er den Unis treu, in Chicago unterrichtete er Verfassungsrecht. *Foto: AP*

JOSEPH E. STIGLITZ

Steiniger Weg zur Erholung

Es herrscht Konsens, dass Amerikas Rezession lang und tief sein wird. Ich habe die Vorstellung, dass das, was in Amerika passiert ist, vom Rest der Welt abgekoppelt wäre, immer für einen Mythos gehalten. Die Ereignisse belegen diese Einschätzung.

Glücklicherweise hat Amerika endlich einen Präsidenten, der das Problem versteht und sich zu einem kräftigen Konjunkturprogramm verpflichtet hat. Zusammen mit den Maßnahmen anderer Regierungen bedeutet dies, dass der Abschwung weniger stark wird, als er es sonst wäre. Die US-Notenbank Fed, die durch exzessive Liquidität und lasche Regulierung zur Entstehung der Probleme beigetragen hat, versucht dies wiedergutzumachen, indem sie die Wirtschaft mit Liquidität überschwemmt. Es überrascht nicht, dass diejenigen, die das Desaster nicht kommen sahen, bei seiner Bewältigung keine Meisterleistung erbracht haben.

In gewisser Weise ähnelt die Fed einem betrunkenen Fahrer, der bemerkt, dass er von der Straße abkommt und zu schleudern beginnt. Die Antwort auf den Mangel an Liquidität ist mehr Liquidität. Wenn die Wirtschaft sich erholt und Banken anfangen, Kredite zu vergeben, werden sie dann in der Lage sein, die Liquidität reibungslos abzuzapfen? Steht den USA Inflation bevor? Oder wird die Fed überreagieren und den Aufschwung im Keim ersticken? Angesichts der bislang unbeständigen Führung können wir nicht viel Vertrauen haben. Dennoch bin ich nicht sicher, ob einige der Probleme genug Beachtung erhalten, ohne diese ist es unwahrscheinlich, dass die globale Rezession Wachstum weicht.

Die USA haben eine wichtige Rolle dabei gespielt, die globale Wirtschaft am Laufen zu halten. Amerikas Verschwendungssucht wurde kritisiert. Doch vielleicht sollte die Welt dankbar sein, denn ohne sie wäre die globale Nachfrage nicht ausreichend gewesen. Früher füllten Entwicklungsländer diese Rolle, indem sie Handels- und Haushaltsdefizite produzierten. Sie bezahlten einen hohen Preis. Jetzt sind Finanzverantwortung und konservative Geldpolitik in Mode. Tatsächlich akkumulierten viele Entwicklungsländer in der Angst, ihre wirtschaftliche Souveränität an den IWF zu verlieren, Reserven in Höhe von hunderten Mrd. Dollar. Zudem bedeutet die Ungleichheit, dass Geld von denen, die es ausgeben würden, an jene übergegangen ist, die so wohlhabend sind, dass sie es nicht vollständig ausgeben können.

Der Hunger nach Öl hat einen dritten Faktor beigesteuert. Die steigenden Ölpreise haben Geld an ölreiche Länder fließen lassen, was zur Liquiditätsschwemme beitrug. Obwohl die Ölpreise nun gebremst wurden, könnte eine stabile Erholung sie wieder nach oben treiben. Eine Zeitlang sprach man fast beifällig von Liquiditätsschwemme. Doch war diese nur die Kehrseite dessen, worüber Keynes sich sorgte: eine ungenügende globale Gesamtnachfrage. Das Gewinnstreben trug zu der rücksichtslosen Verschuldung und Risikobereitschaft bei, die dieser Krise zugrunde lagen.

Eine Zeitlang wird die US-Regierung die Aufstockung der Ersparnisse der Verbraucher teilweise ausgleichen. Doch wenn Konsumenten ihr Erspartes auf vier, fünf Prozent des BIP steigern, wird der schwächende Effekt auf die Nachfrage selbst durch größte staatliche Ausgaben nicht ausgeglichen. 2011 werden Regierungen Überschüsse erwirtschaften müssen.

Erstens müssen wir den Trend der wachsenden Ungleichheit umkehren. Progressivere Einkommensbesteuerung hilft, die Wirtschaft zu stabilisieren. Es wäre hilfreich, wenn hochentwickelte Länder ihren Verpflichtungen nachkämen und den Ärmsten der Welt helfen würden, indem sie ihre Entwicklungshilfeetats auf 0,7 Prozent des BIP anheben würden. Zweitens braucht die Welt gewaltige Investitionen, wenn sie auf die Herausforderungen der Erderwärmung reagieren soll. Drittens ist ein globales Währungsreservesystem nötig. Es ist für arme Länder wenig sinnvoll, den reichsten zu geringen Zinssätzen Geld zu leihen. Das Dollar-Reservesystem zeigt Abnutzungserscheinungen, doch wird es mit einem Dollar-Euro- oder Dollar-Euro-Yen-System ersetzt, das noch instabiler ist. Dieses Jahr wird trostlos. Die Frage ist: Wie können wir eine stabile Erholung erreichen?

ZUR PERSON:
Joseph E. Stiglitz ist Wirtschaftsprofessor an der Columbia University und Nobelpreisträger.
©Project Syndicate, 2009

Wirtschaftskrise: Talsohle ist bis Sommer erreicht

Die Wirtschaft der Eurozone soll heuer um 1,9 Prozent schrumpfen, Österreich kommt mit einem Minus von 1,2 Prozent besser weg. Ab Sommer geht es wieder langsam aufwärts, erwartet die EU-Kommission.

Michael Moravec aus Brüssel

Düstere Gesamtaussichten und die Hoffnung, dass es ab Sommer langsam wieder besser wird: Das sind die aktuellen Prognosen der EU-Kommission zur Konjunkturlage.

Die Wirtschaft der Eurozone wird heuer um 1,9 Prozent schrumpfen, die der gesamten EU um 1,8 Prozent. 2010 soll es in der Eurozone dann wieder ein eher mageres Wachstum von 0,4 Prozent geben, in allen 27 Mitgliedstaaten beträgt das Wachstum im Schnitt 0,5 Prozent.

Österreichs Wirtschaft entwickelt sich in beiden Jahren besser als der Durchschnitt: Heuer soll sie um 1,2 Prozent schrumpfen, 2010 wird das Wachstum den Schätzungen zufolge 0,6 Prozent betragen.

Während sich die Wirtschaft 2010 also bereits leicht erholt, werden in diesem Jahr die negativen Effekte auf den Arbeitsmärkten voll durchschlagen, warnte Wirtschafts- und Währungskommissar Joaquín Almunia. Die Arbeitslosenrate soll in der Eurozone von 7,5 Prozent im Jahr 2008 auf 10,2 im nächsten Jahr ansteigen. Österreich liegt auch hier mit 4,1 für 2008, 5,1 Prozent für heuer und 6,1 Prozent für 2010 deutlich besser.

Budgetdefizite explodieren

Durch die Hilfspakete für marode Banken und Konjunkturstützen steigt das Budgetdefizit in den meisten Ländern dramatisch an. An der Spitze stehen Irland mit einer Neuverschuldung von elf Prozent heuer und 13 Prozent im Jahr 2010, gefolgt von Großbritannien mit 8,8 Prozent heuer und 9,6 Prozent im kommenden Jahr. Auch Frankreich und Deutschland sind mit 5,0 Prozent bzw. 4,2 Prozent neuer Schulden im kommenden Jahr weit von den Maastricht-Kriterien entfernt.

Österreich wird den Schätzungen der Kommission zufolge heuer mit einem Defizit von drei Prozent abschließen und im kommenden Jahr neue Schulden in der Höhe von 3,6 Prozent seiner Wirtschaftsleistung machen und liegt damit hier ebenfalls besser als der Schnitt der Eurozone mit vier Prozent Neuverschuldung 2009 und 4,4 Prozent im Jahr 2010. Die Inflation soll heuer bei einem Prozent und 2010 bei 1,8 Prozent liegen.

Almunia meinte, die öffentlichen Finanzen müssten „mittel- und langfristig wieder ins Gleichgewicht gebracht" werden. Zu etwaigen Verfahren wegen des Verstoßes gegen die Kriterien des Wachstums- und Stabilitätspaktes wollte sich der Kommissar nicht äußern. Trotz steigender Zinsen für Anleihen einiger Euro-Länder glaubt Almunia nicht an die Gefahr von Staatspleiten. Es sei zwar eine Realität, dass die Risikoaufschläge gegenüber deutschen Anleihen stark gestiegen seien. Die Euro-Länder müssten etwas dagegen unternehmen, um steigende Kosten der Staatsverschuldung zu verhindern. Es sei aber nicht zu erwarten, dass ein Euro-Land deshalb zahlungsunfähig werde.

Wirtschaftsausblick der EU 2009/2010

Jeweils mit Platzierung in der Liste mit 27 Ländern

BIP-Wachstum in % zum Vorjahr in Prozent zum Vorjahr

	2009	2010
1. SVK	2,7	3,1
12. ÖST	–1,2	0,6
EU-27	–1,8	0,5
Euro-16	–1,9	0,4
22. GER	–2,3	0,7
27. LAT	–6,9	–2,4

Budgetsaldo in % des BIP

1. BUL	2,0	2,0
12. GER	–2,9	–4,2
14. ÖST	–3,0	–3,6
Euro-16	–4,0	–4,4
EU-27	–4,4	–4,8
27. IRL	–11,0	–13,0

Arbeitslose in %

1. NED	4,1	5,5
5. ÖST	5,1	6,1
11. GER	7,7	8,1
EU-27	8,7	9,5
Euro-16	9,3	10,2
27. ESP	16,1	18,7

Quellen: APA, EU DER STANDARD

Neuer Gasvertrag unterzeichnet

Slowakisches Atomkraftwerk Bohunice geht vorerst nicht in Betrieb

Brüssel/Moskau – Russland und die Ukraine haben das Ende ihres Gasstreit mit einem neuen Abkommen besiegelt. Der Vertrag wurde am Montag in Gegenwart des russischen Ministerpräsidenten Wladimir Putin und seiner ukrainischen Amtskollegin Julia Timoschenko in Moskau unterzeichnet. Der Gasliefervertrag hat eine Laufzeit von zehn Jahren. Putin sagte, er erwarte die Wiederaufnahme der Gaslieferungen über die Ukraine nach Europa „in naher Zukunft".

Russische Beobachter spekulierten, dass die Vereinbarung nur eine Übergangslösung sei: Die russische Zeitung *Wedomosti* berichtete, dass der vereinbarte Preis von 360 US-Dollar (273 Euro) pro 1000 Kubikmeter Gas nur für das erste Quartal dieses Jahres gelte. „Die Tatsache, dass die Vereinbarung nur das erste Quartal abdeckt, gibt Spielraum dafür, dass der Konflikt in drei Monaten wieder auftaucht", so die Analysten der UniCredit Aton in Moskau.

Die Verhandlungen über einen neuen langfristigen Liefervertrag sollen dann erst im März geführt werden. Der Gasexperte Michail Kortschemkin vermutet, dass die Ukraine dem relativ hohen Preis von 360 Dollar zugestimmt habe, da sie gar nicht die Absicht habe, diesen Winter russisches Gas zu beziehen.

Ende 2008 lagerten in den ukrainischen unterirdischen Speichern etwa 17 Milliarden Kubikmeter Gas. Unter der Annahme, dass der Ölpreis im Frühjahr bei 48 Dollar pro Fass (159 Liter) liegt, werde die Ukraine laut den Analysten von UniCredit Aton dann einen Gaspreis von rund 230 Dollar pro 1000 Kubikmeter erzielen können. Das entspricht dem Preis, den die Ukraine zu Beginn der Verhandlungen bereit war, zu zahlen.

Das slowakische Atomkraftwerk Bohunice geht vorerst nicht in Betrieb, berichtet die slowakische Nachrichtenagentur TASR.

Die Slowakei habe ausreichend Gaslieferungen aus der Tschechischen Republik erhalten, damit sei – zumindest vorläufig – ein Hochfahren eines Reaktors im AKW nicht erforderlich. (ved, mimo, APA)

CREDIT SUISSE

Mitteilung der
CREDIT SUISSE ASSET MANAGEMENT
Immobilien Kapitalanlagegesellschaft mbH,
Frankfurt am Main

Verlängerung der Verweigerung der Anteilsscheinrücknahme bzgl. des Immobilien-Sondervermögens CS EUROREAL (ISIN: DE0009805002, WKN: 980500 und ISIN: DE0009751404, WKN: 975140) gem. § 81 Satz 3 deutsches Investmentgesetz i.V.m. § 12 Abs. 5 Satz 4 Allgemeine Vertragsbedingungen

Die Geschäftsführung der CREDIT SUISSE ASSET MANAGEMENT Immobilien Kapitalanlagegesellschaft mbH hat gemäß § 81 Satz 3 deutsches Investmentgesetz i.V.m. § 12 Abs. 5 Satz 4 Allgemeine Vertragsbedingungen beschlossen, die Aussetzung der Anteilscheinrücknahme bzgl. des Immobilien-Sondervermögens CS EUROREAL über die 3-Monats-Frist hinaus zunächst um weitere bis zu neun Monate bis zum 29.10.2009 um 17.00 Uhr zu verlängern. Die Rücknahme von Anteilscheinen wird vor Ablauf der weiteren neun Monate aufgenommen, sobald die hierzu notwendige Liquidität vorhanden ist. Grund für die Verlängerung der Frist ist, dass die im CS EUROREAL für Anteilscheinrücknahmen zur Verfügung stehende Liquidität für die Erfüllung des erwarteten Rücknahmeverlangens der Anleger zum Ende der 3-Monats-Frist nicht ausreicht.
Die Depotbank wird umgehend instruiert, den Gegenwert der Anteile in Bezug auf Rücknahmeaufträge nicht auszuzahlen, die ihr bis zum Orderannahmeschluss am 29.10.2009 um 17.00 Uhr oder bis zu dem früheren Zeitpunkt, zu dem ihr die Wiederaufnahme der Rücknahme der Anteilscheine durch uns angezeigt wird, zugehen werden.

Frankfurt am Main, den 14. Januar 2009

Die Geschäftsführung

V

Vater

Barack Obama Sr. kam als Stipendiat an die University of Hawaii. Dort lernte er Obamas Mutter in einem Russischkurs kennen. Der kurzen Ehe entsprang Barack Jr. Das Paar trennte sich bald darauf, Obamas Vater ging zum Ökonomiestudium nach Harvard. Zurück in Kenia arbeitete für die Regierung. 1982 starb er bei einem Autounfall – Obama traf ihn nach der Trennung nur einmal, 1971. *F.: AP*

W

Wright, Jeremiah

Mehr als 20 Jahre lang war Pastor Jeremiah Wright der geistliche Beistand der Familie Obama. Der Reverend der Trinity United Church in Chicago traute Michelle und Barack und taufte deren Töchter. Im Wahlkampf tauchte ein Video auf, in dem er als Prediger die USA verdammte. Obama trennte sich sofort von Wright, es war das einzige Mal, dass Obamas Kampagne wirklich in Gefahr war. *Foto: AP*

Fahnen für die Erinnerung

11. September 2002. Die Fahnen flattern an jener Stelle, an der ein Jahr zuvor die Türme des World Trade Center einstürzten, für die Menschen, die dort starben. Das Unfassbare bereitete den emotionalen Boden für eine patriotische Feierstunde, aus der die Regierung Bush letztlich politisches Kapital schlagen konnte. Der Kampf gegen den Terrorismus rückte in der politischen Rhetorik an die Spitze der Prioritätenliste. Anstelle der Türme wird seit Ende April 2006 der Freedom Tower gebaut. Das 69-stöckige Gebäude soll 1776 Fuß (541,32 Meter) hoch werden, sein Maß soll an die US-Unabhängigkeitserklärung aus dem Jahr 1776 erinnern. Das Gebäude entsteht nach Plänen Daniel Libeskinds und der Architekturfirma Skidmore, Owings & Merill, es wird auf einem 60 Meter hohen Fundament aus Stahl und Titan errichtet, das selbst schwersten Explosionen standhalten soll.

Foto: Manca Juvan

KURZ **GEMELDET**

Verlagsbranche: Widerstand gegen Google

Wien – Die Literar-Mechana, die IG Autoren und der Hauptverband des Österreichischen Buchhandels versuchen die Rechte von Urhebern gegenüber Google zu wahren. Die Internetplattform hat 2004 unter dem Titel „Google Library Project" begonnen, die Bestände von US-Bibliotheken zu digitalisieren. Ein Rechtsgutachten wurde in Auftrag gegeben. Zudem führt man Gespräche mit europäischen Partnern, um ein koordiniertes Vorgehen zu ermöglichen. Die Interessenvertretungen sprechen von der „weltweit größten Urheberrechtsverletzung überhaupt". Auch das Zurverfügungstellen von Werken im Internet bedürfe der Genehmigung der Rechteinhaber. (APA)

Sonja Gangl erhält Grazer Kunstpreis

Graz – Sonja Gangl, 1965 in Graz geboren, erhält den mit 14.500 Euro dotierten, biennal vergebenen Kunstpreis der Stadt Graz. Preisverleihung am 27. Jänner um 18 Uhr im Grazer Kunsthaus. (trenk)

„Obama ist eine moralische Leitfigur"

Dirigent **Franz Welser-Möst,** Chef des Cleveland Orchestra und designierter Generalmusikdirektor der Wiener Staatsoper, setzt in Barack Obama große Hoffnungen. Warum, erklärt er **Andrea Schurian** in einem Gespräch.

STANDARD: *Dass sich Barack Obama in seinen Wahlreden auch zur Kultur geäußert hat, ist ungewöhnlich – nicht nur für die USA. In Österreich wurde im letzten Wahlkampf zur Kultur ausgiebig geschwiegen.*

Welser-Möst: Das finde ich ja wirklich beschämend. Das kommt mir so vor, als merke man in Österreich gar nicht, auf welchem Baum man sitzt und welchen Ast man absägt. Obama hingegen hat mehrmals über Kultur und Bildung gesprochen, und das gibt mir Hoffnung. Ich kann mich nicht erinnern, dass dazu je ein anderer US–Präsidentschaftskandidat etwas gesagt hätte.

STANDARD: *Wird sich unter Obama bezüglich der Kultur etwas ändern?*

Welser-Möst: Ja und nein. Nein, wenn Sie sich beispielsweise das Cleveland Orchestra anschauen: Weniger als ein Prozent des Jahresbudgets kommt aus öffentlicher Hand. Allein daraus erklärt sich, dass die Politik in diesem Bereich wenig Einfluss hat. Andererseits ja, wenn Obama, wie er angekündigt hat, in der Bildung gewisse Dinge verändern wird. Das hat dann ziemlich unmittelbare Auswirkungen auf die Kultur.

Was die Kunst anlangt, ist in den letzten zehn, zwanzig Jahren in den Schulprogrammen derart viel gestrichen worden, dass ein wichtiger Nährboden für die Kunst verlorengegangen ist. Da besteht schon eine gewisse Hoffnung, dass sich etwas ändern wird. Außerdem leiden wir natürlich unter der Krise. Unsere Sponsoren sagen: „Ja, wir geben gern Geld, aber vielleicht wieder in einem Jahr."

STANDARD: *Apropos Krise: Obama übernimmt das Präsidentenamt ja in einer wirtschaftlich und politisch äußerst angespannten Zeit.*

Welser-Möst: Es ist in der Tat eine furchtbare Zeit, nicht umsonst wird oft der Vergleich mit Roosevelt und der großen Wirtschaftskrise in den 1930ern strapaziert. Die Herausforderungen scheinen ähnlich zu sein. Kürzlich wurden z. B. die Arbeitslosenzahlen bekanntgegeben: Im letzten Jahr haben mehr Menschen ihren Arbeitsplatz verloren als vorher in 70 Jahren! Das ist schon ein Wahnsinn: 2,6 Millionen Arbeitslose! Aber ich bin insgesamt optimistisch – weil Obama eine moralische Leitfigur ist.

STANDARD: *Woher nehmen Sie Ihren Optimismus?*

Welser-Möst: Obama benennt als einer der wenigen diese Wirtschaftskrise zunächst einmal als das, was sie ist: eine moralische Krise – weil die Gier unendlich geworden ist. Die Kreditvergabe beispielsweise war ja hierzulande ein reines Roulette. Obama weiß, dass die Bewältigung der Krise nur mit einer moralischen Gesundung gelingt. Deshalb sagt er ja auch, dass die Finanzmärkte wieder stärkere Regeln brauchen.

Der neue Präsident ist persönlich integer, er hat wieder eine gewisse Vorbildfunktion, die Bush einfach nicht hatte. Barack Obama ist eine Lichtgestalt. Bei der Wahl im November ist ein richtiges Aufatmen durch das Land gegangen. Es herrscht eine wesentlich positivere Stimmung. Sie wird noch einige Zeit anhalten, wie lange, hängt davon ab, wie sich die Wirtschaftsdaten entwickeln.

STANDARD: *Sie sagen, Obama sei eine Lichtgestalt. Was genau macht denn sein Charisma aus?*

Welser-Möst: Das „So-anders-Sein". Da kann man bei der Hautfarbe anfangen. Selbst eingefleischte Republikaner wie Dick Cheney erkennen das Historische daran, dass ein Afroamerikaner Präsident wird. Viele Führungsfiguren haben ein riesiges Ego und benutzen Institutionen, um das zu befriedigen. Bei ihm ist das anders, sicherlich auch wegen seines Backgrounds als Sozialarbeiter: Er weiß, wovon er spricht. Ein großer Egoist würde nie so viele starke Leute um sich scharen, wie er es mit seinem Regierungsteam macht – über Parteigrenzen hinweg. Und es gibt so interessante kleine Gesten: Wenn der Präsident zu einer Pressekonferenz kommt, stehen die Journalisten auf. Das haben sie bei Obama kürzlich auch schon gemacht. Er wollte das nicht, mit einer kleinen Handbewegung hat er allen bedeutet, sitzen zu bleiben.

STANDARD: *Was politische Kommentatoren auch immer wieder betonen, ist seine unglaubliche Ruhe und Gelassenheit.*

Welser-Möst: Ich glaube, das ist auch der tiefere psychologische Grund, warum er gewählt wurde. Die Menschen wollten in diesen Krisenzeiten jemanden haben, der mit Ruhe vorgeht, damit wieder Vertrauen entstehen kann. Durch den Kollaps ist ja ein riesiges Misstrauen entstanden. Keiner gönnt dem anderen mehr etwas. Das braucht eine andere Psychologie. Und die verkörpert er.

STANDARD: *Barack Obama gilt als kunstsinnig. Leicht möglich, dass er einmal zu einem Ihrer Konzerte kommt?*

Welser-Möst: Das würde ich mir wirklich wünschen! Normalerweise interessiert mich das nicht so sehr, ich muss nicht jedem Premierminister und Präsidenten die Hand schütteln. Aber Barack Obama: Den würde ich tatsächlich wahnsinnig gern treffen.

ZUR PERSON:

Franz Welser-Möst, geb. 1960 in Linz. 1990–1996: Leitung des London Philharmonic Orchestra. Er war Generalmusikdirektor an der Oper in Zürich, seit 2002 ist er Chefdirigent des Cleveland Orchestra. 2010 wird er Generalmusikdirektor der Staatsoper.

Foto: Urban

Das Innenleben der Arien

Elina Garanča und das Basler Kammerorchester im Wiener Musikverein

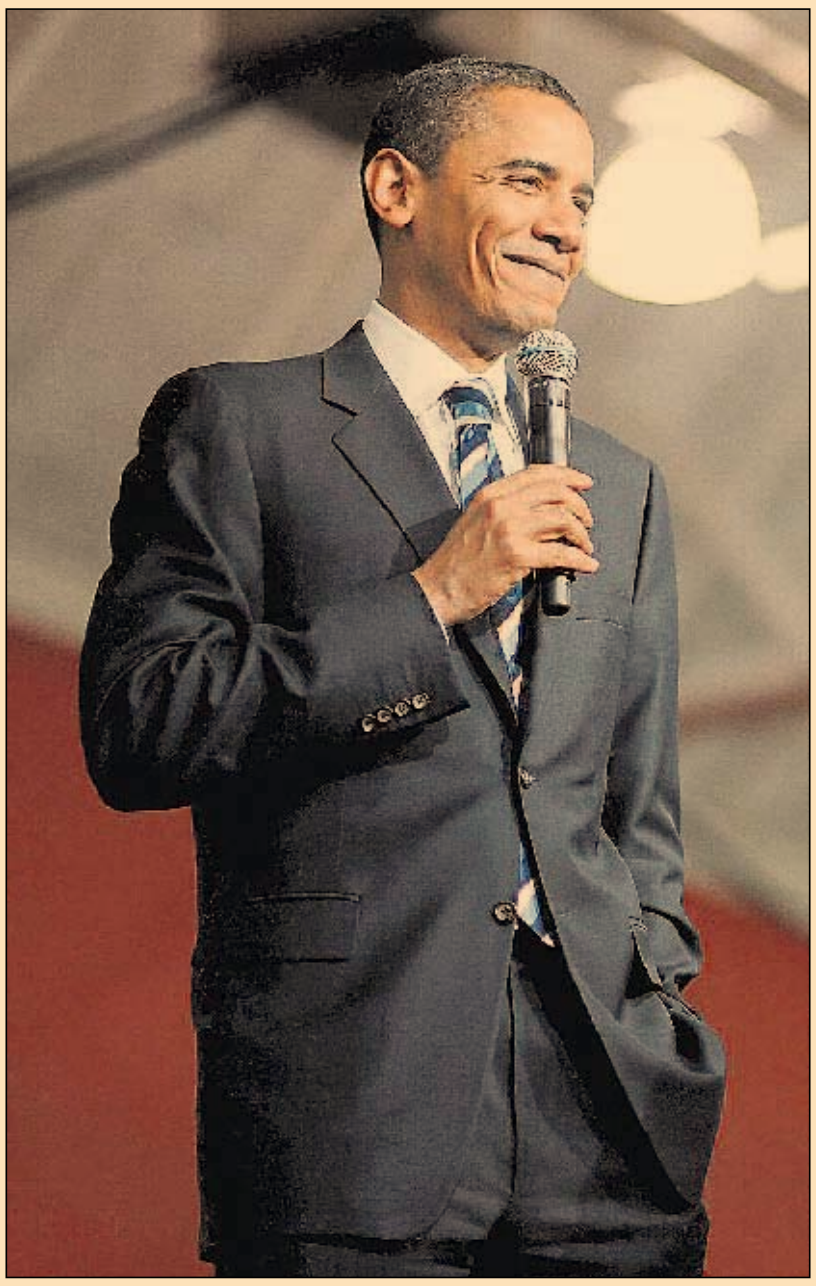
Peter Vujica

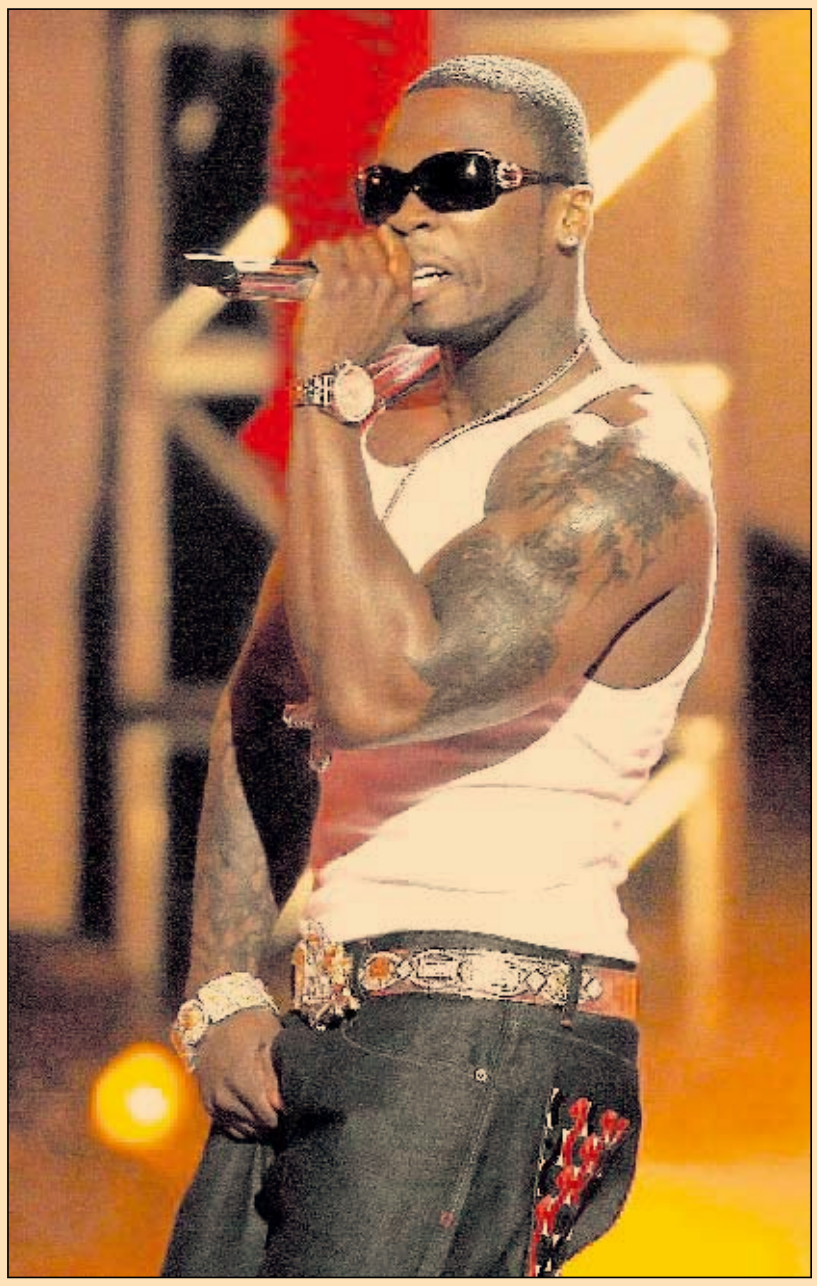
Wien – Wenn Elina Garanča das Podium betritt und den aufbrausenden Beifall mit einem beinah anachronistisch vollendeten Knicks quittiert, könnte man meinen, diese nordische Schönheit kann jetzt nur mit der Ballade der Senta aus Wagners *Fliegendem Holländer* loslegen oder, wenn schon italienisch, dann vielleicht mit Desdemonas *Lied von der Weide* aus Verdis *Otello*. Doch, wie man weiß, ist die Garanča ein Mezzo – zu ihrem Glück, weil, wie sie einmal verraten hat, sie tiefe Stimmen „einfach geil" findet.

Ganz besonders, wenn es sich um die ihre handelt, teilt das Publikum diese Meinung. Das hat es im zum Bersten vollen Großen Musikvereinssaal, wo Garanča, begleitet vom Basler Kammerorchester, vier Mozart-Arien zum (im wahrsten Sinn des Wortes) Besten gab, mit Nachdruck bewiesen; auch wenn sich einem die von ihr gewählte Bezeichnung zur Charakterisierung ihres Gesanges nicht gerade aufdrängt. Mit zu großer Ruhe und überlegener Eleganz bringt Garanca ihre Stimme ins Spiel, wie gleich zu Beginn in *Alma grande e nobil core*.

Was Patricia Petibon an Gestik einbringt, spielt sich bei Elina Garanča im Innenleben der in allen dynamischen Stärkegraden und in allen Lagen perfekt gestalteten Töne ab. Es sind die Vibrationen, die durch die mehr oder minder starke Zügelung ihres Temperaments entstehen, explosive Implosionen einer hochdifferenzierten Tongebung, die ihrer Gestaltung die dramatische Relevanz verleihen. Und dies nicht nur an den Forte-Stellen, wie in der Arie des Sesto aus *La Clemenza di Tito* oder in Susannas schwärmerischer „Rosenarie" aus *Le nozze di Figaro* oder in Fiordiligis Treueschwüren in *Così fan tutte*.

Absolut „ungeil" war hingegen die instrumentale Folie, die diese Arien umrahmte und um zwei überflüssige Symphonien auch noch erweiterte. Das Basler Kammerorchester unter der Leitung des Gatten Garančas, Karel Mark Chichon, spielte überwiegend zwar präzise doch von fast amusischer Betulichkeit. Und der durch gestische Hektik des Dirigenten verursachte Lärm in Haydns Symphonie in G-Dur (Hob. I:88) und das aus allen Fugen geratene rhythmische Gehudel in Felix Mendelssohn-Bartholdys *Italienischer Symphonie* (A-Dur) waren dem vokalen Teil völlig unangemessen.





Eleganz versus Zorn. Die Online-Doku „Barack & Curtis“ stellt Barack Obama und HipHopper 50 Cent als Role-Models gegenüber. *Fotos: EPA, Reuters*

Das Gegenteil von gut ist gut gemeint

„A Change Is Gonna Come“ – Eine CD für Barack Obama

Wien – Sogar die Musikindustrie frohlockt angesichts des neuen US-Präsidenten. Immerhin gilt dieser als Pop-Präsident, der die Unterstützung vieler namhafter Musiker genießt. Universal Music trägt dem Rechnung und veröffentlicht *A Change Is Gonna Come,* eine Doppel-CD mit Songs und Künstlern, die den Triumph des ersten afroamerikanischen Präsidenten mitfeiern will. Mit Künstlern wie Sam Cooke, von dem das titelgebende Stück stammt, über Marvin Gaye bis Johnny Cash oder dem salopp eingemeindeten Jamaikaner Bob Marley bietet es eine durchwegs gepflegte Musikauswahl.

Irritierend wirkt aber die Berücksichtigung von *Sweet Home Alabama* von Lynyrd Skynyrd. War dieser Song 1974 doch eine musikalische Antwort auf die Neil-Young-Stücke *Alabama* und *Southern Man*, in denen Young den Rassismus des US-Südens thematisierte. Aus persönlicher Erfahrung und unter Eindruck eines Bombenattentats des Ku Klux Clans, bei dem 1963 in Birmingham, Alabama, vier schwarze Schulmädchen ermordet worden waren. Man brauche Young und seine Meinung zum Süden nicht, wird ihm darin ausgerichtet. Ob Barack Obama sich über dieses Stück freuen würde, muss bezweifelt werden. (flu)

Die Antithese zum zornigen schwarzen Mann

Barack Obama ist der erste Pop-Präsident. Er könnte den vom HipHop hochstilisierten Gangster als dominierendes Role-Model junger Afroamerikaner ablösen. Das wäre eine gesellschaftliche Revolution.

Karl Fluch

Neben seiner Hauptrolle als größter Hoffnungsträger der Welt ist Barack Obama in einer kleineren Nebenrolle auch der erste Pop-Präsident der Geschichte: liebevoll der HipHop-Präsident genannt. Zwar erwies sich schon Bill Clinton in den 1990ern ob seiner Vergangenheit als nicht inhalierender Knuspertütenkonsument und seiner Anfälligkeit für Saxofonspielchen als popaffin, richtig glaubwürdig verkörpert erstmals Obama die Pop-Generation.

Neben einem Großaufgebot an Stars – darunter Bruce Springsteen, Shakira, Sheryl Crowe, Stevie Wonder oder der unvermeidliche Bono Vox von U2 – die im Rahmenprogramm der Inaugurationsfeier aufgetreten sind, nahm Obama im Wahlkampf des Öfteren selbst Stellung zum Thema, insbesondere zu HipHop. In einem hunderttausende Mal abgefragten Interview auf YouTube lobt er die Kunstform an sich, distanziert sich jedoch vor manchen Inhalten wie abwertenden Bemerkung über Frauen oder den inflationären Einsatz des „N-Wortes“, also „Nigger“.

Er hinterfragt die Oberflächlichkeit dieses auf das Selbstbild von Millionen Afroamerikanern extrem einflussreichen Genres: HipHop, wünscht er sich, solle nicht nur einen Ist-Zustand widerspiegeln, er solle sich visionär auch damit befassen, was alles sein könnte. Sogar hier schwingen also Begriffe wie „Change“ und „Hope“ subtil mit.

Nach persönlichen Vorlieben gefragt, nennt Obama zwei Künstler aus dem HipHop – Jay-Z und Kanye West – bevor er eingesteht, eher „old school“ zu sein und lieber noch Marvin Gaye, Stevie Wonder, die Isley Brothers, Earth, Wind & Fire und andere Soul- und Funk-Künstler der 1960er- und 1970er-Jahre zu hören.

Neben diesem Interview sorgt ein themenverwandter Kurzfilm derzeit zwar für weniger Zugriffe auf YouTube. Er beleuchtet jedoch die Breitenwirkung des ersten „Black President“ aus einer interessanten Perspektive. *Barack & Curtis – Manhood, Power and Respect* heißt eine zehnminütige Doku des schwarzen Filmemachers Byron Hurt. Darin stellt dieser das dominierende afroamerikanische Role-Model der letzten zwanzig Jahre dem neuen US-Präsidenten gegenüber – und einen Wertewandel in Aussicht.

Hurt gleicht das Image des extrem populären US-Rappers Curtis James Jackson III alias 50 Cent mit jenem von Obama ab. Esther Armah, eine schwarze Radiomacherin, setzt darin am Anfang zwei Pole: Harvard, ein Symbol des weißen Establishment, stehe für Obama und symbolisiere Impotenz, während 50 Cent für die schwarze Nachbarschaft und Virilität stehe.

Diese Mentalität habe sich tief in die afroamerikanische Seele eingeschrieben und widerspiegle sich prototypisch im 50-Cent-Albumtitel *Get Rich Or Die Trying*. Diese Haltung zeitigt allerdings lange schon negative Folgen im richtigen Leben.

Dieser von den Medien gehypte Lebensentwurf des wilden schwarzen Mannes, der sich alles im Leben mit Gewalt und einer Aura der Angst erobern müsse – Geld, Respekt, Frauen – , führe dazu, dass schwarze Frauen schon jetzt überwiegend die Familienoberhäupter stellten, weil die Männer Gangster spielen und dieses Spiel mit Gefängnis und Arbeitslosigkeit bezahlen würden. HipHop und Gangster-Dasein werden als schneller Ausweg aus dem Ghetto vorgebetet. 50 Cent, mit einer Biografie der sozialen Verwahrlosung, Drogen und Gefängnis einer der erfolgreichsten Vertreter dieses Typus, könnte, so Hurt, aber ein Auslaufmodell sein.

Immerhin widerlegt Obama als erster schwarzer Präsident der USA dieser Karriereweg als einzige Aufstiegsmöglichkeit und stellt das dabei mittransportierte Männlichkeitsbild infrage. Obama ist die Antithese zum zornigen Afroamerikaner. Er verkörpere Eleganz, seine Intelligenz sei eine unmittelbare und erkennbare Eigenschaft. Und Obama wisse, dass die schwarze Gangster-Attitüde mit ihrer protzigen Maskulinität nur weiße Vorurteile bestätige und eine anhaltende Unterdrückung fördere. Dennoch gibt es Gemeinsamkeiten zwischen den beiden.

Eine davon sei, so der Historiker Jelani Cobb, dass sie Underdogs wären und niemand erwartet hätte, dass sie es als schwarze Männer in Amerika in ihre jetzigen Positionen schaffen könnten. Dabei hat sich Obama durchaus der Codes der HipHop-Kultur bedient, die ihm auch zustehen. Obamas Vorteil gegenüber 50 Cent ist augenscheinlich: Er kann seine Frau Michelle in cooler HipHop-Manier mit zusammenstoßenden Fäusten begrüßen und wirkt dabei authentisch. 50 Cent wirkt auch im Anzug nur wie ein brutaler Gangster.

Schlimmer noch. Er wirkt in der Welt der Anzüge entwurzelt, seine Codes funktionieren hier nicht mehr. Damit stinkt er gegenüber Obama auf ureigenem Gebiet ab. Denn kein anderes Genre baut so sehr auf Authentizität wie HipHop. Auch wenn es nur Image ist.

X

X, Malcolm

Die afroamerikanische Community, in der viele noch immer Aktivisten wie den radikalen Malcolm X (im Bild neben Muhammad Ali) als ihre Helden ansehen, fremdelte lange bei Barack Obama. Dieser, eigentlich ein Afro-Amerikaner im Wortsinn, hat keine Sklavenvorfahren und war vielen nicht schwarz genug. Jesse Jackson wollte Obama einmal sogar „die Nüsse abschneiden“. Nach seinem Wahlsieg allerdings hatte Jackson Tränen in den Augen. *Foto: AP*

Y

Yes we can

Der Slogan ist ein Klassiker aus Obamas Kampagne – allerdings, seine Wahlkämpfer haben ihn abgekupfert. In den 1970er-Jahren hat ihn schon die US-Landarbeitergewerkschaft verwendet (sinnigerweise auf Spanisch: „Sí se puede“). Im Februar 2008 drehte der HipHopper will.i.am von den Black Eyed Peas (Bild) mit drei Dutzend Kollegen ein Video mit einem „Yes we can“-Song. Millionen sahen ihn auf *youtube.com.* *Foto: Cremer*

Z

Zogby

Die Meinungsforscher – darunter auch John Zogby, einer der bekanntesten seiner Zunft in den USA – spielten im Wahlkampf eine enorme Rolle. Jeden Tag kam mindestens ein halbes Dutzend Umfragen heraus, jeden Tag versuchten die Kampagnen damit Stimmung zu machen und „Momentum“ für sich zu erzeugen. Wirklich Sinn machten die Daten allerdings erst im Herbst 2008 und auch da nur auf Bundesstaatsebene (Elektorensystem!). *Foto: AP*

Beunruhigende Muster

Der „Macht des Ornaments“ widmet das Belvedere einen Einblick in die oft genug subversive Musterproduktion des islamischen, südasiatischen und europäischen Raums von der Jahrhundertwende bis heute.

Markus Mittringer

Wien – Ohne Muster keine Balz. Pfau, Mandrill und Paradiesvogel haben begriffen: Das üppigere Muster gewinnt im Liegen. Wer bloß blass gescheckt ist, muss sich mühsam im Zweikampf beweisen, ehe er zur tätigen Arterhaltung zugelassen wird. Der menschlichen Einsicht in die ewige Wiederkehr dieses hormonbasierten Prinzips ist das Ornament zu verdanken.

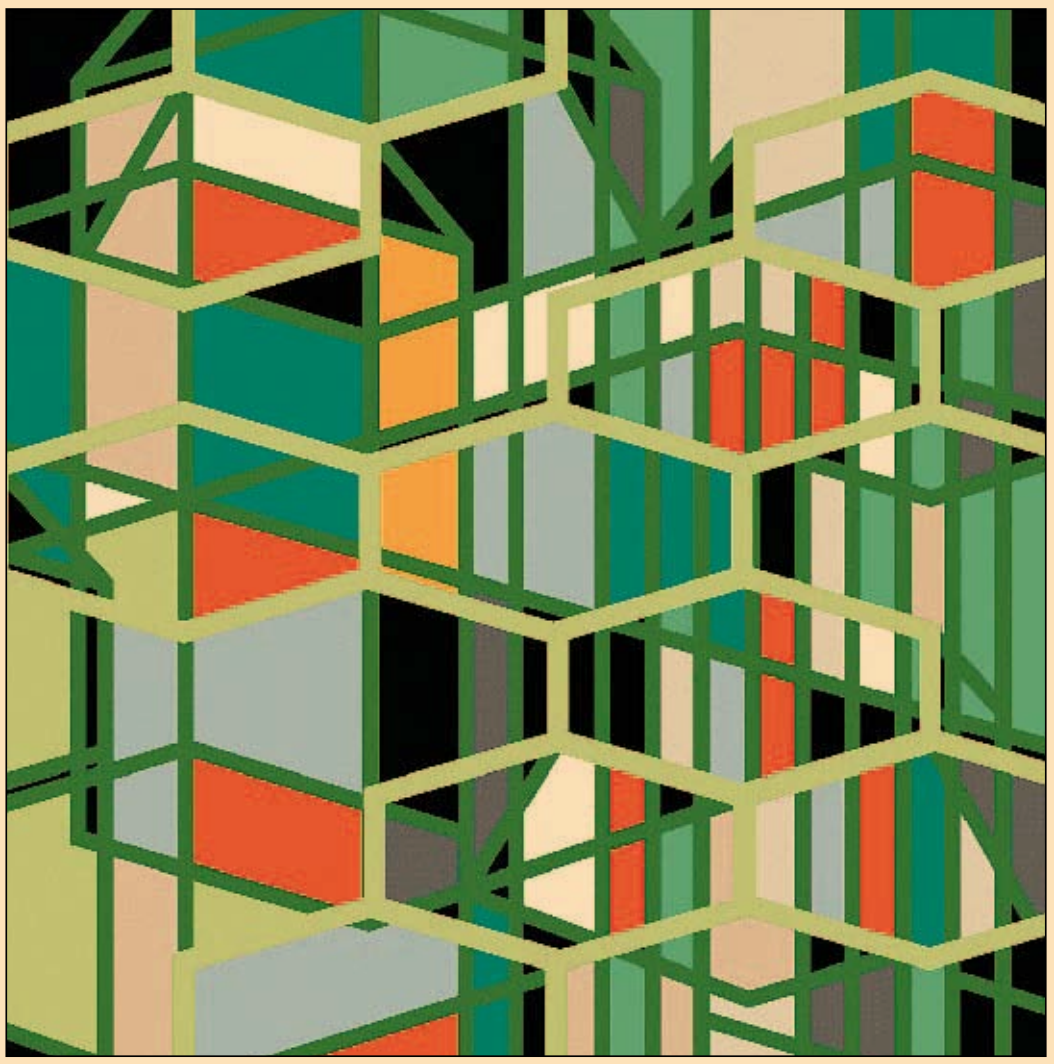
Und Adolf Loos zum Trotz kommt es bis heute vor, dass das Ornament seinen Träger bestimmt, und nicht umgekehrt. Der Zierrat ist nicht kaputtzukriegen. Nach wie vor spendet das Ornament Trost angesichts des Gründend-Chaotischen, auch oder noch viel mehr dann, wenn dessen ursprüngliche Bedeutung längst vergessen, das einst Abstrahierte nicht länger mehr nachvollziehbar ist. Oder das vermeintlich nur dekorative Muster einer anderen Kultur entlehnt und also fahrlässig zum reizenden Einsatz auf Vasen und Tapeten, Teppichen und Fassaden gebracht wurde.

Aber Achtung: Man darf gerade heute das subversive Potenzial des Ornaments nicht vergessen. Der Geborgenheit im Wiedererkennungswert geht bei näherer Betrachtung gerne einmal der Polster verloren. „Die Macht des Ornaments“, wie sie eben in der Orangerie des Belvedere, kuratiert von Sabine B. Vogel, vorgeführt wird, ist größer, als der Kitschverdacht mitdenkt.

Nicht unbedingt beim Zeitgenossen Philip Taaffe der seit den postmodernen 1980er-Jahren nicht müde wird, kunstmarktgestützt ornamentale Flachware über die Sofas potenter Sammler zu drapieren. Und vielleicht auch nicht in den Farbstiftzeichnungen der Adriana Czernin, in denen die in komplexe Muster eingewobenen Frauen schlicht zu gelassen wirken, als dass man annehmen könnte, sie hätten sich im Netzwerk verheddert. Wohl aber bei den Tapeten von Parastou Forouhar, die fein gezeichnete Folterszenen zu einem jede Kinderzimmerwand füllenden Bildlexikon der Top-Ten-Gräueltaten endlos aneinanderklebt.

Was in der Schau mit Klimts *Wasserschlangen*, mit Textilentwürfen Josef Hoffmanns und Carl Otto Czeschkas Illustrationen zu den *Nibelungen* eingeleitet wird, führt in der unmittelbaren Gegenwart zu Unterminierungsstrategien geläufiger ethnischer Zuschreibung, zu nur vermeintlich islamischen Bildsprachen oder ganz simpel zu Mustern mit absichtsvollen Fehlstellen. *Bis 17. 5.*

DER STANDARD **Webtipp:**
www. belvedere.at



Sarah Morris' „Beverly Hills Municipal Court“ aus dem Jahr 2006. *Foto: Sarah Morris*

Ein Augenblick Weltruhm für ein Gedicht

Die amerikanische Lyrikerin und Yale-Dozentin Elizabeth Alexander ist „Inaugural Poet“ Barack Obamas

Isabella Hager

JFK war der Erste. Er beauftragte 1961 mit Pulitzer-Preisträger Robert Frost erstmals einen Dichter, die Vereidigung des Präsidenten der Vereinigten Staaten mit Poesie zu begleiten. Ein Festakt und ein Signal an die Kunst, das nicht zur Gewohnheit wurde. Erst Bill Clinton und nun Barack Obama folgten diesem Beispiel.

Obamas Auftrag ging noch im Dezember an die 46-jährige Autorin Elizabeth Alexander. Alexander, die an der Universität Yale Professorin für Afrikanisch-Amerikanische Studien ist, veröffentlichte in den letzten zehn Jahren fünf Gedichtbände. Mit Obama und seiner Frau Michelle ist sie seit den Neunzigerjahren freundschaftlich verbunden – damals unterrichteten beide an der Universität Chicago.

Doch obwohl Alexander 2006 sogar unter die Pulitzer-Finalisten kam und zahlreiche Literaturauszeichnungen erhielt, war sie als Lyrikerin bislang relativ unbekannt geblieben. Das hat sich nun schlagartig geändert. In ersten Stellungnahmen sprach sie über die Bedeutung, die es habe, ausgerechnet diesem angehenden Präsidenten ein Gedicht zu widmen: „Obamas eigener Gebrauch der Sprache und sein Respekt davor sind so evident! Er ist sich der Macht, die Sprache besitzt, bewusst und auch dessen, mit welcher Vorsicht wir versuchen sollten, miteinander zu sprechen.“ Die Themen ihres Schreibens, Rasse, Geschichte, Liebe und Familie, sind zum Teil eng mit ihrer universitären Arbeit verknüpft. Alexander, die in Harlem geboren wurde und in Washington aufwuchs, schreibt außerdem Fachbücher und Essays und ist Herausgeberin der Gedichte von Melvin Dixon und Gwendolyn Brooks.

E. Alexander begrüßt Obama mit Poesie. *Foto: Gunther*

„Poesie ist nicht zur Aufmunterung gedacht“, lautete ihr offizielles Statement als Inaugural Poet, „vielmehr fordert Poesie uns heraus und führt uns zu Veränderungen.“ Der politische Auftritt ist für Alexander, die Mutter zweier Kinder ist und im Juli die Leitung ihrer Fakultät in Yale übernehmen wird, nicht ganz neu – ihr Vater hatte sowohl für die Regierungen Johnsons als auch Carters gearbeitet.

Über die Gestaltung ihres Inaugurationsgedichts hat Elizabeth Alexander noch nichts verraten, sicher ist jedenfalls, dass ihre Verse heute bei der Vereidigung Obamas zumindest für einen Augenblick mehr Aufmerksamkeit bekommen werden, als je ein Gedicht davor – sofern dessen Rezitation gelingt, denn der damals bereits 86-jährige Robert Frost wurde vor 50 Jahren von heftigem Wind und blendender Sonne daran gehindert, das Manuskript *Dedication* vorzulesen. Stattdessen trug er frei aus dem Gedächtnis rasch ein anderes seiner Gedichte vor.

„Der Kultur geht's miserabel, aber was soll man tun?“

Der aus Wien gebürtige US-Schriftsteller **Frederic Morton** warnt vor übertriebenen Hoffnungen, sieht einen umgekehrten Nixon-China-Effekt, hofft auf einen New Deal und trauert um das Stiefkind Kultur. **Michael Freund** sprach mit ihm.

STANDARD: *Was wird aus den Hoffnungen werden, die man auf Barack Obama setzt?*
Morton: Sie können gar nicht realistisch sein, weil der weltweite Jubel eben solche Erwartungen erzeugt hat, die niemand erfüllen kann. Andererseits ist er außergewöhnlich – nicht nur als Persönlichkeit, sondern auch in der Art, wie er bei so enormem Druck cool bleibt.

Wenn ich mir aber seine Entscheidungen ansehe – wer in sein Kabinett kommt –, dann sind die alles andere als „Change“. Vielmehr bedeuten sie eine Reetablierung des schon Gehabten. Was mich am meisten stört, ist die Ernennung von Dennis Blair zum Direktor der Nationalen Nachrichtendienste. Blair war als Admiral im Pazifik noch mehr Falke und noch kolonialistischer, als sein Mandat während der Clinton-Regierung es vorsah. Dem muss nun der Chef der CIA berichten, das finde ich sehr beunruhigend. Auch Clinton und Gates sind keine Zeichen für Veränderungen. Man kann zu Obamas Verteidigung sagen, dass er sich auf erfahrene Leute verlassen können muss, um einen Kurswechsel vorzunehmen. Und er hat auf die Frage, wie er diese Ernennungen mit Veränderungen vereinbaren kann, auch geantwortet, dass „Change“ seine höchste Priorität und sein Job als Präsident sei. Das ist ein kleiner Grund für Hoffnung. Es könnte aber auch ein umgekehrter Nixon-China-Effekt sein.

STANDARD: *Was meinen Sie damit?*
Morton: Nun, allein die Tatsache, dass er als Afroamerikaner Präsident geworden ist, ist bereits ein derartiger Wandel, dass er sozusagen auf dieser Welle reiten kann, ohne sonst viel verändern zu müssen. Er kann also auch eher die Dinge in einer nichtprogressiven Weise angehen und kommt damit vielleicht durch. Das ist so, wie Nixon eine Politik, nämlich die Öffnung gegenüber China, durchführen konnte, die man einem mehr linksgerichteten Politiker nie erlaubt hätte. Oder wie nur de Gaulle Frankreich aus Algerien abziehen konnte.

Es erinnert mich an noch etwas. Ich habe einmal, circa 1970, ein Porträt über den schwarzen Schauspieler Sidney Poitier geschrieben, der damals der größte Kassenmagnet im US-Kino war. Auf meine Frage, ob das bedeutete, dass sich die Amerikaner in Rassenfragen grundsätzlich geändert hätten, erzählte er mir als Antwort von einem alten Film. In dem spielte Spencer Tracy einen einarmigen Mann, der zum kämpfenden Helden wurde. Ich fragte Poitier, was er mir damit sagen wollte. Und er meinte, na ja, ich bin auch der Held in Filmen, obwohl ich ein Schwarzer bin. Aber das bedeutet ebenso wenig, dass das Publikum jetzt alle Schwarzen mag, wie Tracys Film bedeutet hat, dass sich die Leute danach mehr um einarmige Menschen gekümmert hätten. Es machte die Figur halt interessanter, so wie in meinem Fall. Ich halte es für möglich, dass es bei Obama so ähnlich laufen könnte.

STANDARD: *Was gibt es zur finanziellen Situation der USA zu sagen?*
Morton: Es geht im Grunde hier auch um das, was ich in meinem neuen Buch *Myth America* „fundamentalistischen Individualismus“ nenne, dieses fanatische Insistieren, dass es keine Beschränkungen geben darf.

STANDARD: *Will Obama da nicht sowieso eingreifen?*
Morton: Also mein Kongressabgeordneter Jerry Nadler, der sich in solchen Dingen gut auskennt, hat mit mir darüber geredet. Er sagt, dass das Anreizpaket des Budgets von Obama nur halb so groß ist, wie es sein sollte, und dass die darin enthaltenen Steuererleichterungen für die Unternehmer eine Konzession sind, die er nie hätte machen dürfen. Andererseits weiß ich, dass auch Roosevelt, als er an die Macht kam, viel konservativer war und erst danach an dem New Deal arbeitete, der das Land aus der Wirtschaftskrise holte. Als ich 1940 in dieses Land kam, ging ich auf eine großartige Berufsschule: Sie war das beste Aushängeschild für die neue Politik.

STANDARD: *Über ein Thema wird zur Zeit überhaupt nicht geredet, weil es offenbar Wichtigeres zu tun gibt, nämlich über die Kultur. Ist da nichts, oder erfährt man nur nichts?*
Morton: Ich weiß auch nichts. Man muss wirklich verstehen, in welcher Panik dieses Land lebt. Kultur war immer ziemlich weit unten auf der Prioritätsskala; jetzt schwindet auch noch das Sponsoring. Aber wenn sich Obama für dieses Gebiet starkzumachen beginnt, dann wird die Opposition der Konservativen nur noch viel größer: Steuerlich absetzbare Spenden für ein öffentliches Radio, das eh nur die Regierung angreift?! Wo kommen wir da hin?

STANDARD: *Was ja zum Teil stimmt.*
Morton: Natürlich stimmt das. Also wenn er das macht, dann ist das nur Wasser auf die Mühlen der Konservativen. Daher steht so etwas derzeit nicht auf der Agenda. Der Kultur geht's miserabel, aber was soll man tun?

ZUR PERSON:
Frederic Morton (84) wurde in Wien als Fritz Mandelbaum geboren. Der Schriftsteller und Sachbuchautor (u. a. „Die Ewigkeitsstraße“, „Wetterleuchten 1913/14“, „Die Rothschilds“) lebt in New York. Zurzeit arbeitet er an dem Buch „Myth America“. Das Musical „Rudolf – Ein letzter Walzer“, das am 26. Februar im Wiener Raimundtheater Premiere hat, basiert auf seinem Text. Foto: Corn

Langfassung des Interviews:
derStandard.at/Kultur

Erst Hollywood, nun Washington

Barack Obama ist längst nicht der erste Afroamerikaner im Weißen Haus. Die US-Serienproduzenten waren ihm um Jahre voraus. Die Grenze zwischen Fiktion und politischer Realität verschwimmt für das Publikum.

Doris Priesching

Wien – Barack Obama ist schuld am Ende von „The West Wing". 2005 gewann der demokratische Kandidat aus einer ethnischen Minderheit in der NBC-Serie die Wahl zum US-Präsidenten. Und „West Wing" hatte ein Problem.

Egal wie die nächsten Wahlen im echten Amerika ausgehen würden: Die Serie hätte nur verlieren können. Entweder wäre das Ergebnis zu dicht an der Realität gelegen. Oder „West Wing" hätte sich als Gegenentwurf überholt, hätte es nach Bush wieder ein Ultrakonservativer an die Spitze geschafft. Zeit aufzuhören also. Dass sich die Realität so an ihr Seriendrehbuch hält, konnten die „West Wing"-Macher nicht wissen. Die von Spindoktoren entmündigten Politiker ahmen Film- und Seriencharaktere nach.

Autoren im Weißen Haus

„The West Wing"-Autor Eli Attie arbeitete fünf Jahre im Weißen Haus, war Clintons Kommunikationsassist und Al Gores wichtigster Redenschreiber. „The West Wing", Produkt der Clinton-Ära und 1999 erstmals im Programm, entwarf ein Paralleluniversum, das die Realität widerspiegelte: „Wir brauchten dieses Spiegelbild, nicht die Realität", sagte Attie, der den damals noch unbekannten Obama als Vorbild für seinen TV-Präsidenten nahm.

Die prognostischen Qualitäten von „The West Wing" beeindruckten schon im Wahlkampf: Der republikanische Kandidat in der Serie war wie John McCain ein Herr im gesetzten Alter, der gerne die Unerfahrenheit seines Gegners beklagte. Der Präsident Matt Santos (Jimmy Smits) war Bob-Dylan-Fan – wie Obama. Und er setzte sich über die Rassenfrage hinweg: „Ich möchte nicht der braune Kandidat sein. Ich möchte der amerikanische Kandidat sein." Fast Wortidentes kam drei Jahre später von Obama. Nur ein kleiner Drehbuchfehler: Bei Smits fehlte „Yes we can!"

„The West Wing" wollte zeigen, wie die USA ohne George Bush aussehen. Smits Vorgänger, Josh Bartlet (Martin Sheen), war über Jahre Präsident der Herzen, der Wunsch-Staatschef. Von dieser Art gab es während Bush einige:

Schon zwei schwarze Präsidenten regierten die USA allein in „24". Einer, David Palmer, habe Obama den Weg bereitet, meinen Kommentatoren: Die Serie sei 2001 der Wirklichkeit zuvorgekommen. Hoffentlich nicht: Der Präsident aus „24" – ein Model aus John F. Kennedy und Martin Luther King Jr. ist Bollwerk an Ehrlichkeit und aufrichtiger Kämpfer gegen Terror und Korruption. Der Idealtyp fiel in Staffel fünf einem Anschlag zum Opfer. „Sein Tod war ein Fehler", sagte sein Darsteller Dennis Haaysbert in der Arte-Doku „Mr. President" und kritisierte: „Ein Knalleffekt wegen der Quoten."

In Staffel sieben (seit 12. Jänner auf Premiere) hat es Geheimagent Jack Bauer (Kiefer Sutherland) erstmals mit einer Präsidentin zu tun. Die erinnert von Statur und Frisur am ehesten an Angela Merkel.

Bei Frauen funktioniert der Serieninstinkt der Drehbuchautoren ohnedies noch nicht. Geena Davies erlebte in „Commander in Chief" als erste US-Serienpräsidentin ein Quotendesaster. Laura Roslinin (Mary McDonnell) wird in „Battlestar Galactica" anfangs abfällig „Erziehungsministerin" oder „Lehrerin" genannt. Nach den TV-Ratings zu schließen, sind die USA nicht reif für eine Präsidentin. McDonnell glaubt, ihre Landsleute täten sich schwer, Realität und Fiktion zu unterscheiden. Nicht von ungefähr: TV-Debatten gehen als Castingshow im Realitysumpf durch. NBC übertrug das „West Wing"-TV-Duell live. Zehn Millionen schauten zu. Nach der Sendung stimmten 54 Prozent im Internet für Smits. Ob inszeniert oder nicht, ist für politikverdrossene US-Bürger vor der perfekten Kulisse und im Polit-Entertainment womöglich schwer nachvollziehbar.

Im Wahlkampf bezogen sich Serien zuhauf auf Obama. Animationsformate wie „South Park" und „Family Guy" witzelten. Die Lesben aus „The L-Word" versahen George W. Bush mit dem „F-Wort". Obama-Osama-Verwirrung stiftete „30 Rock". Dessen Hauptdarstellerin Tina Fey überzeugte in der Komikshow „Saturday Night Life" mit spitzen Sarah-Palin-Parodien.

Nicht weiß und fürs TV lange vor Obama im Weißen Haus: Serien-„Präsident" Jimmy Smits. Hier wirbt er ganz real für Obama. *Foto: Reuters*

Obama lässt sich von TV-Formaten inspirieren. Als Lieblingsserie nennt er „The Wire". Risikofrei: Kritiker landauf, landab zählen die Drogenpolizisten in Baltimore zum Besten der Serienwelt. Obama schaut auch „Mad Men" und amüsiert sich anscheinend über rassistische Witze der Werber aus den 1960er-Jahren. In Foren wird er mit Don Draper verglichen. Der weiße Werbeguru aus „Mad Men" verkaufe Träume, er sei „groß, attraktiv und tadellos gekleidet".

Aliens, Asteroiden und Iran

Will Obama mit seinen fiktiven Amtskollegen Schritt halten, muss er sich anstrengen. Denn was ein idealer Präsident zu tun hat, davon gibt es inzwischen genaue Vorstellungen aus Filmen wie „Air Force One" und „Independence Day": Flugzeuge retten, Aliens bekämpfen, das Land einen, nachdem ein Asteroid die Erde zerstört hat. Die fiktiven Präsidenten sagen Wahrheiten, die in echt niemand sagen oder tun darf, ohne die Konsequenzen tragen zu müssen. Ob er sich ohne Vorbehalte mit den Regierungschefs des Iran, Syriens, Pakistans an einen Tisch setzen würde? „Ja", sagte Obama ohne zu zögern. Nur der Film- und Fernsehpräsident würde so etwas tun.

MEDIENJOURNAL

Oligarch übernimmt „France Soir"

Paris – Der Londoner *Evening Standard* soll an den russischen Oligarchen Alexander Lebedew gehen, nun übernimmt sein Landsmann und Berufskollege Sergej Pugatschew die Mehrheit (85 Prozent) an *France Soir* in Frankreich. (red)

TV-Werbefenster holten 2008 brutto 240 Millionen

Wien – Die Werbebeobachter von Focus weisen TV-Vermarkter ProSiebenSat.1 (inklusive Puls 4) für 2008 in Österreich 124,6 Millionen Bruttoumsatz aus, RTL-Vermarkter IP 115,1. Teils beträchtliche Rabatte sind da nicht abgezogen. ATV kam auf 40,6 Millionen Euro. (fid)

GANZ KURZ

+++ RTL-Chef Gerhard Zeiler will seinen britischen Channel Five mit dem maroden öffentlich-rechtlichen Channel 4 fusionieren. **+++ ORF-Sendertochter** ORS sieht ihre Expansion nach Bulgarien mit Rechtsgutachten abgesichert.

„Sparpotenzial enorm": Rechnungshof verschärft ORF-Kritik

Harald Fidler

Wien – Der Rechnungshof lieferte Montag den Endbericht zum ORF: Ihm „fehlte nach wie vor eine umfassende Gesamtstrategie. Folge waren ineffiziente Organisationsstrukturen, nicht realisierte Sparpotenziale und hohe Personalkosten." Rechnungshofchef Josef Moser sieht „enormes Sparpotenzial".

Für VP-Klubchef Karlheinz Kopf ein „verheerender" Befund über „Versäumnisse der Geschäftsführung". Kopf ließ verlauten, es gehe nun „nicht primär" um „Kesseltreiben gegen Personen". Was nicht ausschließt, dass die Regierungsmehrheit im Stiftungsrat die ORF-Führung sekundär austauscht, also nach Änderung des ORF-Gesetzes.

Zu groß und unbeweglich

Mit verschärfter Kritik liefert der Rechnungshof einen Anstoß dafür: Der Stiftungsrat sei mit 35 Mitgliedern „zu groß und unbeweglich", er lasse „erforderliche Beharrlichkeit und Konsequenz" vermissen. Seine Größe bestimmt das Gesetz.

VP-Klubchef Kopf und Mediensstaatssekretär Josef Ostermayer (SP) verweisen auf die „dringende" Forderung nach einem Reformkonzept der ORF-Führung. ORF-Chef Alexander Wrabetz will es im Februar dem Finanzausschuss vorlegen. Der Prüfbericht stärke ihm den Rücken für den Stiftungsrat, etwa beim Ausgliedern des ORF-Orchesters. Ein Gutteil der Kritik sei umgesetzt oder in Umsetzung.

Der Rechnungshof kritisiert weiter „äußerst großzügige Verträge", Pensionsregelungen, Zulagen. In der Technik macht Warten bis zu 41 Prozent der Arbeitszeit aus. Sparpotenzial laut Unternehmensberater sei nur halb realisiert. Die TV-Information wurde 2007 um 13,2 Prozent teurer (durch dezentralere Strukturen). „Im Zentrum" koste im Haas-Haus 570.000 Euro jährlich mehr als im ORF. Kosten für Spotrechte stiegen rasant. Die Prüfer empfehlen einen zentralen Newsroom (eine Arbeitsgruppe ist dran). Sie raten zu weniger Direktoren (etwa Online streichen), was Wrabetz für 2012 in Aussicht stellt.

Glaubt Wrabetz, dass er in einem Jahr noch ORF-Chef ist? „Ja. Wer sollte das sonst machen?", sagte er dem STANDARD. Er rechne im April mit dem Okay des Stiftungsrats zu seinem Konzept. Entscheidend ist da die Zustimmung der ÖVP. Ohne sie braucht Wrabetz für eine Mehrheit die Betriebsräte – für sie müsste er sein Sparkonzept aufweichen.

Rechnungshofbericht komplett mit Reaktionen: derStandard.at/ORF

Filetstückerln des Ruhms

Günter Traxler

Freunden der Literatur wurde am Wochenende eine große Wohltat zuteil, und das – wenig überraschend – in der Zeitung, die ebenfalls an diesem Wochenende verkündete, *in der Druckauflage erstmals Nummer 1 in Wien* zu sein. Zwar glaubt man sich zu erinnern, dass sich *„Österreich"* schon ungefähr zwei Wochen nach seinem ersten Erscheinen zur Nummer 1 an sich erklärt hat, aber wiederholen schadet ja nicht, und Fellners Selbsthype ergänzt den Rummel, der in diesen Tagen zu Daniel Kehlmanns Ruhm abgewickelt wird, kongenial. Andere Medien gaben sich bisher mit Rezensionen der literarischen Sensation und/oder mit Interviews des jugendlichen Altmeisters zufrieden. Nur *„Österreich"* wusste wieder einmal dessen neuem Werk im Sinne des Konsumenten optimal gerecht zu werden, indem es die *„pardon"*-Tradition des „Roman kompress" wieder aufleben ließ.

Also wurde den *„Österreich"*-Kunden geboten, *was in Kehlmanns „Ruhm" drinnen steht,* erweitert um Handreichungen des Kulturredakteurs zur angemessenen Einschätzung des Werks bei Vermeidung seines Konsums. *Mit Leichtigkeit (die eine hohe Kunst ist) erzählt Kehlmann auch in „Ruhm" neun locker miteinander verwobene Episoden, die zum Großteil Gewicht besitzen, zum kleineren Teil leichtgewichtig verpuffen,* bewegt sich der *„Ruhm"*-Verdichter des Blattes im Strom der Exordialtopik heimischer Literaturkritik: Ein bisschen Lob, damit man auf der richtigen Seite ist, eine Prise Häme, damit man seinen Ruf als Intellektueller wahrt. *Ob Kehlmanns neun Geschichten von ständig in Bewegung befindlichen, zwischen virtuellem Schein und realem Sein zerrissenen Paaren und Passanten* (obacht, Anspielung!) *nun „Weltliteratur" sind, bleibt dahingestellt. Zu lesen sind sie fast alle gut . . .* Es muss ja nicht immer Kaviar sein.

Nach dieser Einstimmung liefert der Buchhalter als Kritiker durchnummerierte Inhaltsangaben aller neun Episoden, mit seiner Einschätzung, bei welcher es sich nun um *„Weltliteratur"* handle oder wo dieselbe *dahingestellt* bleibe. Episode 1 kommt nicht so gut weg: *Keine „Weltliteratur", aber witzig.* Auch in Episode 2 scheint Kehlmann noch nicht so

richtig in Fahrt gekommen zu sein, aber immerhin *eine ausgesprochen amüsante Geschichte.*

Mit Episode 3 wird es allmählich besser, wenn auch die schriftstellerische Originalität zu wünschen übrig lässt: *Eine schöne, voltenreiche Story, changierend zwischen Fiktion und Metafiktion, wie man sie auch von US-Meistererzählern wie Paul Auster (Mann im Dunkel) lesen könnte.* Nach dieser bescheidenen Klimax geht es mit Nummer 4 auch schon wieder bergab: *Die Episode wirkt konstruiert und ist keine Offenbarung.*

Spätestens an dieser Stelle wird sich der *„Österreich"*-Leser vielleicht fragen, ob mit Kehlmann da nicht zu streng verfahren wird, gilt die große Zeit marktbeständiger *Offenbarungen* seit der Apokalypse des Johannes doch als ausgestanden. Episode 5 findet mehr Gnade, verweist aber dennoch auf einen grundlegenden Mangel des gesamten Werks: *Eine packende Geschichte, von der man gerne mehr hätte.* Ebenso schwankend bleibt die Einschätzung der weiteren Stationen des „Ruhms". Episode 6: *Ein boshaft-lustiger Ulk in Anspielung auf Paulo Coelho.* Sich mit diesem ranzigen Sinnstifter heutzutage noch einen Ulk zu erlauben, wäre zu billig, als dass es wirklich als *boshaft-lustig* durchgehen könnte.

Wer glaubt, danach bei der Episode 7 endlich literarische Befriedigung zu finden, wird enttäuscht. Sie ist *nicht gerade das Filetstück von „Ruhm"*. Da kommt mit der Episode 8 schon eher ein Hieferschwanzl daher: *Eine raffinierte erotische Geschichte mit modernem Inventar.* Die 9. und letzte Episode kann dieses Niveau leider nicht halten. Sie entließ den Rezensenten von *„Österreich"* in eine literaturpatriotisch gut abgesicherte Ungewissheit: *Arthur Schnitzlers Paracelsus hat das schon gewusst: „Sicherheit ist nirgends."* Was Robert Musils Ulrich dazu eingefallen wäre, malt man sich selbst bei gut entwickeltem Möglichkeitssinn lieber nicht aus.

Dem *„Österreich"*-Fan, der nun überall mitreden kann, wo es um Ruhm geht, ist dennoch Vorsicht anzuraten. Welche der Episoden *zum Großteil Gewicht besitzen,* welche *zum kleineren Teil leichtgewichtig verpuffen,* bleibt letztlich im Ungewissen, sieht man ab von der geglückten Allegorese zu Episode 7 – *Filetstück.* Hilfreich wäre es gewesen, hätte sich *„Österreich"* auf seine bewährte Tradition besonnen und der Nacherzählung ein Episoden-Ranking beigegeben. Man hat doch einen kulturellen Ruf!

ZITIERT

„Willst du den Charakter eines Menschen kennenlernen, so gib ihm Macht."

„Besser schweigen und als Narr scheinen, als sprechen und jeden Zweifel beseitigen."

Abraham Lincoln, 1809–1865
16. Präsident der USA

*

„Das Einzige, was wir fürchten müssen, ist die Furcht selbst."

„Bitte nicht um eine leichte Bürde – bitte um einen starken Rücken"

Franklin D. Roosevelt, 1882–1945
32. Präsident der USA

*

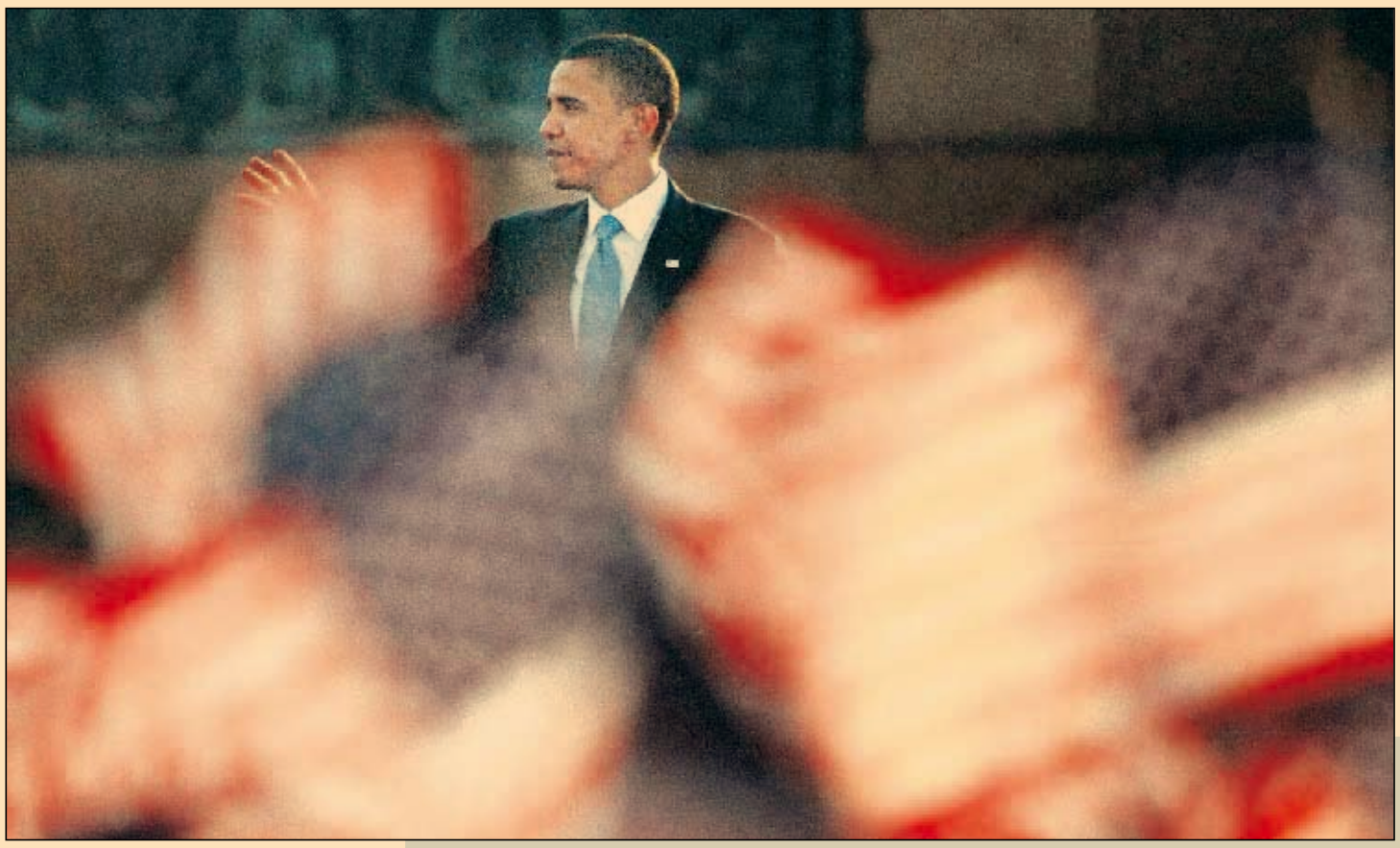
„Fragt nicht, was euer Land für euch tun kann, sondern fragt, was ihr für euer Land tun könnt"

„All dies wird nicht in den ersten hundert Tagen getan sein. Auch nicht in den ersten tausend, oder bis zum Ende unserer Amtszeit, ja vielleicht nicht einmal bis zum Ende unseres Lebens auf diesem Planeten. Aber lasst uns beginnen."

John F. Kennedy, 1917–1963
35. Präsident der USA in seiner Antrittsrede am 20. Jänner 1961

*

„Wir sollten niemals aus den Augen verlieren, dass der Weg zur Tyrannei mit der Zerstörung der Wahrheit beginnt." **Bill Clinton, geb. 1946**
42. Präsident der USA



Der JFK-Moment

24. Juli 2008. Barack Obama übt eine historische Geste und hält wie einst John F. Kennedy eine Rede in Berlin, allerdings an anderer Stelle, nämlich vor der Siegessäule. Die Berliner begrüßen den zukünftigen Präsidenten mit einem Meer aus Stars and Stripes. *Foto: Christian Schroth / Rex Features*

„Yes we can!" soll auch für Europa gelten

Die großen Krisen und die kleinen Konflikte lassen sich nur gemeinsam lösen. Durch die Einbindung aller politischen Partner und insbesondere durch eine intensive Zusammenarbeit der USA und der EU.

*Benita Ferrero-Waldner**

Wenn Barack Obama heute als 44. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika angelobt wird, ist das zweifellos ein historischer Wendepunkt in der US-Geschichte. Die Hoffnungen, mit denen auf diese neue Regierung geschaut wird, sind enorm. „Yes we can!" ist zu einem weltweiten Schlagwort für politischen Optimismus geworden.

Dieser Regierungswechsel ist auch eine Chance für uns Europäer, der transatlantischen Partnerschaft neue Dynamik zu geben und sie an die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts anzupassen.

Dabei beginnen wir keineswegs bei null. Mit keinem anderen Land sind wir politisch, wirtschaftlich und kulturell so stark vernetzt wie mit den USA. Das gemeinsame Eintreten für universelle Werte wie Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, aber auch unsere enge ökonomische Verflechtung (der transatlantische Markt hat ein tägliches Handelsvolumen von fast zwei Milliarden Euro) sind ein Fundament, auf dem wir weiterbauen müssen.

Es war daher keine Übertreibung, als die designierte Außenministerin Hillary Clinton bei ihrer Anhörung vor dem Kongress meinte: „Wenn die USA und Europa zusammenarbeiten, gibt es wenig, was wir nicht erreichen können."

Gemeinsame Themen

Diese revitalisierte transatlantische Achse ist dringend nötig, steht die Welt doch vor Herausforderungen, die ein einzelnes Land alleine gar nicht bewältigen könnte. Wir erleben die schlimmste Wirtschaftskrise seit den 1930er-Jahren. Klimawandel und Energieknappheit werden zunehmend zu Schlüsselthemen der inneren und äußeren Sicherheit. Schwelende Regionalkonflikte sind ein Nährboden für Extremismus, der vor Europa nicht haltmacht. Darum gilt es, gemeinsam mit dem „Team Obama" eine ehrgeizige Tagesordnung für ein gemeinsames Globalisierungsmanagement aufzustellen und abzuarbeiten.

Internationale Anstrengung

Dabei geht es, erstens, um einen verstärkten Einsatz im Nahostfriedensprozess. Gerade angesichts des Gaza-Konflikts braucht es eine massive internationale Kraftanstrengung, um die regionale Stabilität zu erhalten und die israelisch-palästinensische Zwei-Staaten-Lösung, zu der es keinerlei Alternative gibt, zu forcieren. Es ist essenziell, dass sich die neue US-Regierung vom ersten Tag an in dieser Frage engagiert. Die jüngsten Aussagen von Präsident Obama bestärken mich dabei in meinem vorsichtigen Optimismus. Die EU wird hier weiterhin als politischer Vermittler mit einer Gesprächsbasis zu den zentralen Akteuren der Region, als humanitärer Geber und nicht zuletzt als Helfer beim Aufbau eines lebensfähigen Palästinenserstaates eine wichtige Rolle spielen.

Zweitens müssen wir in Afghanistan und Pakistan eng mit unseren amerikanischen Freunden zusammenarbeiten und einen umfassenden regionalen Ansatz verfolgen, der beiden Ländern eine nachhaltige politische und wirtschaftliche Entwicklung ermöglicht und damit einen weiteren Unruheherd besänftigt. Man kann die Herausforderungen Afghanistans nicht lösen, ohne auch nach Pakistan zu blicken – und umgekehrt. Das haben uns die letzten Monate tragisch vor Augen geführt.

Drittens erwarten wir ein stärkeres Engagement der USA für ein weltweites Klimaschutzabkommen unter der Schirmherrschaft der UNO, das in diesem Jahr in Kopenhagen beschlossen werden soll. Europa spielt beim Kampf gegen den Klimawandel bereits eine Vorreiterrolle, doch ohne die Einbindung Washingtons wird dies keinen Erfolg haben. Präsident Obama hat sich bereits für einen Strukturwandel in Richtung einer neuen, „grünen" Marktwirtschaft ausgesprochen. Ich hoffe, dass Europa und die USA auch hier eine Trendwende schaffen können.

Diese ambitionierte Agenda bedeutet natürlich keineswegs, dass Europa und die USA die Globalisierung alleine gestalten könnten. Im Gegenteil: In unserer vernetzten Welt bedarf es eines neuen multilateralen Ansatzes, eines echten globalen Konzertes. Es gilt, aufstrebende Akteure wie China, Indien, Brasilien oder Russland – wie auch schon beim Weltfinanzgipfel Ende 2008 – stärker einzubinden – auf der Basis gemeinsamer Werte, an denen nicht nur wir, sondern auch unsere Partner zu messen sind. Nicht nur in dieser Hinsicht ist die Schließung Guantánamos, wie sie Präsident Obama angekündigt hat, ein wichtiges Signal für die Glaubwürdigkeit der westlichen Demokratien.

Europäische Kraft

Zuletzt bedingt eine engere Zusammenarbeit mit Washington auch größere Kraftanstrengungen auf europäischer Seite. Eine echte Partnerschaft gibt es nicht zum „Nulltarif". Sie ist keine Einbahnstraße, sondern beruht auf dem Bewusstsein gemeinsamer, globaler Verantwortung. Das muss uns Europäern klar sein. Wir brauchen den vernetzten Einsatz unserer „smart power", anstatt einen Widerspruch zwischen amerikanischer „hard power" und europäischer „soft power" herbeizureden.

Kurzum: Die transatlantische Freundschaft wird weiterhin die zentrale Achse unserer Außenpolitik sein, selbst wenn es in Zukunft gelegentliche Auffassungsunterschiede geben mag. Auch auf unserer Seite des Atlantik muss das Motto gelten: „Yes we can!"

**Benita Ferrero-Waldner ist EU-Kommissarin für Außenbeziehungen und europäische Nachbarschaftspolitik.*

HANS RAUSCHER

Die Europäisierung der USA

Die USA sind ein sehr anderes Land, eine sehr andere Gesellschaft – trotz sehr vieler gemeinsamer Grundwerte mit Europa (Demokratie, Menschenrechte, Marktwirtschaft). Allein die Tatsache, dass für 60 Prozent der Amerikaner die Religion „sehr wichtig" ist, dass Politiker ohne religiöse Grundierung schlicht und einfach keine Chance haben, ist in Europa einfach nicht denkbar.

Die vergangenen Jahrzehnte waren überdies von der Tendenz geprägt, amerikanische Modelle auf Europa zu übertragen. In der (Pop-)Kultur sowieso schon längst. Aber das amerikanische Modell schien vor allem in der Wirtschaftspolitik auch in Europa einen Siegeszug anzutreten. Das galt nicht nur für die „neuen Reformstaaten" Osteuropas, die nach dem (zum Teil mithilfe der USA erreichten) Sturz des Kommunismus das US-Modell von scharfem Wettbewerb, hohem Privatisierungsgrad, niedrigen Steuern und schwachem Sozialstaat übernahmen, als „Schocktherapie".

Auch in Westeuropa setzten sich amerikanische Maßstäbe durch: Privatisierung, Zurückdrängung des Staates, Shareholdervalue statt Rücksicht auf Arbeitnehmer und Korrekturen am Sozialsystem.

Das ist jetzt vorbei. Die Finanzkrise, herbeigeführt durch die Deregulierung der Bush-Jahre und die größere Wirtschaftskrise, begünstigt durch den Verlust an Innovationskraft der amerikanischen Industrie, hat dem ein Ende gemacht. Der Turbo-Kapitalismus konservativ-amerikanischer Prägung hat als Vorbild ausgedient.

Was jetzt, nach dem Amtsantritt Obamas kommen könnte, wäre eine Europäisierung der USA, zumindest in der Wirtschaftspolitik, zumindest ansatzweise. Schon seit einiger Zeit machen sich amerikanische Meinungsführer Gedanken, ob das europäische Modell nicht bestimmte Vorteile gegenüber dem amerikanischen habe. Ob der durchschnittliche Arbeitnehmer in den USA bis weit hinauf in den oberen Mittelstand nicht im Grunde schlechter lebt als sein (west)europäischer Kollege. Ob ein System, in dem 47 Millionen nicht krankenversichert sind und weit mehr als 100 Millionen in ihrer Altersversorgung fast völlig abhängig von Wertpapieren, nicht viel fragiler ist als das europäische. Ob die vielgerühmte Dynamik, die sich aus der größeren Betonung von Wettbewerb, Risikobereitschaft, und Deregulierung im US-System ergab, nicht längst erodiert ist – siehe die Veralterung so vieler amerikanischer Industrien.

Die Debatte, die derzeit noch schaumgebremst läuft, lässt sich auf die Frage reduzieren: was ist besser – Turbokapitalismus oder soziale Marktwirtschaft?

Die Staatsphobie der Bush-Leute hat sich ohnehin schon fast erledigt: vorläufig werden nur die schlechten Kredite und Wertpapiere der Banken verstaatlicht; es erheben sich aber schon Stimmen, wonach die Banken selbst verstaatlicht werden sollen, damit der Steuerzahler (durch eine spätere Reprivatisierung) auch etwas davon hat.

Im Obama-Lager wird gleichzeitig eine gewaltige Umstellung des Versicherungssystems diskutiert: der Austausch der (überwiegend) privaten (Kranken-)Versicherung durch eine gesetzliche Versicherung auf Umlagebasis nach dem europäischen Modell.

Harte Kost für die US-Grundphilosophie, auch und gerade so vieler kleiner Leute. Es wird auch enormen Widerstand im Kongress geben. Aber dass eine gewisse Übernahme des „europäischen Lebensmodell diskutiert wird, ist ein Zeichen.

hans.rauscher@derStandard.at

Der lange Weg ins Amt

Barack Obama bei einer Wahlkampfveranstaltung im texanischen Fort Worth senkt das Haupt, als würde zwischendurch das Gewicht der Krise und die fühlbare Last des Erbes, das der 44. Präsident der Vereinigten Staaten antreten wird, auf die Leichtigkeit und die Brillanz des demokratischen Kandidaten drücken.

Foto: Corbis / Dallas Morning News / Vernon Bryant

„Ich hoffe, dass Obama scheitert“

US-Talkshow-Star Limbaugh gegen „linken“ Präsidenten

In seiner rechten Radioshow setzte Rush Limbaugh dieser Tage auf einen klaren Misserfolg des neuen Präsidenten. „Ich hoffe, dass Obama scheitert“, sagte er. Und: „Leuten unseres Lagers, die klein beigegeben haben und jetzt sagen ‚Wir müssen ihm eine Chance geben‘ widerspreche ich leidenschaftlich. Warum? Sie haben Bush im Jahr 2000 keine Chance gegeben. Der Vernichtungsfeldzug gegen ihn, die ‚search and destroy mission‘ hat schon begonnen, bevor er angelobt wurde. Ich rede jetzt nicht von einem Vernichtungsfeldzug, aber ich habe Barack Obama eineinhalb Jahre zugehört. Ich kenne seine Politik. Ich kenne seine Pläne, wie er sie selbst präsentiert hat. Und ich möchte nicht, dass er damit Erfolg hat.“

Das Problem sei Obamas „Liberalismus“, in den USA ein Synonym für „linkes Denken“. „Der Liberalismus hat uns so gefährlich nahe an den Abgrund gebracht“, sagte Limbaugh. „Warum sollte ich mehr davon wollen?“ (est)

Sprung in die Turbulenzen der Geschichte

„Hail To The Chief – Heil dem Anführer“ heißt die sehr veraltet klingende Präsidentenhymne, die dem Mann im Weißen Haus mehr Macht verheißt, als er im realen System der USA für Veränderungen tatsächlich hat.

*Norman Birnbaum**

Nichts illustriert die monarchische Natur unserer Präsidentschaft besser als die Rituale der Angelobung, bei der auch die Präsidentenhymne „Hail To The Chief – Heil dem Anführer“ zu hören sein wird. Eine Alternativ-Komposition müsste viele dissonante Töne beinhalten, denn unsere Monarchie ist nicht absolut.

Als gewählter Präsident hat Obama die Minister ebenso ernannt wie jene Mitarbeiter im Weißen Haus, die sie überwachen werden. Er hat mit der Führung von Kongress und Senat über eine größere Finanzhilfe für die angeschlagenen US-Banken verhandelt und wälzt sicher auch (nicht veröffentlichte) Pläne, wie mit unserem selbstzerstörerischen Vasallenstaat Israel umzugehen wäre. In den Umfragen kann er sich einer Zustimmung von 70 Prozent erfreuen (sein glückloser Vorgänger steht bei 27 Prozent), aber das sichert nicht unbedingt gesetzgeberische und politische Triumphe. US-Politikwissenschafter sprechen von einem „eisernen Dreieck“, das sich aus dem Kongress, den Ministerien und der organisierten Macht ideologischer und ökonomischer Gruppen zusammensetzt. Präsidenten kommen und gehen, das System bleibt bestehen.

Tatsächlich hat Jim Cooper von der Gruppierung konservativer Demokraten im Repräsentantenhaus (die „Blue Dogs“ genannt werden, wohl weil sie knurren und beißen) Obama gewarnt, dass sie imstande wären, mit den Republikanern zusammenzuarbeiten, um zu weit gehende Projekte zu stoppen. Er wolle natürlich nicht drohen, fügte er hinzu. Er sei sicher, dass Obama mit ihnen übereinstimme, dass steuerliche Disziplin notwendig sei. Obama hat versucht, seinen 850 Milliarden Dollar umfassenden wirtschaftlichen Rettungsplan für die Markt-Ideologen in beiden Parteien schmackhafter zu machen, indem er ein Drittel davon in Steuersenkungen und Kapitalanreize steckt, statt es für langfristige Investitionen oder zur Unterstützung der rasch wachsenden Zahl der Arbeitslosen zu verwenden.

Wenn die Demokraten nun 59 der hundert Senatssitze haben, so ist das noch immer einer zu wenig, um ein Gesetz sicher durchzubringen – und etliche Demokraten haben politisch mit den Reformtraditionen des „New Deal“ und der „Great Society“ *(Sozialprogramme der Präsidenten Franklin D. Roosevelt und Lyndon B. Johnson; Anm.)* nichts gemein.

Was der neue Präsident tatsächlich erreichen kann, wird weniger von seinen eindrucksvollen politischen und rhetorischen Talenten und seiner Beherrschung der modernen Politik als Gesamtkunstwerk abhängen, als von den politischen und sozialen Machtverhältnissen im Land. Der ältliche und intellektuell schwache Gegenkandidat McCain hat, samt seiner ignoranten Vize-Kandidatin, 46 Prozent der Stimmen erhalten. Bis zu einem Viertel der Bürger betrachten sich als politisch entmachtet, solange sie die Obama-Familie im Weißen Haus aushalten müssen.

Die Medien sind voll von Ermahnungen an den Präsidenten, er solle nicht auf die „Linke“ hören, als ob unser linkes Wochenmagazin *The Nation* zwei Millionen Hefte verkaufen würde, statt der bescheidenen 200.000, die es tatsächlich absetzt. Der „Progressive Caucus“ *(Gruppierung linker Demokraten im Kongress – Anm.)* unter den 435 Abgeordneten zählt ungefähr achtzig Mitglieder, die Hälfte von ihnen sind Afroamerikaner, die aus offensichtlichen Gründen auf den Wohlfahrtsstaat setzen. Etwa 25 Senatoren (von hundert) könnten als amerikanisches Äquivalent zu Sozialdemokraten gelten.

Die amerikanische Linke ist eine ungeordnete Allianz kultureller, wirtschaftlicher, ökologischer und ethnischer Interessengruppen ohne gemeinsamen Nenner oder einheitliches Projekt. Zwar trat die Mehrheit der US-Bürger schon vor der Wirtschaftskrise dafür ein, dass die Regierung eine starke regulierende und umverteilende Rolle haben soll. Aber sie war nicht organisiert, um diese Auffassung in Gesetze umzusetzen. Obamas Wahlkampfberater, die ihn nun ins Weiße Haus begleiten werden, sind Meister der Internet-Kommunikation und der Mobilisierung, aber in ihren Augen funktioniert das nur in eine Richtung: in ihre.

Soziologe Birnbaum.
Foto: imago

Obama hat soeben wissen lassen, dass er Gewerkschaftspläne nicht unterstützen wird, die die Rechte auf Mitgliederwerbung und auf Verhandlungen gesetzlich verbessern sollen. Im Wahlkampf hatte er das Gegenteil gesagt. Seine für den Justizbereich Nominierten deuteten an, dass das Lager Guantánamo geschlossen wird – aber nicht sofort. Im Bereich der Außenpolitik herrschte noch drei Tage vor der Angelobung Stille.

Der neue Präsident wird nicht die Sechste Flotte auf eine humanitären Hilfsmission nach Gaza schicken oder die Waffenlieferungen nach Israel stoppen, um die Legalität ihres Einsatzes gegen die Palästinenser nach internationalem und nationalem Recht zu prüfen. Stattdessen könnte es in unserer Nahostpolitik vielleicht einen sehr langsamen Fortschritt in Richtung Rationalität geben, aber kaum eine sofortige Befreiung von unserer eigenartigen Version der babylonischen Gefangenschaft – mit den Israelis als Herren.

Der britische Außenminister David Miliband hat kürzlich verlangt, mit den vulgären Vereinfachungen des „Kriegs gegen den Terror“ aufzuhören. Es gibt wenig Grund zur Annahme, dass Obama gleich mit einer politischen Therapie beginnen wird, um die Nation von seinen imperialen Obsessionen zu befreien. John F. Kennedy wartete damit bis fünf Monate vor seinem Tod, den möglicherweise sein Mut herbeigeführt hat. (Am 10. Juni 1963 hielt er eine Rede über die Beendigung des Kalten Kriegs.)

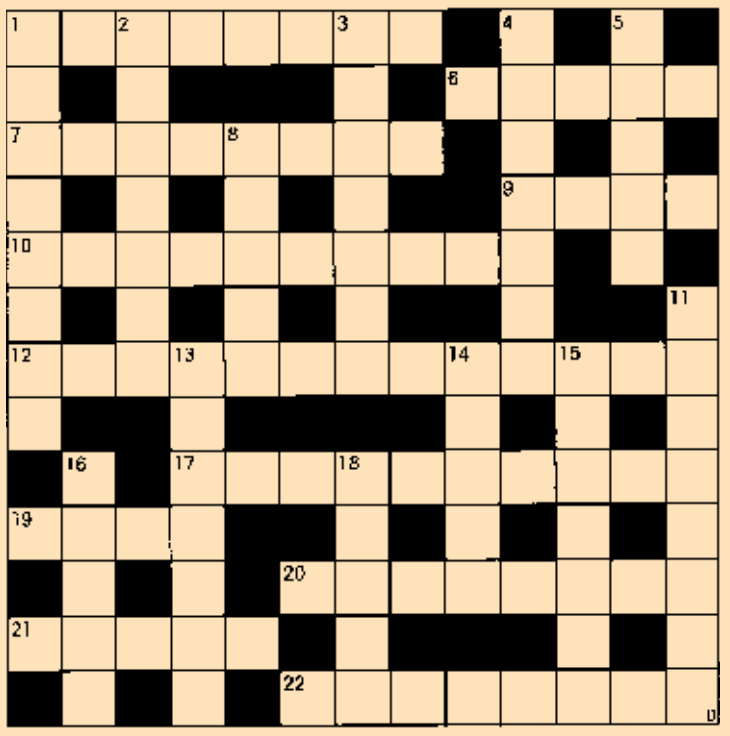
Es gibt profunde wirtschaftliche Argumente dafür, unser angeschwollenes Rüstungsbudget zu reduzieren. Die CIA hat in ihrem Report „Global 2025“ gewarnt, dass das Ende der US-Hegemonie schon eine Tatsache ist. Der belesene und sehr intelligente Obama ist sich dieser Situation vollständig bewusst, wie auch seine fähige Außenministerin (Hillary Clinton) und der General, der Nationaler Sicherheitsberater wird (James Jones). Obama hat sich klar dafür entschieden, dass seine Hauptsorge der sich verschlimmernden Krise des amerikanischen Kapitalismus gilt. Seiner Schlussfolgerung nach lassen es unsere funktionsgestörten Institutionen es nicht zu, dass zu viele unangenehme Wahrheiten auf einmal kommuniziert werden.

In seiner Autobiografie erinnert sich Obama daran, dass er als Student viele Tage und Nächte damit verbrachte, die zeitgenössischen Klassiker zu Fragen möglicher gesellschaftlicher Veränderungen zu lesen. Wir wollen ihm am Tag der größten Herausforderung seines Lebens alle Gute wünschen und darauf vertrauen, dass der Staatsmann mittleren Alters, der nun in die Turbulenzen der Geschichte stürzt, nicht den jungen Mann vergisst, der die Hoffnung gesucht hat.

**Der Soziologe Birnbaum, Jahrgang 1926, ist emeritierter Professor der Georgetown University in Washington D. C. und Mitherausgeber der Zeitschrift „The Nation“. Übersetzung: Erhard Stackl*

STANDARD**RÄTSEL**

Nr. 6069 © phoe-nixen



Waagrecht: 1 Im *Bad spute* ich mich ungern, aber ich will das Donaudampfschiff dorthin nicht verpassen **6** Sie wird von der Mamsell unter ihre Fittiche genommen, bis sie flügge ist? **7** Ihr entziffertet „Boot“, als er mit seiner Fracht flussaufwärts dampfte (1–2 Wörter) **9** Mundet als mündliche Zugabe zum Klassenfoto der armen Würstel? **10** Titelfigur: Es war das Unistudium sein Berufspräludium **12** Gewerkschaft und Wirtschaftskammer – lauter gesellige Kompagnons? **17** Gesucht: Im Stau aufgehaltenes Poststück, dessen Inhalt ich unter der Hand verrat? **19** Es grünt so grün das *Deja*-vu dem Stein von China bis Drübsdrü **20** Quasi Familien-Name bei Cäsars und Rembrandts: Sie spielte in Monte *Carlo nie* und sah *Nico real* ähnlich? **21** Ihn findet so mancher 10 waagrecht auf uni-versellen Rat hin gremial daneben **22** Abgeschminkt: „Die Rothaut war nicht echt, nur fast / und ist zum Bleichgesicht –“ **Senkrecht: 1** Italien ist ein schönes Land, wenn ich mich an dem Käse unter einer *Espe labe* **2** Sie klingt in der Entfernung wie eine Polka in Es? **3** Hexerei in der Änderungsschneiderei: „Die Hose kriegt 'nen neuen Zipp, / wenn ich nur mit den Fingern –“ **4** Für den Dienstposten gibts Ärmelschoner in einer anderen Samtart? **5** Bekenntnis eines Hosenträgers: Ich mache heute blau, Mann, und zieh sie in die Au an **8** Wo die Karbo in Diskretanonymität auf Alexis Sorbas traf? **11** Nacktbild eines Bodybuilders? Anstrengender Aufzug aus dem „Sportstück“? **13** *Satiren* über *Traisen*? Das muss zur Anzeige gebracht werden! **14** Plaubern über schwerze Vögel bei einem Glas von *dem* Saft **15** Ich täte wohl wollen, aber nicht so gut können wie du, was ich gönnstigenfalls so anerkenne **16** Laut Tiergeschichtsschreibung Filius von Fadam und Feva **18** Darin wird mit Englischzungen gesungen

Rätselauflösung Nr. 6068 vom 19. Jänner 2009:
W: 1 MUTTER **5** BIMBAM **8** FRAUENHAEUSER **9** FACETTEN **10** GAGS **12** CHANGE **14** KITTEL **16** GRAZ **18** UMTAUSCH **20** RICHTIGGEHEND **21** SEENOT **22** RINGST **S: 2** UHRMACHER **3** TAUMELN **4** RINNT **5** BEATNIK **6** BOSSA **7** MURKS **11** GLEICHNIS **13** ENUFIAT/TAIFUNE **15** TAUCHEN **16** GARES **17** ASCHE **19** TIGER

BLICK AUS NEW ORLEANS

Mehr als nur Symbolik

*Jim Amoss**

Im Jahr 1961, als Barack Obama geboren wurde, mussten in meiner Heimatstadt New Orleans schwarze Bürger in Straßenbahnen und Kinos noch getrennt in den hinteren Reihen sitzen. Dass wir es von dieser schlimmen Zeit in weniger als 50 Jahren zum ersten schwarzen Präsidenten geschafft haben, ist erstaunlich und verändert unser Denken. Am heutigen Dienstag werden wir gebannt ein Ereignis verfolgen, das in unserer Kindheit undenkbar gewesen wäre.

Dieser Führungswechsel ist mehr als nur Symbolik. Der neue Präsident muss sich den Herausforderungen einer globalen Wirtschaftskrise, dem Klimawandel und der Bedrohung durch Terror und Kriege stellen. In New Orleans hat der Hurrikan „Katrina" als Naturkatastrophe begonnen. Durch Fehler der Politik wurde er zu einer vom Menschen gemachten Sintflut, die uns die extreme Vernachlässigung unserer Infrastruktur vor Augen geführt hat. Das weist Barack Obama eine schwere Aufgabe zu: Er muss Amerikas marode Städte, Dämme, Straßen und Brücken wiederaufbauen.

Als Wahlkämpfer hat sich Obama großartig geschlagen – mit Fokus, Disziplin und dem Talent, die richtigen Leute anzuziehen. Seit seiner Wahl hat er das vielleicht klügste und fähigste Kabinett der vergangenen Jahrzehnte zusammengestellt. Das sind gute Vorzeichen für die Präsidentschaft.

Unsere Hoffnung lautet: ein Präsident, der zuhört und lernt, mit allen Teilen der Gesellschaft kommuniziert, einem festen inneren Kompass folgt und bei der Bewältigung der globalen Probleme die USA zum Partner für die Welt macht.

**Jim Amoss ist Chefredakteur der „Times-Picayune".*

WIRTSCHAFTSPOLITIK

Roosevelt, Reagan, Obama

*Justin Fox**

Die USA haben im 20. Jahrhundert zwei große wirtschaftspolitische Kurswechsel erlebt – Franklin Roosevelts New Deal und die Reagan-Revolution in den Achtzigerjahren. Die Ankunft von Barack Obama im Weißen Haus in Zeiten des Finanzkollapses und einer tiefen Rezession erscheint wie eine weitere große Wende. Am stärksten werden sich das Sozialwesen und die Haltung der USA gegenüber dem Rest der Welt ändern.

In den Vierziger- und Fünfzigerjahren wurde in den USA ein großzügiges Krankenversicherungs- und Pensionssystem geschaffen, aber dies wurde von den Unternehmen finanziert, nicht von der Regierung. Dieses Sicherheitsnetz ist jetzt zerrissen; mit General Motors steht der größte Anbieter am Rande des Ruins. Ein neuer Zugang zum Risikomanagement von Krankheit und Alter wird die neue Wirtschaftsära prägen. Der Staat wird eine größere Rolle spielen, wenn auch nicht ganz so zentral wie in Westeuropa.

Ein anderer Kernpunkt der neuen Ära ist die internationale Kooperation. Die Reparatur der Finanzaufsicht hat für Obama Priorität. Genauso wie das Kapital muss auch die Regulierung Grenzen überschreiten. Ähnliche Überlegungen werden in die Umweltpolitik einfließen. Nach dem Zweiten Weltkrieg haben die USA internationale Institutionen begeistert angenommen, aber aus einer Position der Dominanz. Eine Rückkehr heute wäre ein ganz anderes Unterfangen – und würde die Spielregeln in der Weltpolitik verändern.

**Justin Fox ist Chef-Wirtschaftskolumnist des „Time Magazine".*

POLITIK UND FILM

Das Ende der Superhelden

*Dennis Lim**

Barack Obamas Präsidentschaft wird zu weniger Protest-Dokus und Irakkriegsdramen in Multiplex-Kinos führen. Mit ein wenig Glück könnten weniger aufgeblasene Filme in menschlichem Maßstab entstehen. Die manichäische Mentalität der Bush-Regierung war, abgesehen davon, dass sie Leuten wie Michael Moore reichlich Stoff lieferte, eine Brutstätte für eine nicht abebbende Folge von Comic-Superhelden-Filmen. Die Bush-Jahre haben das Bild der Regierung verschlossen und unnachgiebig gemacht. Der letzte Blockbuster dieser Ära, *The Dark Knight*, hatte eine fast opernhafte Tonlage. Man hat den Film zugleich als Kritik am Krieg und als Verteidigung des Kriegs gegen den Terror gelesen.

Ein Film hingegen hat den Tonfall der Obama-Kampagne am besten getroffen. Der Pixar-Film *Wall-E*, die Vision einer postapokalyptischen Welt, deren Zukunft von einem kleinen Roboter abhängt, beschreibt die momentane Gefühlslage präzis: Wir können alles von Grund auf neu aufbauen, unsere Ziele und Prioritäten überdenken, auch (oder besonders) wenn das bedeutet, dass wir sie hinunterschrauben müssen. Viele Amerikaner begrüßen die neue Ära mit Euphorie, aber auch mit geringeren Erwartungen. Der erste Film, der das auf den Punkt bringt, ist die Independent-Produktion *Wendy and Lucy* von Kelly Reichardt. Er zeigt das Leben in einer Gesellschaft ohne Sicherheitsnetze, dessen Härte nur von Hoffnung und Menschlichkeit gemildert wird.

**Dennis Lim ist Filmkritiker für die „New York Times" und die „Los Angeles Times".*

derStandard.at/Cartoons

Große Ideen, hohe Hürden

Obama kann die riesigen Probleme, die er erbt, nur mit mehr Kooperation lösen

*James Hoge**

Neben der Überwindung des Finanzkollaps steht Barack Obama vor einer einschüchternden Agenda von Herausforderungen, darunter der ungelöste Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern, die Kriege im Irak und in Afghanistan, Atomprogramme im Iran und in Nordkorea, die anhaltende Bedrohung durch Terroristen und die gefährliche Klimaerwärmung.

Im Wahlkampf und in Positionspapieren hat Obama seine Absicht klargemacht, das Vorgehen der USA in den internationalen Beziehungen grundlegend zu ändern. Obama glaubt, Amerika müsse seine moralische Autorität stärken, um eine effektive Führungsrolle einnehmen zu können. In erster Linie betrifft das Maßnahmen zu Hause – das Verbot von Folter und anderen illegalen Praktiken gegen inhaftierte Gegner. Er weiß um die weltweite Symbolik einer Schließung von Guantánamo.

Obama hält die globalen Schlüsselprobleme nur durch eine Kooperation für lösbar, die den Interessen anderer Nationen genauso dient wie der eigenen. Er verspricht energische Diplomatie anzuwenden, Gewalt nur als letzten Ausweg einzusetzen. Am wichtigsten ist sein Vorhaben, das Konzept der nationalen Sicherheit um nichtmilitärische Aufgaben zu erweitern. Er will die internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Armut, Krankheiten und Umweltproblemen ordnen. Dennoch glaubt Obama, dass respektierte Macht wichtig für eine wirkungsvolle Außenpolitik ist. Deshalb schlägt er zusätzliche Truppen und moderne Ausrüstung für das US-Militär vor.

Im Wahlkampf hat Obama seine grundsätzliche Einstellung zum Krieg im Irak nicht geändert. Er versprach, mit dem Truppenabzug bald nach Amtsantritt zu beginnen und Amerikas Kampfeinsatz innerhalb zweier Jahre zu beenden. Jetzt beabsichtigt er, die US-Militäroffensive im benachbarten Afghanistan auszuweiten, wo wiedererstarkte Taliban- und Al-Kaida-Kämpfer eine reale Terrorbedrohung darstellen. Aber er hat Skepsis geäußert, ob Militärgewalt allein Stabilität schaffen könne. Daher ist er „offen" für Verhandlungen, die „versöhnungsbereite" Taliban-Elemente von Al-Kaida-Kräften abtrennen sollen.

Obama wird das US-Engagement zur Lösung anderer großer Probleme im Nahen Osten verstärken. Was er an der Bush-Regierung auszusetzen hat, sind deren erfolglose Versuche, den Iran zu isolieren, und ihre verspäteten Bemühungen, im israelisch-palästinensischen Konflikt zu vermitteln. In beiden Fällen will er versuchen, die regionalen Player und wichtige Staaten mit Interessen in der Region einzubeziehen. Im Fall des Iran will er es mit Verhandlungen versuchen.

Die Sorgen der Amerikaner liegen hauptsächlich in der Wirtschaft. Im Wahlkampf hat Obama signalisiert, er wolle Inlandsgeschäfte schützen, um so mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Er hat einige anstehende Handelsabkommen abgelehnt. Einmal im Amt, könnte er seine Ansichten zum Handel langsam liberalisieren. Aber die demokratischen Mehrheiten in beiden Häusern des Kongresses könnten darauf bestehen, dass jegliche weiteren Handelsverträge strengen Umwelt- und Arbeitsplatzschutz beinhalten.

Im Ausland wurde die Wahl Obamas mit großem Enthusiasmus begrüßt. In Europa könnten die Erwartungen, dass sich die in Mitleidenschaft gezogenen transatlantischen Beziehungen schnell bessern, zu hoch sein. Eines scheint für die vorhersehbare Zukunft klar: Amerikas Rolle wird vom Aufstieg neuer Kräfte vermindert, gekoppelt mit den Auswirkungen der tiefen Rezession und einem angeschlagenen Finanzsystem. Derartige Erwartungen bekräftigen die Notwendigkeit für die USA, Multilateralismus zu akzeptieren.

**James Hoge ist Chefredakteur der US-Außenpolitikzeitschrift „Foreign Affairs".*

KOPF DES TAGES

Der Schreiber des brillanten Redners

Jon Favreau (27) schmiedet die Reden Obamas.
F.: New York Times / J. Silberberg

Anfang Dezember 2008 geriet der bis dahin hinter den Kulissen agierende Redenschreiber für Barack Obama ins Rampenlicht: Auf „Facebook" erschien ein Foto, auf dem Jon Favreau eine Pappfigur von Hillary Clinton in Armen hält, eine Hand fest auf ihre Brust gedrückt. Der 27-Jährige entschuldigte sich, und aus Hillarys Camp kamen milde, versöhnliche Töne. Tenor: Favreau ist halt sehr jung.

Jon Favreau, der von Obama nun auch als Chef der Redenschreiber ins Weiße Haus geholt wurde, hat eine schwierige Stellung: Er soll Ansprachen für einen Mann konzipieren, der nicht nur ein zweifacher Bestsellerautor, sondern auch bekannt dafür ist, dass er sich seine Reden selbst schreibt.

„Barack vertraut ihm", sagt Obamas Stratege David Axelrod, „Das tut er nicht mit vielen – dass er nämlich jemandem so viel Autorität über seine eigenen Worte überträgt."

Favreau lernte Obama kurz nach dem Abschluss am Holy Cross College in Worcester, Massachusetts, kennen; er war 23 und hatte als Mitarbeiter von John Kerry die legendäre Rede des Senatskandidaten Barack Obama beim Parteitag in Boston gehört. Als Kerry die Wahl verlor, hatte Favreau keinen Job, bis er Obama von dessen Pressechef Robert Gibbs empfohlen wurde und in dessen Dienst trat. Obama und Favreau entwickelten sehr bald ihre eigene Art der Zusammenarbeit: „Ich sitze eine halbe Stunde mit ihm beisammen", erzählt Jon Favreau, „er spricht, und ich tippe alles, was er sagt. Dann formuliere ich es neu. Auch er schreibt und formuliert es wieder neu. So gelangen wir zu einem Endprodukt."

Mittlerweile hat Favreau sein eigenes Team, den gleichaltrigen Adam Frankel, der dem berühmten John-F.-Kennedy-Redenschreiber Ted Sorensen bei seinen Memoiren half, und den 30-jährigen Ben Rhodes.

An der Inaugurationsrede, die von aller Welt mit Hochspannung erwartet wird, arbeiteten David Axelrod, Jon Favreau und Obama selbst bereits seit Mitte November. Favreau verbrachte seine Weihnachtsferien mit der bereits jetzt als historisch bezeichneten Ansprache.

Freizeit? Wenn er schreibt, und das tut er derzeit oft, bleibt er oft bis drei Uhr früh auf und sitzt um fünf schon wieder am Computer. Kaffee hilft ihm dabei über die Hürden. Wenn er allerdings erst im Weißen Haus angelangt ist, wird er vermutlich nicht mehr, wie bis jetzt, einfach über die Straße in einen „coffee shop" gehen können und dort unerkannt die Reden des mächtigsten Mannes Amerikas und der westlichen Welt schreiben. *Susi Schneider*

DER STANDARD Impressum: **Herausgeber:** Oscar Bronner; **Geschäftsführung:** Mag. Wolfgang Bergmann; **Chefredaktion:** Oscar Bronner, Dr. Alexandra Föderl-Schmid (geschf.); **Chefs vom Dienst:** Dr. Eric Frey, Thomas Mayer, Erhard Stackl, Bettina Stimeder. **Leitende Redakteure:** Dr. Gudrun Harrer, Otto Ranftl; **Eigentümerin/Medieninhaberin, Verlagsort, Redaktions- und Verwaltungsadresse:** STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H., 1010 Wien, Herrengasse 19–21; **Hersteller, Herstellungs- und Erscheinungsort:** Goldmann Zeitungsdruck Ges.m.b.H.,3430 Tulln, Königstetter Straße 132; **Telefon:** (01) **531 70**, Faxdurchwahlen: Redaktion: 131, Anzeigen: 249, Abo: 330; **E-Mail-Adressen:** vorname.zuname@derStandard.at, info@derStandard.at, leserbriefe@derStandard.at, aboservice@derStandard.at, anzeigen@derStandard.at; **Internet:** http://derStandarddigital.at; **Abo-Preise Inland** (in Klammern für Studierende/Schüler) jährlich: **€ 307,–** (186,–), monatlich: **€ 26,90** (16,90), für einzelne Wochentage – pro Tag und Jahr: **€ 59,–** (35,–); **Abo-Service: 0810/20 30 40** (Ortstarif); Alle Rechte, auch die Übernahme von Beiträgen nach § 44 Abs 1 Urheberrechtsgesetz: © STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H., Art-Copyright: VBK, Wien, **DVR 554219;** Reichweite: **MA 2007/2008:** 5,0 %, 352.000 Leser; **ÖAK**-geprüfte Auflage.
Dem Ehrenkodex der österreichischen Presse verpflichtet.